

3/2012

# ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer  
Städtebund



**Direkte Demokratie**  
Leistungen und Grenzen

**Thema Social Media**  
Mitsprache rund um die Uhr

**Meine Stadt. Meine Meinung.**  
Internet-Umfrageportal in Innsbruck



**NEUE FORMEN DER DEMOKRATISCHEN MITBESTIMMUNG**

# BürgerInnenbeteiligung 2.0

# INHALT

4 *Generalsekretär Dr. Thomas Weninger*  
Mitreten und Stellung beziehen  
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes

5 *Bürgermeister Dr. Michael Häupl*  
Kommunikation und Bürgerservice  
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes

6 *Aktuelle Meldungen*  
Städtebund Aktuell & Kommunalnews  
Kurzberichte aus den Bundesländern

14 *Ferdinand Karhofer*  
Land der vorsichtigen Demokratie  
BürgerInnenbeteiligung auf Gemeindeebene

16 *Josef Barth*  
Social Web  
Mitsprache rund um die Uhr?

17 *Elisabeth Hohenauer, Edith Reinisch*  
Meine Stadt. Meine Meinung.  
Innovative BürgerInnenbeteiligung in Innsbruck

18 *Andreas Baur*  
Die Stadt ist uns nicht egal  
Klare Regelungen für die Partizipation der BürgerInnen

19 *Manfred Hummel*  
Der Mensch ist ein lernendes Wesen  
Interview mit der Stadtpsychologin Cornelia Ehmayer

20 *Bernhard Grabner*  
Gemeindeverwaltung aus Bürgersicht  
Handlungsbedarf in der Kommunikation

22 *Elke Löffler*  
BürgerInnenmitwirkung neu gedacht  
Neue Beteiligungsangebote müssen geschaffen werden

24 *Barbara Felkel*  
Asphaltpiraten entern die Josefstadt  
Spiel, Spaß und Begegnung im öffentlichen Raum

28 *Jutta Steiner-Kronberger*  
Linz fragt nach  
Die neue BürgerInnen-Befragung

30 *Manfred Hummel*  
Gefragt ist der Mutbürger  
Die neue Qualität der BürgerInnenbeteiligung



Social Media könnten  
auch politische Prozesse  
nachhaltig beeinflussen

16



Im Bereich der Kommunikation  
mit den BürgerInnen gibt es  
noch Verbesserungspotenzial

20



Wenn die Menschen mehr  
Platz haben, wird die Stadt  
deutlich attraktiver

24



Die LinzerInnen wurden im  
November und Dezember 2011  
zu ihrer Stadt befragt

28

- 32** *Renate Schieferstein*  
Frag doch die Jugend!  
Flächennutzungsplan mit Jugendbeteiligung
- 35** *Walter Hauer*  
InteressenManagement  
Demokratischer Umgang mit unterschiedlichen Interessen
- 36** *Folkert Kiepe*  
Finanzierung des Personenverkehrs  
Auch kommunaler Straßenbau braucht Investitionen
- 40** *Petra Beck, Christian Sauter, Viktor Bucher*  
Starke Stadtregion Luzern  
Die Stadt und ihre Agglomerationsgemeinden
- 42** *Zoé Buyle-Bodin*  
Smart Cities in Europa  
Das Ziel ist die Eindämmung des Klimawandels
- 44** *Helfried Bauer, Peter Biwald*  
Reform der Finanzpolitik in Europa  
Konsequenzen für Österreichs Städte
- 46** *Bernhard Krabina*  
Bürgerbeteiligung 2.0  
Österreichische Initiativen für Transparenz und Partizipation
- 50** Die EU-Gemeinderäte  
Eine Initiative bringt die EU in die Städte und Gemeinden
- 51** Das EU-Projekt URBAN PLUS  
Interkommunale Partnerschaften in der Stadtregion Graz
- 52** Magazin  
Fachausschüsse, Literatur, Finanzen, Termine



Die BürgerInnen wollen sich zu Planungen äußern, frühzeitig beteiligt werden und Anregungen geben

**32**



Gemeindestrukturreformen brauchen eine breite demokratische Abstützung, um erfolgreich zu sein

**40**



Kontakte zwischen den österreichischen Gemeinden und Brüssel sollen verstärkt werden

**50**

**IMPRESSUM:** ÖGZ. Österreichische Gemeinde-Zeitung Ausgabe Nr. 3/2012. Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, [www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at), [oegz@staedtebund.gv.at](mailto:oegz@staedtebund.gv.at), Tel. +43(0)1/4000-89993, Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Gesellschaft m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.® Gabriele Ambros, Gerhard Milletich; Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.® Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135; Redaktion ÖGZ: Mag.® Lisa Gastager, Martin Hamejs, Mag. Michael Krause, Mag. Bernhard Plos, Mag. Roland Preiss • Reproduktion: Repromedia Druckges.m.b.H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Ueberreuter Print GmbH, 2100 Korneuburg, Industriestraße 1 • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2012: 10 Ausgaben • Cover: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, [s.kovacs@schmid-verlag.at](mailto:s.kovacs@schmid-verlag.at), Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.



GENERALSEKRETÄR



## Mitreden und Stellung beziehen

„Es lohnt sich, auch wenn es länger dauert“, lautet der Tenor unterschiedlichster Bürgerbeteiligungsprozesse. Das demokratische Instrument der Partizipation ist unersetzbar, wenn es darum geht, langfristige Lösungen zu erarbeiten – seien sie politischer oder ökonomischer Natur. BürgerInnen durch Mitsprache mehr Raum und Beachtung zu geben, bedeutet Projekte und Reformen kooperativer und im Ergebnis für alle befriedigender zu gestalten.

Wie man Bürgerbeteiligungsprozesse initiiert und professionell durchführt, wird in dem aktuell erschienenen „Handbuch für Partizipation“, das im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in einem zweijährigen Arbeitsprozess erstellt worden ist, gezeigt (siehe Seite 62). Doch auch die direkte Demokratie hat ihre Grenzen – ohne einheitliche klare Regeln kann sie nicht funktionieren. Den Reformbedarf kommunaler BürgerInnenbeteiligung zeigt Ferdinand Karlhofer, Universitätsprofessor für Politikwissenschaft, in seinem Beitrag auf Seite 14. Die Politik sollte sich in die Karten schauen lassen, denn Transparenz ist der Schlüssel zu einer modernen Gesellschaft.

Im Übrigen bin ich der Meinung: Österreich braucht starke Städte, Europa braucht starke Städte.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Weninger'.

Dr. Thomas Weninger  
*Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes*



## Kommunikation und Bürgerservice haben Priorität

BürgerInnenmitbestimmung sorgt für eine höhere Identifikation aller Menschen mit den Dingen, die ihren Alltag betreffen. Eine zeitgerechte und demokratische Einbindung aller Betroffenen erzeugt eine höhere Qualität der Angebote und Projekte in den Städten und Gemeinden.

Auch VertreterInnen der Europäischen Union überlegen, wie sie durch Mitbestimmung ihre BürgerInnen besser in ihre Entscheidungen einbeziehen können. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wird mit dem Europäischen BürgerInnenbegehren, verankert im Lissabonner Reformvertrag, gegangen.

Ab dem 1. April 2012 können auch EU-BürgerInnen von der direkten Demokratie Gebrauch machen.

Mittels eines Vorschlages kann die Europäische Kommission aufgefordert werden, europäisches Recht zu ändern – Voraussetzung ist, dass das Anliegen von mindestens einer Million BürgerInnen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten per Unterschrift unterstützt wird.

Die Vielfalt der Menschen, seien sie Frauen oder Männer, älter oder jünger, hier geboren oder aus anderen Ländern zu uns gekommen, kann sich so in den Entscheidungsprozessen widerspiegeln. Demokratie hat viele Köpfe.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl  
*Präsident des Österreichischen Städtebundes*

## ANTIKORRUPTIONS-LERNPROGRAMM „EINE FRAGE DER ETHIK“ VORGESTELLT

„Bestechlichkeit gefährdet unser soziales System. Korruption ist unvereinbar mit einer transparenten Verwaltung sowie einer Bürgerinnen- und Bürgerorientierung“, erklärte Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, anlässlich der Einführung des Antikorruptions-Lernprogramms „Eine Frage der Ethik“. Die aktuelle Diskussion um Korruptionsfälle sowie die strengeren gesetzlichen Regelungen haben den Städtebund dazu veranlasst, einen Verhaltenskodex für den PC zu entwickeln. „MitarbeiterInnen in Städten und Gemeinden sollen so sensibilisiert werden. Die E-Learning-CD hilft im Zweifelsfall richtig zu reagieren“, sagte Weninger.

Interaktive Übungen sowie praxisnahe Beispiele zu Themen wie Geschenke, Sponsoring, Nebenbeschäftigung, Befangenheit und Verschwiegenheit zeigen, wie die gelernten Wohlverhaltensregeln im Arbeitsalltag angewendet werden können.

### Paket gegen Korruption in der Praxis

Projekträger sind die Stadt Wien, der Österreichische Städtebund sowie die Städtebund-Landesgruppen Kärnten und Steiermark. Zur Anwendung kommt das umfangreiche Antikorruptionspaket bereits in den Städten Graz, Wien und Villach, wobei andere Städte und Gemeinden großes Interesse gezeigt haben, sich an dem Projekt zu beteiligen. „Wir freuen uns über die positive Resonanz und hoffen somit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentliche Verwaltung weiter zu stärken“, resümierte Generalsekretär Weninger.



Buenos Dias

Interaktive Übungen für den Umgang mit dem Thema Korruption.



feel image - Fotografie e.U. Felicitas Matern

## EU-RICHTLINIE GEFÄHRDET DASEINSVORSORGE

„Der Vorschlag für neue EU-Richtlinien im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe ist ein Angriff auf das föderale System und die kommunale Selbstverwaltung“, sagte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Grund der Kritik: Vor allem der neue Richtlinienvorschlag über die Konzessionsvergabe sieht schärfere Verfahrensregelungen für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungsaufträgen vor. So sind beispielsweise strengere Verpflichtungen zur vorherigen Bekanntmachung, zur Festlegung von Mindestfristen sowie nähere Bestimmungen zur Festlegung der Auswahl- und Zuschlagskriterien vorgesehen. Gerade öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung und Abfallentsorgung wären stark betroffen, da die neue Regelung die Märkte der Daseinsvorsorge für private Anbieter verstärkt öffnen würde.

## SOZIALHILFE NICHT AUF KOSTEN VON STÄDTEN UND GEMEINDEN REFORMIEREN

Zur Diskussion um eine geplante Reform der Sozialhilfe-Umlage in Kärnten nahm im Dezember 2011 der Österreichische Städtebund Stellung: „Die Sozialhilfe ist Aufgabe des Landes, die Städte und Gemeinden sind lediglich Mitzahler“, betonte Städtebund-Generalsekretär Dr. Thomas Weninger. „Wenn jetzt die größeren Städte in Kärnten stärker zur Kasse gebeten werden, dann trifft das immerhin fast die Hälfte der Kärntner Bevölkerung“. Das Argument, dass damit 18 Gemeinden vor der Abgangsdeckung „gerettet“ würden, sei ein „Scheinargument“, so Weninger. Das Land Kärnten liegt im Bundesländervergleich bei den Umlagen für Gesundheit und Soziales an der Spitze. „Das Ziel sollte sein, die Umlagen insgesamt zu senken“, betonte Weninger. Die Umlagen im Bereich Gesundheit und Soziales gehören zu den stärksten Kostentreibern.



www.picturefest.com

## DIE INVESTITIONSKRAFT DER STÄDTE IST STARK GEBREMST

Die Finanzsituation der Städte und Gemeinden wird aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise zunehmend schwieriger. Trotz gestiegener Einnahmen können die Ausfälle wegen kontinuierlich steigender Ausgaben nicht kompensiert werden. Die nun von der Bundesregierung beschlossene Schuldenbremse könnte eine zusätzliche Verschärfung bringen, wenn keine flankierenden Maßnahmen beschlossen werden. Dies geht aus einer aktuellen Finanzprognose für Städte und Gemeinden hervor, die das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung im Auftrag des Österreichischen Städtebundes erstellt und gemeinsam mit Kooperationspartner Bank Austria in Wien präsentiert hat.

### Die Prognose im Detail

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Österreich stabilisiert sich auf einem niedrigen Niveau. Die Ertragsanteile haben sich gegenüber dem Vorjahr um 57 Millionen Euro reduziert, die weiteren Einnahmen wachsen 2010 nur in einem geringen Ausmaß, und ausgabenseitig ist ein geringer Anstieg zu verzeichnen. Der Zinsaufwand sinkt erheblich, die Transferzahlungen steigen jedoch stark an – innerhalb eines Jahres von 2009 auf 2010 um 180 Millionen Euro.

Die finanzielle Lage der Gemeinden bleibt weiterhin angespannt. Die Ertragskraft liegt mit der öffentlichen Sparquote um rund ein Drittel unter den Werten der Jahre vor 2008 und die freie Finanzspitze ist in Summe Null, sodass sich die Investitionstätigkeit rückläufig zeigt. 2010 wurde um 300 Millionen Euro weniger investiert als in den Vorjahren.

### Schuldenbremse als zusätzliche Hürde

Die durch die Bundesregierung beschlossene Schuldenbremse könnte weitreichende Auswirkungen auf die Finanzierung von Städten und Gemeinden haben. Der Österreichische Städtebund fordert daher, dass bei einer Festschreibung des Schuldenabbaus auch die „Pflichtausgaben“ – also die zahlreichen, sehr stark anwachsenden Transferleistungen, die Städte und

Gemeinden an die Bundesländer leisten – gedeckelt werden. Generalsekretär Thomas Weninger: „Es muss klar sein, dass, wenn das finanzielle Korsett enger wird, auch kein Millimeter mehr Platz ist für neue Aufgaben, die der Bund an Länder und Gemeinden delegiert, die dann die Umsetzung selbst finanzieren müssen“, so Weninger.

Er fordert parallel zur Schuldenbremse ein „Finanzierungs-Reformpaket“: „Mittelfristig können nur durch echte Strukturformen die Leistungen der Städte und Gemeinden abgesichert werden: etwa durch eine Neuverteilung der Aufgaben und Ausgaben und einer umfassenden Struktur- und Verwaltungsreform, um Doppelgleisigkeiten und Mehrfachzuständigkeiten zwischen Ländern und Gemeinden zu beseitigen. Städte sind Wirtschaftsmotoren, die dazu beitragen, die Konjunktur zu stabilisieren, um damit Beschäftigung vor Ort speziell für Klein- und Mittelunternehmen zu sichern“, so Generalsekretär Weninger.



Die Schuldenbremse ist gut, es muss aber die Finanzierung der Leistungen der Städte und Gemeinden abgesichert sein.

# VERGABE JOUR FIXE

Mit den Top-Vergabeexperten Österreichs

Ort: Bartensteingasse 2 (3. Stock),  
1010 Wien, Vortragssaal

Info & Anmeldung:  
kanzlei@schramm-oehler.at  
www.schramm-oehler.at

**KEINE  
TEILNAHME-  
GEBÜHR**

**Donnerstag, 29. März 2012:** „Aktuelle Neuerungen im Vergaberecht“ mit **Fruhmann** (Bundeskanzleramt)

**Donnerstag, 19. April 2012:** „Forschungs- und Entwicklungsaufträge und precommercial procurement (PCP)“ mit **Hopp** (FFG)

**Donnerstag, 10. Mai 2012:** „Bessere Ausschreibungsunterlagen – gewusst wie!“ mit **Schneider** (ASFiNAG)

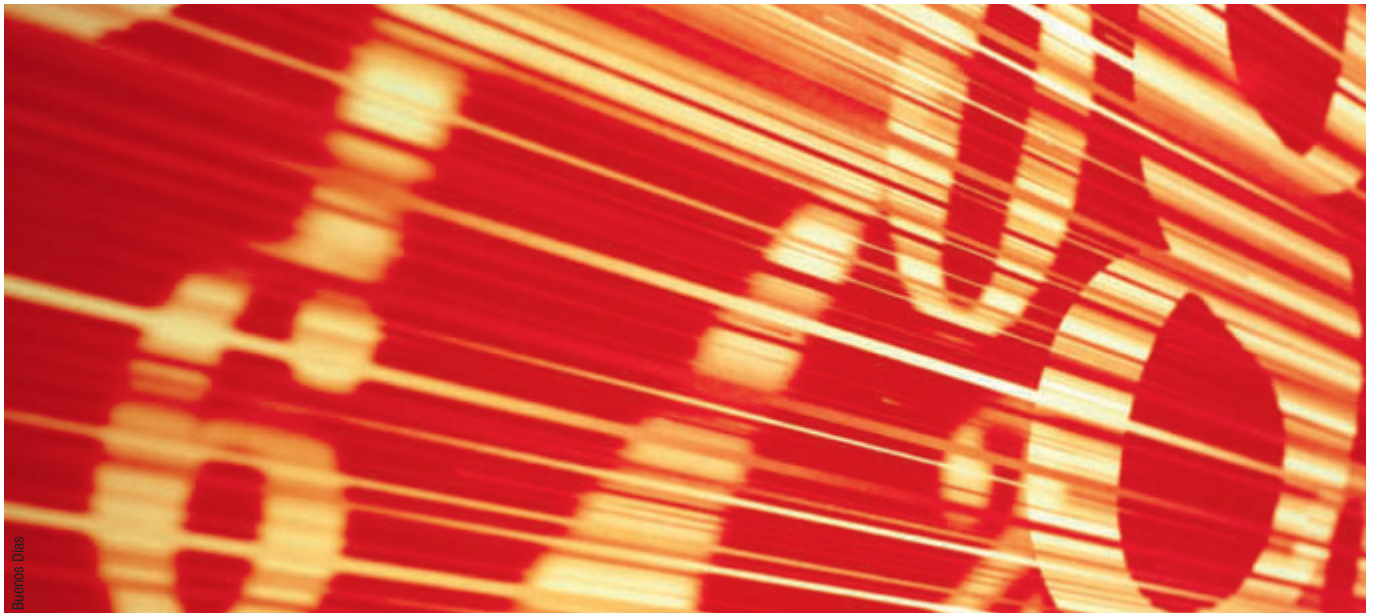
**Donnerstag, 24. Mai 2012:** „Die besten Entscheidungen des Vergabekontrollsenates Wien“ mit **Lehner** (Stadt Wien) und **Oppel** (Wiener KAV)

**Donnerstag, 14. Juni 2012:** „Rechnungshof und Vergaberecht“ mit **Primig** (Österreichischer Rechnungshof)

**SCHRAMM ÖHLER**  
RECHTSANWÄLTE

WERBUNG





Enorme Kostensteigerungen von bis zu 30 Prozent bringen die Gemeindefinanzen in ernsthafte Schwierigkeiten.

## AUSGABEN FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT TREIBEN KOMMUNEN IN ROTE ZAHLEN

„Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat spürbare Auswirkungen auf die Finanzgebarung der Städte und Gemeinden, denn trotz gestiegener Einnahmen können die Ausfälle wegen ständig steigender Ausgaben vor allem im Bereich Gesundheit und Soziales nicht wettgemacht werden“, sagte Dr. Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, anlässlich der Präsentation des aktuell erschienenen „Gemeindefinanzberichts 2011“, der in Zusammenarbeit mit der Kommunalkredit Austria AG und dem Österreichischen Gemeindebund jährlich veröffentlicht wird. Der Gemeindefinanzbericht bildet die Haushaltsentwicklung der Städte und Gemeinden 2010 ab. Grundlage sind die Rechnungsabschlüsse aller Städte und Gemeinden Österreichs. Die Einnahmen der Kommunen sind 2010 leicht gesunken. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben, besonders im Bereich Gesundheit und Soziales aber so rasant an, dass die freie Finanzspitze, also der finanzielle autonome Gestaltungsspielraum der Städte und Gemeinden, eine stark negative Entwicklung aufweist.

### Die Ergebnisse im Detail

Die Gesamteinnahmen der Gemeinden (ohne Wien) betragen im Jahr 2010 16,704 Mrd. Euro, das entspricht einem Rückgang von 0,4 Prozent im Vergleich zu 2009. Dieser Negativtrend setzte bereits im Krisenjahr 2009 ein und hat sich weiter fortgesetzt. Den Einnahmen standen Gesamtausgaben von 16,656 Mrd. Euro gegenüber. Verantwortlich für den Rückgang bei den Einnahmen sind die gesunkenen Bundesertragsanteile, das ist jener Teil am Gesamtsteueraufkommen, das laut Finanzausgleich den Städte und Gemeinden zusteht. Diese betragen 2010 4,812 Mrd. Euro (ohne Wien), im Vorjahr waren es noch 4,867 Mrd. Euro, 2008 sogar 5,156 Mrd. Dabei fällt auf, dass alle Ausgabenposten zurückgefahren wur-

den, einzig im Bereich „Gesundheit“ bzw. „Soziales“ gab es Steigerungen von 8,28 Prozent („Soziale Wohlfahrt“) bzw. 4,98 Prozent („Gesundheit“). Diese Bereiche sind über die vergangenen Jahre betrachtet regelrecht explodiert – österreichweit gab es Kostensteigerungen für die Kommunen von rund 30 Prozent. Dabei werden diese Ausgaben für Krankenhäuser, Sozialhilfe oder Pflege im Wesentlichen über Umlagen als Gesamtsumme an die Bundesländer abgeführt. Kosten also, auf die die Städte und Gemeinden keinen Einfluss haben. „Es kann nicht sein, dass die Pflichtausgaben, die jährlich an die Länder überwiesen werden, die kommunalen Budgets aushöhlen und die Städte und Gemeinden letztlich handlungsunfähig machen“, warnte Thomas Weninger, Generalsekretär des Städtebundes. „Auffällig ist, dass die Bundesländer mit den höchsten Umlagen auch die meisten Abgangsgemeinden haben. Föderalismus kann nicht bedeuten, dass eine Ebene der nächsten ihre Defizite weitergibt“, so Thomas Weninger.

### Kommunen als öffentliche Investoren

Städte und Gemeinden sind jahrelang die größten öffentlichen Investoren der Republik gewesen, sie haben substanzvoll zum Erhalt vieler tausender Arbeitsplätze beigetragen und die regionale Wirtschaft – die vielen kleinen und mittleren Unternehmen – vor Ort gestärkt. Diese Rolle konnten sie im Jahr 2010 nicht mehr im vollen Umfang ausüben, die Bruttoinvestitionen sind von 2,039 Mrd. im Jahr 2009 auf 1,671 Mrd. Euro im Jahr 2010 gesunken. Die kommunalen Investitionen werden weiter zurückgehen, sagte Thomas Weninger: „Diese Entwicklung wird auch Volkswirtschaft und Konjunktur in einem hohen Maß beeinflussen.“ Notwendig sind Strukturreformen, klare Aufgabentrennungen sowie das Entflechten von Transferleistungen und Doppelgleisigkeiten.



# Mit vorausschauender Planung die Zukunft meistern

Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector bei der Bank Austria, über die finanzielle Situation der Gemeinden und wie sie die Bank Austria bei der Bewältigung der budgetären Herausforderungen unterstützen kann – zum Beispiel mit dem „Erweiterten Haushalts-Check“.

**Herr Figl, die kommunalen Haushalte kämpfen damit, sinkende Einnahmen und zunehmend steigende Ausgaben – insbesondere aufgrund stetig wachsender Sozialtransfers – auszugleichen. Wird die konjunkturelle Entwicklung Entlastung bringen?**

Aus momentaner Sicht wird das nicht der Fall sein. Aufgrund des Sparpakets zur Reduktion der öffentlichen Verschuldung ist mit einem sehr moderaten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Auf die Finanzen der Gemeinden umgelegt, bedeutet diese Prognose, dass für 2012 mit einem Anstieg der Ertragsanteile um nur 1,9 Prozent zu rechnen ist. Der Überschuss der laufenden Gebarung, der sogenannte Saldo 1, wird also weiterhin zurückgehen und in den kommenden Jahren auf halbem Niveau der Jahre 2008 und davor liegen. Damit halbiert sich der Investitionsspielraum der Gemeinden.



**Welche Gefahr ergibt sich dadurch?**

Es besteht das Risiko, dass dringend notwendige Investitionen zur Sicherstellung der Lebensqualität in den Gemeinden unterbleiben oder aufgeschoben werden müssen.

**Was können die Gemeinden tun, um solche Investitionsrückstaus zu vermeiden – insbesondere, wenn sie auch ausgegliederte Betriebe neben dem Gemeindehaushalt berücksichtigen müssen?**

Da ist es mehr denn je erforderlich, einen verlässlichen Finanzpartner an seiner Seite zu haben und gesamthaft zu planen. Das ist zum Beispiel mit Hilfe des „Erweiterten Haushalts-Checks“ – einem Planungstool, das die Bank Austria gemeinsam mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung entwickelt hat – möglich. Der „Erweiterte Haushalts-Check“ erlaubt es, ausgegliederte Betriebe in die mittelfristige Planung einzubeziehen und im Gemeindehaushalt gesamthaft darzustellen. Durch diese Form der Planung können natürlich weder die Einnahmen gesteigert, noch die Bundesertragsanteile verändert werden. Sie bewirkt aber, dass die knappen Mittel, die den Gemeinden zur Verfügung stehen, optimal eingesetzt werden.

## WORAUF ES BEI DER RICHTIGEN PLANUNG ANKOMMT

Bei der Planung ist es vor allem wichtig nicht nur die Gemeinde, sondern auch deren ausgelagerten Betriebe mit zu berücksichtigen

Für eine umsichtige und vorausschauende Planung sind vor allem zwei Punkte wichtig: Erstens muss rechtzeitig mit der Planung begonnen und ein Zeitraum über mehrere Jahre betrachtet werden. Zweitens ist entscheidend, dass bei Investitionen nicht nur die Anschaffungskosten kalkuliert, sondern auch die laufenden Betriebs- und Instandhaltungskosten einbezogen werden.

Die Bank Austria unterstützt durch kompetente Planungsberatung, in die ihre jahrzehntelange Erfahrung aus der Zusammenarbeit mit dem kommunalen Sektor einfließt. Außerdem stellt die Bank Austria eine Reihe von praktischen Planungstools zur Verfügung, die sie in Zusammenarbeit mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung entwickelt hat und die allen Gemeinden kostenlos über das Internet unter [www.praxisplaner.at](http://www.praxisplaner.at) zugänglich sind.

Diese Planungstools – allen voran der „Erweiterte Haushalts-Check“ – sind einfach zu handhaben. Sie ermöglichen einen raschen, gesamthaften Überblick über die Gemeindefinanzen. Dabei geht es nicht nur darum, die günstigsten Lösungen für Neuinvestitionen zu wählen, sondern auch bestehende Finanzpositionen genau zu betrachten und nach Möglichkeit Optimierungen vorzunehmen.

## BANK AUSTRIA – IHRE ADRESSE FÜR KOMMUNALE KOMPETENZ

Als Österreichs führender Finanzpartner der Öffentlichen Hand sieht es die Bank Austria gerade auch in schwierigen Zeiten als ihre Verpflichtung, den kommunalen Bereich zu unterstützen. Sie hat daher – als bisher einzige Bank in Österreich – einen eigenen Bereich eingerichtet, der sich vollkommen auf die Bedürfnisse der Gemeinden spezialisiert hat. Das gilt sowohl für die individuelle Betreuung vor Ort als auch für die Produktgestaltung.

## PLANUNGSTOOLS

Derzeit stellt die Bank Austria gemeinsam mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung fünf Praxisplaner zu folgenden Themenbereichen zur Verfügung:

- Bonitäts- und Risikoanalyse
- Kinderbetreuung
- Senioren- und Pflegeheime
- Investitions- und Vorhabensplanung
- Erweiterter Haushaltscheck inkl. Betriebsausgliederungen

Bereits mehr als 210 auf [www.praxisplaner.at](http://www.praxisplaner.at) registrierte Städte und Gemeinde verwenden diese Planungstools. Im Rahmen der Kommunalforen, die die Bank Austria jährlich in Zusammenarbeit mit dem KDZ, dem Städtebund und dem Gemeindebund durchführt, werden regelmäßig neue Praxisplaner vorgestellt

Für weitere Informationen wenden Sie sich an Ihren Gemeindebetreuer oder Gemeindebetreuerin, erreichbar unter 05 05 05 41691 oder unter [publicsector.bankaustria.at](http://publicsector.bankaustria.at)



## DER KLIMA:AKTIVPAKT 2020 IST EINE STARKE PARTNERSCHAFT FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Im November 2011 präsentierte Umweltminister Niki Berlakovich die ersten sechs österreichischen Unternehmen, die dem „klima:aktiv pakt2020“ beigetreten sind. Mit der Beitrittserklärung verpflichten sich große Unternehmen freiwillig zur Erreichung der österreichischen Energie- und Klimaziele und gehen als Wegbereiter und Vorbilder für betrieblichen Klimaschutz in Österreichs Wirtschaft voran. Der „klima:aktiv pakt2020“ ist der vom Lebensministerium initiierte Klimapakt für Großbetriebe. Im Rahmen der Unterzeichnung von Beitrittserklärungen am 2. November 2011 mit Umweltminister Niki Berlakovich in Wien wurden die Unternehmen zu offiziellen „klima:aktiv pakt2020-Betrieben“.

Zu den Partnern der ersten Stunde gehören: BUWOG Gruppe, Caritasverband der Erzdiözese Salzburg, McDonald's Franchise GmbH, REWE International AG, UniCredit Bank Austria AG, Vöslauer Mineralwasser AG. „Mit ihrer Beitrittserklärung zum Klimapakt und der freiwilligen Verpflichtung zu aktivem Handeln, werden sechs österreichische Großunternehmen zu Wegbereitern für betrieblichen Klimaschutz in Österreich. Neben dem aktiven Beitrag zum Klimaschutz treiben diese Partner durch ihre technologische Führerschaft Innovationen voran und werden zu Vorreitern in Energieeffizienz- und Mobilitätsfragen. So rechnet sich Klima- und Umweltschutz“, erklärte Umweltminister Niki Berlakovich.

### Ziele des „klima:aktiv pakt2020“

Als erste österreichische Unternehmen verpflichten sich die oben genannten Firmen innerhalb der nächsten sieben Monate einen detaillierten Maßnahmenplan zu erarbeiten, der beschreibt, wie sie bis zum Jahr 2020 genau definierte Klima-

schutzziele erfüllen werden: Um das Minimalziel des „klima:aktiv pakt2020“ zu erreichen, müssen die Partnerunternehmen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um 16 Prozent reduzieren, die Energieeffizienz im Betrieb um 20 Prozent steigern, den Anteil erneuerbarer Energien auf 34 Prozent des gesamten Energieverbrauchs erhöhen und 10 Prozent des Energiebedarfs der betrieblichen Mobilität durch Erneuerbare Energieträger abdecken. Als Basis für diese Verbesserungen werden die jeweiligen Unternehmenswerte aus dem Jahr 2005 herangezogen.

### Auswahl der „klima:aktiv pakt2020“-Partner

Im Rahmen einer Auslobung von 5. August bis 10. Oktober 2011 waren österreichische Unternehmen aufgerufen, sich als „klima:aktiv pakt2020“-Partner zu bewerben. Eine Fachjury ermittelte aus allen Bewerbungen die ambitioniertesten Unternehmen. Diese erfüllen einerseits die geforderten Kriterien und übernehmen andererseits als Paktpartner eine aktive Vorreiterrolle. Aus der Ausschreibung 2011 konnten sich sechs Unternehmen als „klima:aktiv pakt2020“-Partner qualifizieren. Sie überzeugten die Fachjury mit der Vorlage eines Grobkonzeptes für die geplanten Maßnahmen bis zum Jahr 2020 und den bereits umgesetzten Aktivitäten für den Klimaschutz.

### Weitere Informationen

Lebensministerium: Mag.<sup>a</sup> Doris Ostermann,  
Leiterin Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 01/71100/6823,  
doris.ostermann@lebensministerium.at  
Österreichische Energieagentur: Mag. Alexander Rehbogen,  
MBA, klima:aktiv Partnermanagement, Tel.: 01/5861524-132,  
alexander.rehbogen@energyagency.at

## DAS BURGENLAND GEHT MIT INNOVATIVER PFLEGEPLATZBÖRSE ONLINE

Mit einem Klick gibt es im Burgenland ab sofort einen Überblick über die Kapazitäten in Altenwohn- und Pflegezentren. Im Burgenland lebt der überwiegende Teil der älteren Menschen in ihren Häusern und Wohnungen, diese seien jedoch nur zu einem Bruchteil auch entsprechend altersgerecht ausgestattet. Derzeit gibt es in dem östlichsten Bundesland 45 Altenwohn- und Pflegezentren. Man habe sich seitens des Landes „sehr bewusst für ein Modell einer möglichst wohnortnahen Versorgung entschlossen“, so Soziallandesrat Peter Rezar. Dementsprechend bunt – versehen mit grünen Fähnchen für freie und roten für belegte Kapazitäten – präsentiert sich die „Pflege-Landkarte“ im Internet ([www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)). Einen Überblick über die Kapazitäten in den einzelnen Einrichtungen gibt es aber auch in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach Ort oder Bezirk. Außerdem können bestimmte Häuser auch mittels Suchfeld aufgerufen werden.

### Informationen auf einen Blick

Die Pflegeplatzbörse soll in Zukunft sowohl den Pflegebedürftigen als auch deren Angehörigen die Möglichkeit bieten, sich darüber zu informieren, „wo es freie Plätze gibt, wo freie Kapazitäten vorhanden sind. Egal ob es sich um eine Langzeitpflege oder um eine Kurzzeitpflege bzw. um eine entsprechende Tagesbetreuung handelt“, sagte Rezar. Die Website bzw. die Anzahl der freien Plätze wird von den Einrichtungen selbst aktua-

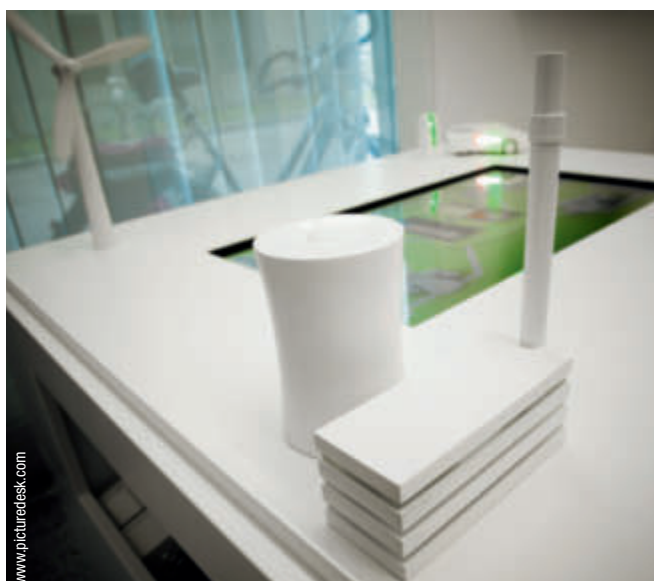


Derzeit gibt es im Burgenland 45 Altenwohn- und Pflegezentren, die auf der „Pflege-Landkarte“ grafisch dargestellt werden.

liert. Für Personen, die keinen Internetzugang haben, können sämtliche Informationen auch telefonisch unter 057600/2326 beim Amt der Burgenländischen Landesregierung abgefragt werden.

## WIEN WELTWEIT FÜHREND ALS SMART CITY

Der US-amerikanische Klima-Strategie Boyd Cohen beurteilte im ersten weltweiten „Smart City Ranking“ Weltstädte von New York bis Hongkong. Wien nimmt darin den ersten Platz ein. Das Ranking wurde anhand verschiedener Indikatoren für



Innovation und Nachhaltigkeit erstellt. Dabei gab es für Cohen mit Wien einen Überraschungssieger. Das Ergebnis habe er nicht erwartet, so Cohen, da er Wien bis dahin nicht vorrangig im Zusammenhang mit „Smart Cities“ gebracht hätte. Wien liegt in jeder der Kategorien unter den Top Ten, was insgesamt den ersten Platz ergeben hat. Nach der Auszeichnung als Stadt mit höchster Lebensqualität im Rahmen der Mercer-Studie ist dies neuerlich ein internationaler Spitzenplatz für Wien.

### Ergebnisse im Detail

Wien setze sich auf dem Weg zur Smart City ehrgeizige Ziele und verfolge systematisch die Fortschritte, so Cohen. Die Grundlage dazu bieten Programme für umweltfreundliche Energieformen. Ebenso hervorgehoben wurde die Einbindung unterschiedlicher Interessensträger bei Prozessen in der Stadtplanung, gezielte verkehrspolitische und raumplanerische Maßnahmen sowie die Forcierung umweltfreundlicher Stadttechnologien. Das Projekt „Smart City Wien“ ist eine gemeinsame Aktivität von Stadt Wien, Wiener Stadtwerke sowie einigen Wiener Unternehmen und Wiener Forschungseinrichtungen, und wird durch TINA Vienna unterstützt. Im Rahmen des „Strategic Energy Technology“-Plans (SET-Plan) der EU beteiligt sich Wien aktiv an der Entwicklung neuer integrativer Lösungen.



## FRAUENPREIS 2011 FÜR VALIE EXPORT UND INA WAGNER

Frauenstadträtin Sandra Frauenberger hat am 5.12.2011 den Wiener Frauenpreis 2011 an VALIE EXPORT und Ina Wagner verliehen. VALIE EXPORT wurde in der Kategorie „Bildende Kunst“ ausgezeichnet. Ina Wagner erhielt den Preis in der Kategorie „Informations- und Kommunikationstechnologie“.

### Preisträgerin VALIE EXPORT

VALIE EXPORT ist eine der bedeutendsten Künstlerinnen des Landes. Ihr Schaffen umfasst Performance, Aktionen, Fotografie, Video, Film, Expanded Cinema, Medieninstallationen, Skulptur und Text. Sie war Pionierin der Medien-, Performance- und Filmkunst, mit der sie auch oft provozierte. VALIE EXPORTs Arbeiten machen auf soziale, gesellschaftliche und politische Wirklichkeit aufmerksam, auf Zwänge, Gewalt und Schmerz.

### Preisträgerin Ina Wagner

Ina Wagner ist Universitätsprofessorin für Multidisziplinäres System Design und leitet das Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung an der Fakultät für Informatik der Universität Wien. Sie ist eine der profiliertesten Naturwissenschaftlerinnen des Landes. Das lässt sich zum Beispiel an der langen Liste ihrer Publikationen ablesen. Sie war Mitglied der Ethikgruppe der Europäischen Kommission und sitzt nun in der österreichischen Bioethik-Kommission.

### Mehr Verteilungsgerechtigkeit

Die Preisträgerinnen des Wiener Frauenpreises haben eine wichtige gesellschaftliche Vorbildfunktion, denn sie machen Frauen Mut, althergebrachte Rollenbilder zu durchbrechen. Sie zeigen, dass Frauen alles sein können. Gerade in Zeiten der Krise ist der Kampf um Verteilungsgerechtigkeit ein Gebot der Stunde. Halbe/halbe mag „retro“ klingen, muss aber wieder ganz nach oben auf die Agenda. 2012 gibt es dazu einen Schwerpunkt.



v.l.: Ina Wagner, Sandra Frauenberger, Renate Brauner und Valie Export bei der Verleihung des Wiener Frauenpreises 2011.



### EIN GRÜNER DAUMEN FÜR TULLN

In der Blumenstadt Tulln arbeiten in Zukunft die StadtgärtnerInnen Hand in Hand mit den unzähligen HobbygärtnerInnen: BürgerInnen, Schulklassen, Vereine und Unternehmen können ab sofort Patenschaften für öffentliche Grünflächen übernehmen und so ihren ganz persönlichen Beitrag zum grünen Image Tullns leisten: Blumen gießen, Rasen mähen, Unkraut jäten, Laub entfernen oder einen Baum spenden – jeder grüne Daumen und Gedanke zählt! Alle, die Lust auf die Pflege einer öffentlichen Grünfläche haben, können sich ab sofort unter [www.tulln.at](http://www.tulln.at) anmelden.

### DAS NEUE HANDBUCH „GENDER MAINSTREAMING LEICHT GEMACHT“



Die Stadt Wien will Gender Mainstreaming aktiv umsetzen. Dazu wurde nun ein Handbuch erstellt: „Gender Mainstreaming leicht gemacht. Praxistipps für mehr Gleichstellung im Magistrat“. Gleichstellung ist ein wichtiges Thema. Bereits bei der Planung von Maßnahmen lohnt es sich, Zeit für die Berücksichtigung von Genderaspekten zu investieren. „Damit wird der Blick für eine differenziertere Betrachtung unserer Kundinnen und Kunden geschärft

und ein wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung geleistet“, unterstrich Magistratsdirektor Dr. Erich Hechtner die Bedeutung von Gender Mainstreaming.

Nach zwei erfolgreichen Kampagnen zur Sensibilisierung folgt nun als dritter Teil die konkrete Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien mit einem Handbuch, das wie ein Nachschlagewerk mit Praxistipps und Checklisten die Anwendung von Gender Mainstreaming im Arbeitsalltag leichter machen soll. Ziel ist, dass bei der Planung, Durchführung und Bewertung von Maßnahmen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Geschlechter beachtet werden.

## EUROPÄISCHES UNWETTERFORSCHUNGS- INSTITUT IN WIENER NEUSTADT

Das Europäische Unwetterforschungsinstitut ESSL (European Severe Storms Laboratory), führend im Bereich Unwetter/Extremwetterforschung, betreibt ab Juni 2012 ein Büro- und Training-Center in Wiener Neustadt. Mit EU- und nationalen Forschungsprojekten in den Bereichen Hagel, Tornado, Gewitter-Überflutungen, Sturmböen sowie Klimaprojektion bilden die Aktivitäten des Instituts einen tragenden Baustein der europäischen Initiativen in diesem Wissenschaftsbereich. Darüber hinaus betreibt das ESSL die Europäische Unwetterdatenbank ESWD (European Severe Weather Database), die mit über 40.000 Ereigniseinträgen mit Abstand die bedeutendste Datenbank ihrer Art in Europa ist.

Zu den Aufgaben des Institutes zählt auch die Ausrichtung der Europäischen Unwetterkonferenz ECSS (European Conference on Severe Storms), die alle zwei Jahre stattfindet und die renommiertesten MeteorologInnen aus den Bereichen Wetterwarnung und Unwetterforschung aus der ganzen Welt zusammenführt. Ab 2012 kommt zu den Aktivitäten Forschung, Daten und Konferenz als vierte Säule das Training hinzu. Das künftige Büro- und Training-Center wird Platz für Forschung und Verwaltung des Unwetterforschungsinstituts bieten.

## WIEN: VORSITZ DER REGLEG-KONFERENZ 2012

Im kommenden Jahr übernimmt Wien den Vorsitz des Netzwerks „Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen“, kurz REGLEG. REGLEG setzt sich für die verstärkte Einbindung dieser Regionen im Beschlussfassungsprozess der Europäischen Union ein. Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz hat am 30. November 2011 in Vertretung des Wiener Bürgermeisters Dr. Michael Häupl offiziell die Präsidentschaft von der Hauptstadtregion Brüssel übernommen. Kopietz strich die Verdienste der Brüsseler Präsidentschaft 2011 sowie jene der spanischen Region Aragon 2010 hervor. Die im vergangenen Jahr beschlossene „Deklaration von Saragossa“ legt die Forderungen der Regionen zu ihrer besseren Einbindung bei Fragen der Subsidiarität, der Daseinsvorsorge, der besseren wirtschaftlichen Koordination innerhalb der EU sowie der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ fest. „Diese Wege wird auch Wien während der Präsidentschaft 2012 fortführen“, sagte Kopietz bei der REGLEG-Konferenz.



## AUSZEICHNUNG FÜR ÖKO-VORBILDLICHE SPORTVERANSTALTUNGEN

Sportveranstaltungen lassen sich ohne weiteres umweltfreundlich und nachhaltig organisieren. Das zeigen die fünf Siegerprojekte des Wettbewerbs „Sportlich zur Nachhaltigkeit“. Prämiert wurden: der Salzburg-Marathon, das Damen-Tennisturnier in Bad Gastein (Salzburg), der Meidlinger Bezirkslauf (Wien), der Lipizzanerheimat-Lauf in Piber (Steiermark) und der Tiroler Frauenlauf in Innsbruck.

„Green Events schaffen mehr Bewusstheit für Klimaschutz, Energieeffizienz, umweltschonende Mobilität und verantwortungsbewusste Ernährung. Wir holen jene Vereine und Sportorganisationen vor den Vorhang, die Klimaschutz und Nachhaltigkeit konkret umsetzen. Sie sind wichtige Multiplikatoren für die Notwendigkeit, diese Herausforderungen anzugehen und zeigen in der Praxis vor, wie große Veranstaltungen an Qualität gewinnen und zum Klimaschutz beitragen können“, so Umweltminister Niki Berlakovich anlässlich der Auszeichnung.

## DIE STEIERMARK WIRD EUROPÄISCHE UNTERNEHMERREGION 2013

Die Steiermark wird im kommenden Jahr gemeinsam mit den Regionen Nord-Pas-de-Calais (Frankreich) und Süddänemark den vom Ausschuss der Regionen vergebenen Titel „Europäische Unternehmerregion“ tragen. Schon vor der Preisverleihung am 15. Februar 2012 in Brüssel sprach der steirische Landesrat für Wirtschaft, Europa und Kultur, Dr. Christian Buchmann in einem Interview über die steirische Wirtschaftsstrategie sowie über Bedeutung und Auswirkungen dieser Auszeichnung. Sie ist eine Bestätigung und Anerkennung für den Weg, der in der Steiermark eingeschlagen wurde.

Mit der „Wirtschaftsstrategie Steiermark 2020 - Wachstum durch Innovation“ gibt es eine umfassende Strategie, mit der in den kommenden Jahren der Wirtschaftsstandort Steiermark entwickelt werden kann. Diese klare Zielsetzung wurde vom Ausschuss der Regionen in der Begründung besonders gelobt. In der Steiermark konzentriert man sich auf Mobility, Eco-Tech und Health-Tech. Das sind jene Bereiche mit dem größten Wachstumspotenzial.

Die Steiermark ist bereits jetzt ein sehr innovativer Wirtschaftsstandort. Mit einer regionalen F&E-Quote von 4,3 Prozent hat die Steiermark die Ziele von „Europa 2020“ bereits übertroffen und zählt zu den innovativsten Regionen in Europa. Ein wichtiger Grund dafür ist die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Mit fünf Universitäten, zwei Fachhochschulen und 19 Kompetenzzentren bietet die Steiermark eine Vielzahl hervorragender Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, die eng mit der Wirtschaft kooperieren. Das Wirtschaftsressort investiert bis 2016 insgesamt 100 Millionen Euro in die Kompetenzzentren, weil diese wesentlich zur Innovationskraft der Steiermark beitragen.

## Land der vorsichtigen Demokratie

BürgerInnenbeteiligung auf Gemeindeebene ist „in“, und besonders Instrumente der direkten Demokratie erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Nicht immer aber sind alle zufrieden. Schuld sind meist mangelnde Information und falsche Erwartungen. Was fehlt, sind einheitliche, klare und verbindliche Regeln.

ao.Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Karhofer, Leiter des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck

Direkte Demokratie (DD) ist ein Verfahren, bei dem BürgerInnen über Sachfragen direkt und selbstständig entscheiden. In international vergleichenden Übersichten wird Österreich, soweit es die DD angeht, zum Typus der „Vorsichtigen“ gezählt. Zu Recht: Volksabstimmungen haben seit 1945 erst zweimal stattgefunden (Zwentendorf, EU-Beitritt), Volksbefragung hat es überhaupt noch keine gegeben. Einzig das Mittel des Volksbegehrens weist mit bislang 35 eine nennenswerte Frequenz auf. Es wäre aber nicht Österreich, hätten nicht die Parteien dem „Volk“ die Arbeit abgenommen, denn bis Ende der Neunziger Jahre genügte



weit meisten Volksabstimmungen, wo sogar Haushalts-Voranschläge per Referendum bestätigt werden müssen. In Österreich sind der DD auf nationaler Ebene mit Blick auf die Verfassung relativ enge Grenzen gesetzt. Auf Ebene der Länder und vor allem der Gemeinden sieht die Sache anders aus. Die Kommunen haben nur Verwaltungs- und keine Gesetzgebungskompetenz. Gerade deshalb aber ist besonders bei Entscheidungen über Sachfragen – von öffentlichen Bauvorhaben, über Freizeiteinrichtungen bis hin zu Dorfentwicklungskonzepten – die Einbindung der BürgerInnen möglich und auch sinnvoll.

ringert die Kluft zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen, sorgt für Transparenz und fördert dadurch insgesamt die Legitimation der politischen Entscheidungsabläufe. Mit anderen Worten: Die DD verringert die Politikdistanz der BürgerInnen und fördert eine aktive und starke politische Öffentlichkeit.<sup>1</sup>

### Grenzen der direkten Demokratie

Freilich steht bei jedem einzelnen Thema immer auch die Frage im Raum, ob die Gemeinde autonom handeln kann oder ob sie in ihrem Spielraum durch Landes- oder Bundeskompetenzen eingeschränkt ist. Genau hier haken Skeptiker meist ein und warnen vor unrealistischer, populistischer Stimmungsmache. Meist entbehrt das aber der Grundlage. Ein Beispiel: Spricht sich eine Mehrheit der BürgerInnen für oder gegen eine Ortsumfahrung zur Verkehrsentlastung aus, dann kann der Gemeinderat das



### Leistungen der direkten Demokratie

DD ist hinsichtlich ihres Beitrags zur Demokratiequalität von großer Relevanz: Richtet man den Blick auf Partizipation im Sinne einer aktiven Teilhabe einer möglichst großen Zahl von BürgerInnen, so ist die Reichweite der DD durchaus als Gütekriterium einer Demokratie zu verstehen. Die (potenziell) positiven Leistungen der DD für eine dynamische Demokratie sind umfassend:

- Auf individueller Ebene fördert die Teilhabe am Entscheidungsprozess u.a. die politische Motivation und verbessert das Informationsniveau.
- Auf gesellschaftlicher Ebene trägt sie zum Zusammenhalt des Gemeinwesens bei, ermöglicht gemeinsames Handeln der BürgerInnen und gibt diesen das Gefühl einer intakten Machtverteilung.
- Für das politische System als Ganzes trägt sie zu einer thematisch offeneren und besser zugänglichen Politik bei, ver-

Votum zwar nicht einfach umsetzen, da bei solchen Fällen meist Landes- oder Bundeskompetenzen mit im Spiel sind. Eine direkte Befassung der BürgerInnen schließt das aber dennoch nicht aus, denn eine zur Abstimmung vorgelegte Frage lässt sich auch dahingehend formulieren, ob die Gemeindevertretung verpflichtet sein soll, die Mehrheitsentscheidung der BürgerInnen bei Verhandlungen mit übergeordneten Instanzen zu vertreten.



für die Einleitung eines Volksbegehrens eine Handvoll Abgeordnetenunterschriften – einzigartig in der demokratischen Welt. Aber so oder so, nur vereinzelt wurde das Ergebnis eines Volksbegehrens in der Gesetzgebung berücksichtigt. Letztlich ist es ein völlig zahnloses, dringend reformbedürftiges Instrument.

### Vorrang der gewählten Volksvertretung

Auf Bundesebene gibt es freilich auch gute Gründe, die DD nicht vorbehaltlos zum Ideal volksverbundener Politik zu stilisieren. Im Allgemeinen wird DD als Ergänzung, seltener als Korrektiv repräsentativ-demokratischer Entscheidungen von Parlament und Regierung gesehen. Das Primat der gewählten Vertretung gegenüber dem unmittelbaren Volkswillen ist für alle demokratischen politischen Systeme charakteristisch. Das gilt selbst für die Schweiz, dem Land mit den welt-

### Es braucht Transparenz und klare Regeln

Die Frage der Gemeindeautonomie ist also nicht die Kernfrage. Sehr viel bedeut-





samer ist die Frage der Transparenz. Direkte Demokratie ernst genommen, bedarf der klaren rechtlichen Regelung und der Verbindlichkeit hinsichtlich der Folgen eines Abstimmungs-votums. Hat ein Votum keine Konsequenzen – positiv wie negativ –, so ist das Instrument nicht nur wirkungslos, es konterkariert sogar den Grundgedanken der DD, nämlich dass die BürgerInnen in einer Sachfrage direkt entscheiden.

Die Regelungen in den einzelnen Bundesländern sind in Sachen DD stark unterschiedlich, wie die Tabelle zeigt: In allen neun Ländern gibt es das Instrument der Volksbefragung; nicht in allen aber als Initiativrecht der BürgerInnen, sondern der Gemeindevertretung vorbehalten. In sechs Ländern gibt es das auf Maßnahmen der Gemeindeverwaltung bezogene Volksbegehren als Initiativrecht (mit Hürden zwischen 5 und 20 Prozent Unterstützungserklärungen). Und in ebenfalls sechs Ländern sind Volksabstimmungen möglich; in allen sechs kann die Volksabstimmung von den Gemeindeorganen beschlossen werden, in nur drei davon

kann sie – mit Quoren\* von 20 bzw. 25 Prozent – auch durch Initiative der GemeindebürgerInnen zustande kommen. Wie der Vergleich zeigt, gibt es keine zwei Bundesländer mit identischen Regeln. Am meisten Übereinstimmung gibt es bei der Volksbefragung, ausgerechnet jenem Instrument, das das Attribut Direkte Demokratie im Wortsinn gar nicht verdient, zumal der Gemeinderat ja in keiner Weise an das Ergebnis gebunden ist. Die Volksbefragung ist damit die häufigste Quelle für Frustration und fortgesetzte Konflikte in der Kommune. In vielen anderen Ländern, darunter Deutschland, ist dieses Instrument aus guten Gründen gar nicht erst vorgesehen. Es wäre auch in Österreich kein Verlust, würde es aus sämtlichen Gemeindeordnungen ersatzlos gestrichen.



### Volksbefragung streichen – Volksbegehren aufwerten



Echte Instrumente der DD können hingegen das Volksbegehren und die Volksabstimmung sein, und hier könnte auch der Reformhebel ansetzen: Nach dem Muster der Schweizer Volksinitiative oder

des deutschen BürgerInnenbegehrens könnte das Volksbegehren in Österreichs Gemeinden ab einer festzulegenden Zahl von Unterstützungserklärungen zwingend eine Volksabstimmung nach sich ziehen, für deren Gültigkeit seinerseits Mindestquoren zu bestimmen wären. Mit einer solchen Reform würden begriffliche Unschärfen eliminiert und für die BürgerInnen mehr Übersicht geschaffen. Die Reform mit dem föderalistischen Selbstverständnis der Kommunen in Einklang zu bringen, ist unter anderem auch die Aufgabe des Österreichischen Städtebundes, ohne dessen Initiative liefe jegliche Reformdebatte ohnedies ins Leere. ■

\* Unter Quorum (lateinisch für „von denen“, Plural „Quoren“) versteht man in der Politik die notwendige Anzahl Stimmen, die erreicht sein muss, damit eine Wahl oder Abstimmung Gültigkeit erlangt. (<http://de.wikipedia.org>)

<sup>1</sup> Ausführlich dazu Andreas Gross/Bruno Kaufmann: IRI Europe- Länderindex zur Volksgesetzgebung. Ein Design- und Ratingbericht zu den direktdemokratischen Verfahren und Praktiken in 32 europäischen Staaten, Initiative & Referendum Institute Europe, Amsterdam 2002 (wird laufend aktualisiert und ist abrufbar unter: [www.iri-europe.org](http://www.iri-europe.org)).

<sup>2</sup> Quelle: Klaus Poier: Sachunmittelbare Demokratie in Österreichs Ländern und Gemeinden: Rechtslage und empirische Erfahrungen im Überblick. In: Peter Neumann/Denise Renger (Hrsg.), Sachunmittelbare Demokratie im interdisziplinären und internationalen Kontext 2009/2009. Deutschland – Österreich – Schweiz, Baden-Baden 2010, 31–56, hier: S. 49.

## Tabelle: Direkte Demokratie auf Gemeindeebene im Ländervergleich<sup>2</sup>

	Volksabstimmungen		Volksbefragungen		Volksbegehren
	Gemeindeorgan	BürgerInnen	Gemeindeorgan	BürgerInnen	BürgerInnen
Bgld	Bgm, GR	25%	Bgm, GR	20%	20%
Ktn	GR	--	GR	--	5%
NÖ	--	--	GR	10%	≥ 1 GR-Mandat
OÖ	--	--	GR	25%	--
Sbg	Bgm, GR, GV	--	Bgm, GR	--	10%
Stmk	GR	25%	GR	10%*	10%*
Tirol	--	--	Bgm, GR	1/6*	--
Vbg	Bgm, GR	20%	GR	20%	20%
Wien	GR	--	GR	5%	--

Bgm = Bürgermeister/-in, GR = Gemeinderat, GV = Gemeindevorstand bzw. Stadtrat. \* Die Landeshauptstädte Graz und Innsbruck haben abweichende Bestimmungen.

## Social Web:

## Mitsprache rund um die Uhr

Das Internet schafft die Möglichkeit permanenter BürgerInnen-Partizipation. Wenn man das will und sich traut.

Mag. Josef Barth, Pick & Barth Digital Strategies

Mit dem Einzug von Social Media ins tägliche Leben der Menschen hat sich viel geändert: die Wege mit anderen zu kommunizieren; die Art sich über Dinge zu informieren; und die Zeit, die Menschen im Web verbringen. Eine neue Generation kennt schon kaum mehr etwas anderes als 24/7 online zu sein, also 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche.

Social Media ist dabei die unmittelbare Übersetzung von Emotion in Öffentlichkeit. Menschen schreiben dabei über Dinge, die sie betreffen, die sie bewegen, die sie berühren – und vor allem: die sie wichtig finden.

Warum sie also nicht in die Prozesse politischer Entscheidungsfindung mit einbeziehen? Warum nicht zurückkehren zur Grundidee direkter Demokratie?



Markus Wächter

### Die vernetzte Partizipation als Chance

Die Chancen zur Re-Integration der Bürgerinnen und Bürger in den direkten politischen Partizipationsprozess waren nie so groß wie jetzt. Die Chance zur Vernetzung innerhalb einer Gemeinschaft hat ein noch nie da gewesenes Ausmaß erreicht, und die Möglichkeit zur Informationsvermittlung als Entscheidungsgrundlage einen noch nie möglichen Grad. Das Internet bietet die Möglichkeit dazu. Und selbst die Systeme sind schon entwickelt. Abstimmungen über Vorhaben im kommunalen Bereich ließen sich lang genug vorher ankündigen, um zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Ergebnis zu haben. Die Bürgerinnen und Bürger könnten die nötigen Infos dazu am Schirm oder sogar am Handydisplay ansehen, und mit einem Knopfdruck Zustimmung oder

Ablehnung ausdrücken. Und was bei einem Projekt möglich ist, lässt sich beliebig oft wiederholen. Ein weiterer Vorteil: Selbst der Diskussionsprozess könnte in

seinen Grundzügen online abgehandelt werden. Und da sich damit auch gleich die Schwarmintelligenz Vieler anzapfen ließe, würde dieses Crowd-Sourcing dem Projekt selbst wohl auch noch mal einen Qualitätsschub verleihen.

### Neue politische Konzepte

Zu wenig Information wäre in Zeiten von Social Media damit kein Argument mehr. Nicht zu wissen, wann und wo eine Abstimmung worüber stattfindet, ließe sich ebenfalls nicht vorschützen. Denn: Im Social Web kann Information so gepusht werden, dass sie ihr Ziel oft gar nicht verfehlen kann, wenn nur die Prozesse korrekt aufgesetzt sind. Und selbst Abwesenheit wäre kein Entschuldigungsgrund mehr. Einzig: Das Zusammengehörigkeitsgefühl und damit eine

Basis kommunaler Gemeinschaft würden durch permanente örtliche Fragmentierung bei der Entscheidungsfindung wohl mehr als leiden. Zum Teil sind solche oder ähnliche Konzepte sogar schon in Verwendung: In Deutschland wurde im Umfeld der Piratenpartei das Konzept der „Liquid Democracy“ entwickelt. Es handelt sich um ein Modell, dass es Menschen ermöglicht, ein Projekt oder einen Mandatar mit ihrer Unterstützung auszustatten, diese aber ebenso bei geänderten Verhältnissen wieder zu entziehen. Der Treue von PolitikerInnen an den eigenen Versprechen wurde damit eine völlig neue Dimension verliehen. Freilich sind die Piraten ein Sonderfall. Natürlich kommt es immer auf die Rahmenbedingungen an, unter denen derlei Dinge zum

Einsatz kommen. Der Zugang zu digitalen Möglichkeiten muss für alle gewährleistet sein und die Akzeptanz solcher Wege vorab eine große Zustimmung voraussetzen.

### AUSBLICK

Zugegeben, bei der momentanen Durchdringung mit Internetanschlüssen und Smartphones würde die Umstellung auf ein solches System noch ungerechte – weil einseitige – Ergebnisse zeitigen. Doch schon in wenigen Jahren ist derartiges wohl nicht mehr Zukunftsmusik, sondern Realität. Auf diesen Tag sollte sich die Politik langsam vorbereiten. Denn es wäre Schade, würde sie die Möglichkeiten, die uns die Technik für einen solch wichtigen Bereich bietet, einfach verpassen. ■

# Meine Stadt. Meine Meinung.

Es ist gut, eine Meinung zu haben. Noch besser ist es, wenn sie Gewicht bei politischen Entscheidungen hat und damit aktiv ins Stadtgeschehen eingegriffen werden kann. Innsbruck geht bei der BürgerInnenbeteiligung innovative Wege. Die Stimme der InnsbruckerInnen zählt nicht nur am Wahltag.

*Elisabeth Hohenauer, Edlith Reinisch, Stadt Innsbruck*

Alle sechs Jahre können die InnsbruckerInnen den Gemeinderat wählen und mit der neuen Wahlordnung 2012 erstmals direkt den/die BürgermeisterIn. Darüber hinaus gibt es weitere Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen: Volksbefragung, Bürgerinitiative und Petition standen schon bisher als Mittel der direkten Demokratie zur Verfügung. Mit dem neu beschlossenen Stadtrecht wird die BürgerInnenbeteiligung weiter forciert. „BürgerInnenbeteiligung, die über Wahlen hinausgeht, macht eine Demokratie und Kommunalpolitik lebendig“, ist Bürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Christine Oppitz-Plörer überzeugt.

## Mehr direkte Demokratie

Eine Volksbefragung kann der Gemeinderat mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Bevölkerung die Frage mit „Ja“ bzw. „Nein“ abstimmt, so

ist das Ergebnis der Volksbefragung für den Gemeinderat bindend – ein starkes Mittel der direkten Demokratie: Denn wenn er sich nicht an die Volksentscheidung hält, wird der Gemeinderat aufgelöst.

Erleichtert wurde die Bürgerinitiative: Mussten bisher 5.000 UnterstützerInnen gefunden werden, so reicht zukünftig die Unterstützung von 2.000 wahlberechtigten BürgerInnen, damit das Anliegen der Bürgerinitiative einer Abstimmung durch die Bevölkerung unterzogen werden muss. Auch dieses Abstimmungsergebnis ist für den Gemeinderat bindend.

Rechtlich geregelt sind im neuen Stadtrecht erstmals auch die Stadtteilausschüsse. Sie sind ein vorberatendes Organ des Gemeinderates, in dem Anliegen der unmittelbaren Nachbarschaft behandelt werden. Die Mitglieder setzen sich je zur Hälfte aus gewählten StadtteilvertreterInnen und GemeinderätInnen zusammen.

## BürgerInnenbeteiligung online

Österreichweit einzigartig ist „Meine Stadt. Meine Meinung“. Das Internet-Umfrageportal startete im Herbst 2011 als Pilotprojekt. Es bietet die Möglichkeit orts- und zeitunabhängig an der Meinungsbildung in der Stadt mitzuwirken und sich interaktiv ins Stadtgeschehen einzubringen. Das Interesse der BürgerInnen ist groß.

Konkret handelt es sich um zwei Bereiche: Die „Frage der Woche“ bildet den Einstieg in die aktive Online-BürgerInnenbeteiligung; Sie dreht sich um aktuelle, stadtrelevante Themen und liefert Stimmungsbilder. Die wöchentlichen Ergebnisse sowie die Meinungen der ressortzuständigen PolitikerInnen sind online abrufbar. Das „Innsbruck-Stadt-Panel“ ist der zweite Bereich. Hier sind alle InnsbruckerInnen eingeladen, an repräsentativen vierteljährlichen Online-Befragungen teilzunehmen – mit der Möglichkeit, Ideen, Kritik und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Durch die Transparenz wird Distanz abgebaut und das Interesse an Politik im Allgemeinen verstärkt. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Um den repräsentativen Charakter der Befragung, die vom Innsbrucker Meinungsforschungsinstitut IMAD durchgeführt wird, sicherzustellen, ist eine Registrierung unter „[www.innsbruckinformiert.at/meinung](http://www.innsbruckinformiert.at/meinung)“ erforderlich. ■

**INFO:** [www.innsbruckinformiert.at](http://www.innsbruckinformiert.at)

IMAD-Geschäftsführerin Barbara Traweger-Ravanelli, Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und Amtsvorstand Wolfgang Steinbauer bei der Präsentation des innovativen Umfrageportals der Stadt Innsbruck.





# „Die Stadt ist uns nicht egal.“

„Die Stadt ist uns nicht egal“, titelte vergangenen Herbst eine Ausstellung in der Planungswerkstatt der Stadt Wien. Dort wurden Personen gewürdigt, die sich auf besondere Weise für „ihre“ Stadt engagieren. Fazit: Das Interesse an Beteiligung ist sehr groß. Was fehlt, sind einheitliche Standards und klare Regelungen.

Andreas Baur, Mediensprecher der Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou

Was geschehen kann, wenn BürgerInnen nicht einbezogen, informiert oder gefragt werden, tritt dieser Tage besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Neubau des Bahnhofs in Stuttgart zu Tage. Aufgrund mangelnder BürgerInneninfo, falschen Reaktionen und schlechtem Krisenmanagement in der Vergangenheit sind dort tiefe Gräben entstanden, die wohl nicht so schnell überwunden werden können. Die Folgekosten sind enorm. Aber auch in Wien gibt es aktuelle Beispiele für Projekte, die massiven BürgerInnenprotest hervorgerufen haben: Etwa die Verbauung des Augartenspitzes oder die geplanten Bautätigkeiten auf dem Gelände des Otto-Wagner-Spitals.

Der Ausbau der BürgerInnenbeteiligung ist ein zentrales Ziel der rot-grünen Stadtregierung in Wien. Wenn es um die Zukunft Wiens geht, sollen die Wienerinnen und Wiener mehr mitreden können. Dafür braucht es auch klare Regelungen. Ein Handbuch zur Partizipation soll noch im 1. Halbjahr 2012 vorliegen, das als Grundlage für Organisation, Durchführung und Rahmenbedingungen von BürgerInnenbeteiligung dienen wird.

## BürgerInnenbeteiligung als große Chance

BürgerInnenbeteiligung ist keine leichte Übung, bringt aber viele Vorteile, besonders für die Akzeptanz politischer Entscheidungsprozesse. Städte, in denen Menschen leben, die bereit sind, ihr Lebensumfeld und ihre Stadt mit anderen zu verändern, sind robuster und besser gerüstet für Krisen und Veränderungen. Durch Beteiligung werden mehr Informationen in die Entwicklung von Maßnahmen und Projekten integriert, dadurch verbessern sich auch die Ergebnisse. Die Entscheidungsfindung wird effizienter.

BürgerInnenbeteiligung schafft mehr Verständnis seitens der BürgerInnen, da sie zusätzliche Informationen bekommen. Aber auch: mehr Verständnis von Seiten der Politik und Verwaltung, da diese die Anliegen, Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung in Erfahrung bringen kann. Für die Stadt der Zukunft ist es von zentraler Bedeutung, wie viele Menschen sich für die Stadt engagieren. BürgerInnenbeteiligung bedeutet, die Ressourcen der Bevölkerung nutzbar zu machen: eine der Voraussetzungen für die Smart City Wien. Gleichzeitig schafft gelungene BürgerInnenbeteiligung durch das Einüben von Kooperation und produktiver Kommunikation neue Ressourcen.

## Kosten senken, Akzeptanz steigern

In Relation zu den Gesamtkosten von Stadtentwicklungsprojekten sind die Kosten von Beteiligungsprozessen sehr gering. In Summe können sich die Gesamtkosten

eines Projektes gewaltig verringern, falls durch vorherige Beteiligung etwaige „Reparaturarbeiten“ im Nachhinein verhindert werden.

Für eine funktionierende BürgerInnenbeteiligung braucht es aber auch klare Regeln. Das Wissen, welcher Beitrag von den BürgerInnen gefragt ist, und wann von wem Entscheidungen getroffen werden, muss allen Beteiligten zugänglich sein. Der Umgang miteinander muss zu Anfang eines Verfahrens gemeinsam festgesetzt werden, um einen sachlichen und ergebnisorientierten Diskurs und wertschätzende Umgangsformen zu ermöglichen.

Moderne Stadtentwicklung benötigt kooperative Herangehensweisen bei Stadtentwicklungsprojekten. Moderne Stadtentwicklung bedeutet auch das Management von Schnittstellen zwischen den Projektentwicklern, den EigentümerInnen, der Verwaltung und der Bevölkerung. BürgerInnenbeteiligung spielt dabei eine zentrale Rolle. ■



Kooperation ist zukünftig ein entscheidender Aspekt bei moderner Stadtentwicklung.

# Der Mensch ist ein lernendes Wesen

Die Stadtpsychologin Cornelia Ehmayer hat die Ausstellung „Die Stadt ist uns nicht egal“ kuratiert, die im vergangenen Herbst in der Wiener Planungswerkstadt gezeigt wurde. Sie wurde gefragt, warum sich Menschen für ihre Stadt oder ihr Grätzl engagieren.

Das Interview führte Manfred Hummel



Die Kultur des Engagements muss wieder mehr zur Geltung kommen. Alle können dazu etwas beitragen.

Friedemann Benschmidt

*Was veranlasst Menschen, sich für ihr Viertel einzusetzen?*

**Cornelia Ehmayer:** Die einen sehen, dass sich die Verhältnisse verschlechtern. Sie fühlen sich fremd, weil die Nachbarschaft nicht mehr gut funktioniert. Oder sie wünschen sich, dass die Sozialleistungen verbessert werden. Ein anderer Grund sind Baumaßnahmen. Wenn ein Baum umgesägt wird, gibt es ganz schnell ganz großes Engagement. Oder bei Gestaltungen. Die Leute sind eingeladen, sich daran aktiv zu beteiligen. Das passiert nicht von allein, es sollte attraktiv gemacht werden.

*Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Menschen mehr miteinander reden?*

**Cornelia Ehmayer:** Kommunikation und Engagement funktionieren besser, wenn die Menschen den Stadtteil oder Ort, in dem sie leben, schön finden, an ihm hängen. Die Psychologie nennt das „Ortsidentität“ oder „Ortsbindung“. In verwahrlosten Stadtteilen wird es schon viel schwieriger. Die Kultur des Engagements ist bei uns in Österreich verkümmert, weil wir immer gewohnt waren, dass für

uns gesorgt wird. Das Bewusstsein, Verantwortung für den Stadtteil zu übernehmen, steigt wieder. Was aber abnimmt, ist die Bereitschaft, etwas für die Nachbarschaft zu tun.

*Welche Möglichkeiten sehen Sie für Menschen, ihr Viertel zu verändern?*

**Cornelia Ehmayer:** Man kann es sofort verändern, indem man Farbe und Pinsel nimmt und etwas auf den Boden oder Gehsteig malt. Das bewirkt eine Veränderung der eigenen Stadt. Es ist ganz wichtig, dass man etwas tut, was öffentlich sichtbar wird.

*Welche Rolle spielt Architektur für Engagement und Kommunikation im Grätzl?*

**Cornelia Ehmayer:** Was Menschen gefällt und was Architekten, passt sehr oft nicht zusammen. Wenn der Bau den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner entspricht, sind die Voraussetzungen für ein Miteinander mehr gegeben. Stadtteile, die langsam wachsen, verknüpfen sich besser mit der Stadt und den Menschen. Zu erwarten, dass die Architektur Probleme löst, ist ein falscher Weg.

*Sehen Sie eine Chance, die Anonymität der Stadt mit Hilfe sozialer Medien wie Facebook zu durchbrechen?*

**Cornelia Ehmayer:** Ja und nein. Natürlich erleichtern es die sozialen Medien, den Erst-Kontakt zu finden. Der Mensch ist ein umfassend sinnliches Wesen. Wenn sich die Menschen in ihrem Stadtteil wohl fühlen sollen, braucht es die Menschen dazu, die direkt miteinander reden. Wir haben viele Sinne, aber Social Media und Internet bedienen nur einen oder zwei.

*Schließt dieses Networking nicht Gruppen aus, die mit dem Internet nicht umgehen können?*

**Cornelia Ehmayer:** Teilweise, teilweise nicht. Soweit ich weiß, ist die Gruppe „Frauen über 50“ stark ausgeschlossen. Aber die älteren Menschen vernetzen sich zunehmend. Wenn man älter ist, hat man vielleicht auch ein stärkeres Bedürfnis nach direktem Kontakt. Aber es werden immer irgendwelche Gruppen ausgeschlossen. Um die, die es schwerer haben, muss man sich besonders bemühen.

*Ihre Prognose: Wie wird sich das Engagement für das eigene Viertel weiter entwickeln?*

**Cornelia Ehmayer:** Ich wünsche mir, dass die Verantwortlichen der Städte erkennen, dass sie ihre Einwohnerinnen und Einwohner brauchen. Im Zuge der Finanzkrisen sind engagierte Menschen gefragt, die etwas für ihre Stadt tun, weil die Kommunen manche Leistungen nicht mehr übernehmen können. Ich bin überzeugt, dass das Engagement stärker wird. Der Mensch ist ein lernendes Wesen. In einigen Städten oder Stadtteilen wird es gut gehen, andere werden den Zug verpassen. ■

**INFO:** [www.stadtpsychologie.at](http://www.stadtpsychologie.at)



Buenos Dias

# Gemeindeverwaltung aus Bürg

Eine breit angelegte Studie ortet akuten Handlungsbedarf in der Kommunikation Richtung Bürgerin und Bürger.

Bernhard Grabner, Geschäftsführer von Kepler Solutions

Die bürgerInnenorientierte Verwaltung ist seit Anfang der 1990er-Jahre in österreichischen Gemeinden im Gange. Die vorliegende Studie des Linzer Beratungsunternehmens Kepler Solutions analysierte Schnittstellen zwischen BürgerInnen und Gemeindeverwaltung und ging so der Frage nach, inwieweit so etwas wie eine bürgerInnenorientierte Verwaltung auch tatsächlich bei den Menschen angekommen ist. Die Studie wurde gemeinsam mit 26 oberösterreichischen Städten und Gemeinden unterschiedlichster Größe (1.000 bis 25.000 EinwohnerInnen) durchgeführt.

## Ergebnisse der Studie

Im Wesentlichen kann den meisten teilnehmenden Gemeinden ein gutes Zeugnis ausgestellt werden: besonders die Freundlichkeit und Kompetenz der MitarbeiterInnen wird von den BürgerInnen positiv hervorgehoben. Allerdings zeigte sich auch, dass bei der Schnittstelle Gemeinde-BürgerIn noch viel Potenzial vorhanden ist.

## BürgerInnenbüro als Kontaktdreh-scheibe

Die untersuchten Gemeinden weisen erhebliche Unterschiede in der Organisa-

tion und Gestaltung der Anlaufstelle für BürgerInnen auf. Vor allem in kleineren Gemeinden dient oft noch ein abgeschlossenes Büro (Allgemeine Verwaltung) als Erstanlaufstelle für die BürgerInnen. Dem gegenüber stehen vielfach voll ausgebaute BürgerInnen-Servicecenter. Bemerkenswert ist die hohe Zufriedenheit der BürgerInnen bei Anfragen im BürgerInnenbüro oder der allgemeinen Verwaltung. Die überwiegende Mehrheit der Gemeinden wird hier sehr gut oder zumindest gut bewertet. Interessanterweise korreliert die Zufriedenheit mit der Bera-





Die Gemeinden haben einen großen Aufholbedarf im Bereich der Kommunikation mit den BürgerInnen.

## ersicht

tung nicht mit dem Vorhandensein eines BürgerInnenbüros. Den BürgerInnen ist vor allem wichtig, die Services in zufriedenstellender Weise – sprich schnell und einfach – zu erhalten. Von wem oder unter welchem Titel die Leistungen erbracht werden, ist im Endeffekt nicht ausschlaggebend.

Allerdings zeigen die Ergebnisse sehr wohl, dass BürgerInnenbüros einen positiven Effekt haben können. Entscheidend sind bauliche und kommunikative Maßnahmen (aktive Bewerbung) bei der Einführung. Zu vermeiden sind „Alibi-Lösungen“, die

sich im Wesentlichen auf eine Umbenennung beschränken, da diese ohne erkennbaren Effekt auf BürgerInnenseite bleiben.

### Interne Organisation und Beschwerdemanagement

Während einfache direkt im Bereich des BürgerInnenbüros angesiedelte Kontakte meist zur Zufriedenheit der BürgerInnen abgewickelt werden können, lassen komplexere Anfragen oder Beschwerden, die Interaktion mit Fachabteilungen erfordern, deutlich Schwachpunkte in der internen Organisation zu Tage treten.

Insbesondere fällt die mangelnde Nutzung von Software für einheitliches Wissens- und Anfragemanagement auf. In dieses Bild passt, dass im Gegensatz zu den telefonischen und persönlichen Testanfragen, viele Gemeinden E-Mail-Anfragen nur langsam oder gar nicht beantworteten. Bei über 40 Prozent der Gemeindeverwaltungen blieb zumindest eine E-Mail-Antwort aus, sobald eine interne Weiterleitung der Anfrage notwendig wurde.

Als größten Schwachpunkt der Gemeindeverwaltungen konnte die Studie allerdings unprofessionelles oder fehlendes Beschwerdemanagement ausmachen: Betroffen sind nahezu alle Gemeinden. Und die Aussagen und Meinungen der BürgerInnen decken sich im Wesentlichen.

Auffallend ist auch, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden in diesem Bereich gravierend sind. Nach einer Beschwerde reicht die Spanne von beinahe 100 Prozent zufriedenen BürgerInnen bis hin zu praktisch ausschließlich Unzufriedenen. Effizientes Beschwerdemanagement muss über Freundlichkeit hinausgehen und ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor im modernen BürgerInnenservice.

Mit Hilfe eines computergestützten Beschwerdemanagements lässt sich der Weg einer Beschwerde vollständig verfolgen und die Weitergabe der nötigen Informationen zwischen den MitarbeiterInnen, externen Parteien und gegenüber den BürgerInnen kann automatisch über die Anwendung erfolgen. Zusätzlich sollte das System idealerweise in die Website der Gemeinde eingebunden sein und so die Eingabe von Anliegen direkt über das Internet ermöglichen.

### Qualität und Bekanntheit von Gemeindedienstleistungen

Ein weiteres wesentliches Ergebnis der Studie zeigt, wie wenig sich die BürgerInnen der genutzten kommunalen Leistungen bewusst sind. 63 Prozent der befragten BürgerInnen waren nicht in der Lage, spontan eine EINZIGE Dienstleistung ihrer Gemeinde zu nennen. Das ist besonders schade, da nach Aufklärung über das Leistungsspektrum die Befragten über die Qualität dieser Leistungen bemerkenswerte Zufriedenheit äußerten.

Das lässt den Schluss zu, dass wichtige allgemeine Leistungen – wie Müllabfuhr, Straßenerhaltung oder Schneeräumung – mittlerweile zu Selbstverständlichkeiten (Hygienefaktoren) geworden sind. Dies bedeutet, dass optimale Services in diesen Bereichen zwar nicht zu einer höheren Zufriedenheit führen, Missstände jedoch Unmut in der Bevölkerung hervorrufen. Darüber hinaus besteht Unklarheit, was nun eigentlich zu den Aufgaben einer Gemeinde gehört. So werden als wichtigste Leistungen der Gemeindeverwaltung immer wieder das Ärzteangebot und die Nahversorgung mit Geschäften genannt. Gerade im Bereich der Kommunikation Richtung BürgerInnen besteht also für den Großteil der Gemeinden noch Aufholbedarf. Das Bewusstsein für gezieltes Marketing der Gemeinden muss geschärft werden. ■

### FAZIT

Die Untersuchung stellt fast allen Gemeinden bei der Freundlichkeit der MitarbeiterInnen sowie der Qualität der allgemeinen Dienstleistungen ein ausgezeichnetes Zeugnis aus, zeigt aber auch klar auf, woran noch weiter gearbeitet werden muss:

- Umgang mit Beschwerden
- Professionelle Software-Unterstützung im BürgerInnenbüro – insbesondere bei der Aufgabenverwaltung und beim Wissensmanagement.
- Aktive Kommunikation Richtung Bürgerin und Bürger

**Den vollständigen Beitrag finden Sie auf [www.amtstafel.at](http://www.amtstafel.at)**

**INFO:** [www.keplersolutions.com](http://www.keplersolutions.com)

# BürgerInnenmitwirkung neu gedacht

Die Städte und Gemeinden in Österreich sind aufgerufen, neue Beteiligungsangebote zu schaffen. Die Ressourcen für mehr Mitverantwortung sind vorhanden, sie müssen nur zielgerichtet eingesetzt werden.

Dr. Elke Löffler, Geschäftsführerin Governance International

Peter Smith war lange Zeit auf Sozialhilfe angewiesen. Aufgrund einer Lernbehinderung konnte er keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und verbrachte die meiste Zeit in einer gut geführten Behinderteneinrichtung. Bei Kundenbefragungen gab er stets an, mit den Fachkräften und deren Leistungsangeboten zufrieden zu sein. Allerdings litt er an starken Depressionen und suchte daher regelmäßig den Hausarzt auf, um sich Anti-Depressiva verschreiben zu lassen. Sein Leben änderte sich jedoch entscheidend, als ihn eines Tages eine Arztvertretung völlig unerwartet die Frage stellte: „Was können Sie tun, um anderen zu helfen?“ Anstelle von Tabletten wurde Peter die Mitgliedschaft in einem Tauschring empfohlen. Dort fand man schnell heraus, dass Peter physisch sehr stark war und schwere Gegenstände transportieren konnte.

Heute hilft Peter älteren Menschen schwere Einkaufstaschen zu tragen und sozial schwachen Familien beim Umzug. Er verdient sich dadurch Zeitguthaben, die er wiederum gegen die Angebote anderer Tauschringmitglieder eintauschen kann. Peter ist jetzt ein glücklicher Mensch und kostet den Sozialstaat weniger Geld als zuvor!



Elke Löffler: Was können BürgerInnen zur Verbesserung ihrer Lebensqualität tun?

## Es ist an der Zeit, neue Fragen zu stellen

Dieses real existierende Fallbeispiel aus Großbritannien zeigt, dass es überall an der Zeit ist, Bürgerinnen und Bürgern eine neue Frage stellen: Was sind Sie bereit zur Verbesserung Ihrer Lebensqualität zu tun und was können Sie anderen Menschen bieten?

Damit sind die Kommunen in Österreich gefordert, jenseits des Vereinswesens und des Gemeinde- bzw. Stadtrats neue Beteiligungsangebote zu schaffen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die seitens der Verwaltung geschaffenen Angebote passgenau den Interessen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Entsprechende BürgerInnenbefragungen werden zurzeit in einer Reihe von britischen Kommunen wie Wolverhampton, Bristol und Swansea durchgeführt, um schlummerndes Mitwirkungspotenzial zu ermitteln.

## Neue Formen in der Praxis

Folgende Fallstudien sollen zeigen, wie klassisches ehrenamtliches Engagement weiterentwickelt werden kann:

**Beispiel 1:** Der Ansatz des Projekts ist so einfach wie effektiv: Junge UnfallfahrerInnen (17 bis 28 Jahre) besuchen den Theorieunterricht in den Fahrschulen, schildern hautnah und authentisch ihren selbst verursachten Unfall und klären junge FahrschülerInnen über die Folgen riskanter Fahrweisen (insbesondere alkoholisierten Fahrens) auf. Die Altersnähe der UnfallfahrerInnen und das unmittelbare Gegenüber schaffen eine emotionale Nähe zwischen Unfallfahrer/-in und Fahrschüler/-in. Neben der Beeinflussung des Risikoverhaltens der FahranfängerInnen steht jedoch auch die ausführliche Auseinandersetzung des/der Unfallfahrer/s/-in mit seinem/ihrer Fehlverhalten im Mittelpunkt.

In Österreich haben inzwischen auch einige

Gerichte die positiven Wirkungen dieses Ansatzes auf junge VerkehrsstraftäterInnen erkannt: Das Projekt „Close To“<sup>41</sup> wird von RichterInnen zunehmend als alternative bzw. ergänzende Strafmaßnahme neben oder an Stelle einer etwaigen Geld- oder Freiheitsstrafe angewandt. Zudem wird die Teilnahme an dem Projekt als Milderungsgrund anerkannt.

**Beispiel 2:** Die Initiative „Besser leben in Offenbach. Gib Acht auf Offenbach“<sup>42</sup> wurde von der Stadt Offenbach am Main und der Stadtwerken Offenbach Holding GmbH ins Leben gerufen. Nachdem die öffentliche Sicherheit und Sauberkeit in Offenbach in der Presse und in der Bevölkerung immer negativer dargestellt worden war, entschloss sich die Stadt dazu, alle Aktivitäten zu diesem Thema in einem Projekt zu bündeln. Zusätzlich wurde eine eigene Kommunikationskampagne in Auftrag gegeben.

Eines der angestrebten Qualitätsziele der Initiative wurde die Förderung von Eigeninitiative und Identifikation mit Offenbach. Seit 2007 sind in ausgewählten Quartieren zahlreiche Maßnahmen für mehr Sauberkeit und Sicherheit unter Beteiligung verschiedenster Bevölkerungsgruppen durchgeführt worden. Dort, wo soziale Kontrolle stattfindet, und gezeigt wird, dass sich jemand kümmert, finden auch kaum noch Neuverschmutzungen statt. Dabei wird öffentliches Engagement etwa für eine bestimmte Grünfläche mit der Mitwirkung des/der Beschwerdeführer/s/-in verknüpft.

**Beispiel 3:** In der 30.500 EinwohnerInnen zählenden Gemeinde Weyhe vor den Toren Bremens bildeten Vertreter des Gemeinderats, der Vereine und der Polizei einen Präventionsrat, um eine neue Lösung gegenüber randalierenden Jugendlichen umzusetzen.



Ziel des Projekts „Streetwatcher“ war und ist es, mit pädagogischen Mitteln auf die Jugendlichen einzuwirken, um sie möglichst von negativem Verhalten in der Öffentlichkeit abzubringen sowie den Vandalismus einzudämmen. Streetwatcher<sup>3</sup> sind ausgebildete JugendleiterInnen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren aus verschiedensten Vereinen.

Durch ihre Vereinszugehörigkeit sind viele der Streetwatcher den Jugendlichen bereits persönlich bekannt, wodurch die gegenseitige Hemmschwelle niedriger ist. Die

Finanzierung und Betreuung des Projekts läuft über die Gemeinde. Die Einsätze wegen auffälligen Jugendlichen sowie die Schäden durch Vandalismus sind aus polizeilicher Sicht deutlich weniger geworden. Zudem konnte ein Netzwerk verschiedener Institutionen aufgebaut werden, von dem alle Beteiligten profitieren.

#### FAZIT

Die Beispiele zeigen, dass die Kommunen mehr Ressourcen haben, als in der Gemeindekasse vorhanden ist. Die Vorausset-

zung zur Hebung dieser Ressourcen ist allerdings, dass gezielt Mitverantwortung ermöglicht wird. Bürgerinnen und Bürger werden nicht mitwirken, wenn über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Und sie die Suppe auslöffeln müssen, die die Politik eingebracht hat. ■

<sup>1</sup> Hervorgegangen aus dem erfolgreichen EU-Projekt „Module Close To“ erfolgt unter der Leitung der Forschungsgesellschaft „Mobilität“ die Umsetzung des Projekts „Close To“ in Österreich.

<sup>2,3</sup> die vollständige Fallstudie ist auf [www.govint.org](http://www.govint.org) in der Good-Practice-Sparte abrufbar.

## KA DIREKT

### Die Online-Veranlagung der Kommunalkredit Austria für Gemeinden und kommunalnahe Unternehmen

#### Attraktiv.

Die Kommunalkredit bietet **attraktive Zinsen**, fix für die gewählte Laufzeit.

**Jetzt bis zu  
2% p.a. und mehr!**

#### Einfach.

**Schon ab einem Betrag von EUR 20.000,-** und einem Zeitraum ab einem Monat können Sie die Termineinlage online durchführen.

#### Schnell.

Mit **KA DIREKT** haben Sie **rund um die Uhr** Überblick über Ihre Finanzen.

#### Kostenfrei.

**Die Abwicklung erfolgt kostenfrei** – ohne Verrechnung von Kontoführungsprovisionen, Spesen oder Gebühren. Was bleibt, ist Ihr Ertrag.

Die Online-Veranlagung der Kommunalkredit Austria.



Mehr Infos und Anmeldung:

**Hotline** +43 (0)1/31 6 31-750

**E-Mail** [kadirekt@kommunalkredit.at](mailto:kadirekt@kommunalkredit.at)

**Internet** [www.kadirekt.at](http://www.kadirekt.at)

WERBUNG





Asphaltpiraten (4)

# Asphaltpiraten entern

Im Josefstädter Sommer kaperten Asphaltpiraten den öffentlichen Raum im achten Wiener Bezirk für Spiel, Spaß und Begegnung.

Mag. Barbara Felkel, Agenda Josefstadt

Markus Lettner zog mit seiner Frau und seinem Sohn im Juli 2011 in den achten Bezirk – dabei traf er auf eine Gruppe von Asphaltpiraten. Sie machten es sich mit Liegestuhl, Griller, Heurigenbänken und Rasenteppich in der Lange Gasse gemütlich und luden ihn und seine Familie ein, es ihnen gleich zu tun.

Aus einem geplanten kurzen Besuch wurde für ihn und seine Familie ein ganzer Tag. „Insbesondere unser Sohn war begeistert. Er knüpfte Kontakte mit vielen Kindern, meine Frau und ich hingegen lernten unsere neuen Nachbarn kennen“, erzählte der Anrainer – der noch viele Samstage in diesem Sommer mit den Asphaltpiraten und den neuen Nachbarn vor seiner Haustüre grillte, picknickte, Schach spielte oder einfach nur Sonne tankte.

## Wie teilen wir den öffentlichen Raum auf?

Jeden Samstag Mitte Juni bis Anfang September sperrten die Asphaltpiraten der lokalen Agenda 21 Gruppe „Öffentlicher Raum“ im „Josefstädter Sommer“ die Lange Gasse zwischen Zeltgasse und Josefstädterstraße durch temporäre Halteverbote für ruhende und fahrende Autos. Mit dieser Aktion und mit dem bereits erfolgten „Josefstädter Sommer 2010“ wollte die Agendagruppe eine andere Sichtweise auf den öffentlichen Raum schaffen. „Wenn die Autos entfernt sind, zeigt sich, wie viel öffentlicher Raum selbst in der dicht verbauten Josefstadt da ist. Die Frage ist, wie teilen wir diesen Raum zwischen Auto, Bus, Fahrrad und Mensch auf“, sagte der Sprecher der Agendagruppe Daniel Cranach. Das Pro-

jekt wurde 2010 mit dem Wiener Walk-Space AWARD 2010 in der Kategorie „Bewusstseinsbildung“ prämiert. Mit Flyern, Plakaten und zwei Infoveranstaltungen im Vorfeld informierte die Agendagruppe AnrainerInnen sowie Geschäftsleute über die Aktion und lud zum Mitmachen ein.

Seit Start des lokalen Agenda 21 BürgerInnenbeteiligungsprozesses zur nachhaltigen Bezirksentwicklung 2008 in der Josefstadt hatten sich die ehrenamtlich engagierten Mitglieder der Gruppe aus BewohnerInnen, ArchitektInnen, RaumplanerInnen und Eltern mit einer Standortanalyse des achten Bezirks sowie mit konkreten Schritten und Fallbeispielen für mehr Lebensqualität in der Josefstadt beschäftigt. Die einzelnen Maßnahmen wurden in einem 60 Seiten starken Kata-



Die Menschen wünschen sich weniger Lärm, weniger Abgase und mehr Grünraum im Bezirk. Weniger parkende Autos auf der Straße machen die Nachbarschaft attraktiver.

# die Josefstadt

log publiziert. Die Aktion der Asphaltpiraten ist dabei ein Vorschlag von vielen, mit der die Vision „von der autogerechten zur menschengerechten Stadt“ verfolgt wird.

## Das Ziel ist mehr Lebensqualität

Von den JosefstädterInnen kam zu den Straßensperren ein unterschiedliches Echo. Einige BewohnerInnen meinten, dass Schanigärten, Kranbaustellen, Straßenarbeiten und Touristen schon genug Parkplätze blockieren. „Ein Ausflug auf den Cobenzl, in den Wienerwald, in eines der zahlreichen Freibäder oder in die Parks ist ein schöneres und sinnvoller Erlebnis, als auf einer Straße zu spielen“, erklärte Andreas bei der Diskussion im Internet-Blog der Asphaltpiraten. Andere wiederum fanden die Aktion toll. „Spür-

bar weniger parkende Autos auf der Straße macht die Nachbarschaft attraktiver“, sagte Familie Gugler aus der Lange Gasse. „Die Mehrheit der Josefstädter hat gar kein Auto“, recherchierten die Asphaltpiraten. Und: „Mehr Grünraum im Bezirk, weniger Lärm und weniger Abgase ist in allen Umfragen der vorrangige Wunsch für die Josefstadt.“

Besonders Familien genossen den Sommer vor ihrer Haustür. Kinder zwischen fünf und zwölf Jahren erforschten mit dem engagierten Team der „Archiloopers“ (<http://archiloop.blogspot.com>) aus ArchitektInnen, KünstlerInnen und PädagogInnen die Stadt, bastelten ihr Traumhaus und beteiligten sich bei Architekturspielen. Die Straße nutzten die Jüngsten aber auch zum Planschen, Rollerfahren oder Malen.

## AUSBLICK

Im nächsten Sommer wollen die Asphaltpiraten das Projekt im Bezirk nicht nur in der Lange Gasse fortsetzen. Im Dezember luden die Asphaltpiraten daher zu einer Evaluierung der Aktion ein. Gekommen waren AnrainerInnen, BezirkspolitikerInnen und Fachleute. Die Anwesenden aus der Lange Gasse lobten am Josefstädter Sommer „das Kennenlernen von Menschen, mit denen man seit Jahren Tür an Tür wohnt“. Gefallen fanden die BewohnerInnen „am Erleben der Straße als Raum für Spiel und Unterhaltung von Jung und Alt, an der entstandenen Diskussion darüber und der Beschäftigung mit der Lange Gasse“. ■

Diesen Artikel finden Sie in voller Länge unter [www.amtstafel.at](http://www.amtstafel.at)



# IN WIEN LÄSST ES SICH GUT LEBEN

Die Bundeshauptstadt hat weltweit die höchste Lebensqualität. Wien achtet darauf, dass die BürgerInnen auch in Zukunft bestens versorgt werden.



Fotos: www.foto-julius.at (1), Lammerhuber (1), Sascha Jakob (1)



Die Stadt Wien garantiert die optimale Versorgung mit klarem Hochquellwasser auch in der Zukunft.



Auf sehr viele Dinge freut man sich nach dem Urlaub wieder. Beispielsweise ist es in kaum einer anderen Metropole selbstverständlich, dass klares Wasser ganz einfach aus der Wasserleitung fließt.

#### ZUM WOHL DER BÜRGERINNEN

Oder aber saubere Straßen, eine funktionierende Müllentsorgung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen und bestens ausgebauter öffentlicher Personen-Nahverkehr. All das zählt zur Daseinsvorsorge, die die Stadt Wien ihren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt. Sie ist nicht an Gewinn orientiert, sondern auf hohe Qualitätsstandards – allgemeine Zugänglichkeit, Versorgungssicherheit und Kontinuität – ausgerichtet. Die Menschen können sich auf diese Infrastruktur verlassen. Aufgrund dieser Dienstleistungen für die Bevölkerung ist Wien laut aktueller Mercer-Studie auch dieses Jahr die Stadt mit der höchsten Lebensqualität. Man will sich aber nicht mit dem Erreichten zufrieden geben. Wien investiert auch weiterhin in die Erhaltung der Lebensqualität, also in die Infrastruktur, wie medizinische Dienstleistungen, Schulen, Kindergärten, die öffentlichen Verkehrsmittel und vieles mehr. Diese Haltung wird auch international bei Standortentscheidungen gewürdigt.

#### AUF SCHNELLSTEM WEG BEI UNS

Seit rund 140 Jahren kommt bestes Hochquellwasser aus den Wasserleitungen der WienerInnen. Nur 36 Stunden braucht es von den Gebirgsquellen der Alpen in die Haushalte. Das passiert ganz ohne Einsatz von Pumpen, aber unter strengster Kontrolle. Die Stadt setzt darauf, das hervorragende Wasser auch für die

nachfolgenden Generationen zu erhalten. Während andere Städte, wie z.B. Köln oder Amsterdam, mit aufbereitetem Flusswasser versorgt werden, gibt es bei uns Wasser aus reinsten Quellen.

Um auch in Zukunft die Versorgung zu garantieren, hat Wien im Jahr 2001 eine „Wassercharta“ erstellt. Als einzige Stadt der Welt ist in Wien das Trinkwasser mit einer Verfassungsbestimmung geschützt. Damit will die Stadt verhindern, dass es irgendwann zum Ausverkauf kommen kann. Negativbeispiele aus anderen Ländern zeigen, welche Effekte Marktöffnungen in diesem sensiblen Bereich zur Folge haben können: Beeinträchtigung der Wasserqualität durch fehlende Investitionen, steigende Preise, hohe Wasserverluste durch mangelnde Wartung der Rohrsysteme und Vernachlässigung des Umweltschutzes.

#### INVESTIEREN IN DIE ZUKUNFT

Heuer erweitert und erneuert die Stadt das Wasserrohrnetz Wiens. 30.000 Kilometer lang ist dieses Netz, 50 Millionen Euro werden aufgewendet, damit die Versorgung weiterhin problemlos funktioniert. Denn eines ist klar: Das Wiener Wasser soll auch in Zukunft in höchster Qualität durch ein bestens funktionierendes Rohrnetz fließen.

WIENER WASSER  
Alle Infos im Internet auf  
[www.wienerwasser.at](http://www.wienerwasser.at)

GESUNDHEIT  
[www.wien.gv.at/gesundheit-soziales](http://www.wien.gv.at/gesundheit-soziales)

UMWELT & KLIMASCHUTZ  
Von Abfallvermeidung bis zu Wiens Wäldern  
[www.wien.at/umwelt](http://www.wien.at/umwelt)

WIENER STADTWERKE  
Wien Energie und Wiener Linien  
[www.stadtwerke.at](http://www.stadtwerke.at)



Stadt Linz ©

# Linz fragt nach

Die Stadtforschung Linz startete im September 2011 eine neue BürgerInnen-Befragung. In Summe wurden 45.000 Linzer Wahlberechtigte zum Mitmachen eingeladen. Ziel der Befragung war, das Meinungsbild der Linzer Bevölkerung zu verschiedenen Themenstellungen zu erhalten.

*Jutta Steiner-Kronberger, Stadtkommunikation Linz*

Im Oktober und November 2011 wurden bereits zum vierten Mal die LinzerInnen zu verschiedenen Themen wie Wohngegend, Infrastruktur, Sicherheit, Lärm- und Verkehrssituation, das Bildungsangebot und die Arbeitsplatzsituation befragt. Linz ist damit bundesweit die einzige größere Stadt, die eine solch breit angelegte Befragungsreihe durchführt. Neu war bei dieser Befragung allerdings die Form der Abwicklung. So wurde sie aus Kostengründen grundsätzlich online im Internet durchgeführt. Personen ohne Zugang konnten auf Wunsch auch mittels Papierfragebogen antworten.

Insgesamt haben bei der aktuellen Umfrage 9.116 Personen im Alter zwischen

16 und 80 Jahren ihre Meinung zu den unterschiedlichen Themenstellungen abgegeben. Das entspricht einer Beteiligung von rund 20 Prozent.

## Schwerpunkt Sicherheit

Ein zentrales Thema der Befragung bildete die öffentliche Sicherheit. Es wurde allerdings um Fragen zu dem im September 2010 neu eingerichteten Ordnungsdienst der Stadt Linz erweitert. Laut aktueller Umfrage fühlen sich 82 Prozent der Befragten in ihrer Wohngegend in Linz generell sicher. 12 Prozent fühlen sich eher unsicher und nur 2 Prozent sehr unsicher. Damit hat sich das Sicherheitsgefühl auf hohem Niveau gegenüber der Befragung 2004 noch weiter verbessert.

## Bewertung der Polizeiarbeit

Mit der Arbeit der Polizei in ihrer Wohngegend sind 37 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden, 20 Prozent teilweise zufrieden und 18 Prozent unzufrieden. Mit der Erreichbarkeit der nächsten Polizeiinspektion sind 54 Prozent zufrieden, 18 Prozent teilweise zufrieden und 17 Prozent unzufrieden. Verglichen mit der Befragung von 2004 haben sich die Werte in diesem Bereich nur marginal verändert.

32 Prozent der Befragten gaben an, selbst schon einmal Betroffene/r beziehungsweise Opfer einer Straftat gewesen zu sein (2004: 25 Prozent). Rund die Hälfte war dabei mit der Behandlung durch die Polizei zufrieden, 25 Prozent teilweise zufrieden und 19 Prozent unzufrieden.





In Linz leben 86 Prozent der BürgerInnen gerne in ihrem Stadtviertel.



Von den Befragten sind 68 Prozent mit der Verkehrssituation zufrieden.

Als wichtigste Maßnahme zur Erhaltung der Sicherheit wird die Bekämpfung der Straßensicherheit angesehen. 87 Prozent der Befragten halten dies für wichtig oder sehr wichtig, 26 Prozent sind mit dem Vorgehen der Sicherheitskräfte in diesem Bereich zufrieden, 24 Prozent unzufrieden.

### Bewertung des Ordnungsdienstes

Ein Teil der BürgerInnen-Befragung 2011 war auf den Ordnungsdienst der Stadt Linz abgestellt. Grundsätzlich halten 49 Prozent der Befragten die Einführung für gut, 45 Prozent stimmen dem nicht zu.

19 Prozent fühlen sich zudem durch die Einführung sicherer in Linz, dieser Einschätzung haben 74 Prozent nicht zugestimmt. Von 40 Prozent wird der Ordnungsdienst als gute Ergänzung zur Polizei gesehen, was 54 Prozent wiederum nicht glauben. Dass sich durch den Ordnungsdienst Sauberkeit und Ordnung in Linz verbessert haben, glauben 22 Prozent. 69 Prozent sind gegenteiliger Meinung.

### Leben im Stadtteil

Wie schon bei den drei vorigen Befragungen ist die Verbundenheit mit Linz und dem Stadtteil sehr groß: 86 Prozent leben gerne in ihrem Viertel, nur 10 Prozent würden lieber in einem anderen Stadtteil bezie-

hungsweise 4 Prozent außerhalb von Linz wohnen. Zudem hat sich gezeigt, dass 49 Prozent der Befragten schon länger als 30 Jahre in Linz leben.

### Infrastruktur auf dem Prüfstand

Durch Fragestellungen in diesem Bereich wurde die Zufriedenheit mit Angeboten und Einrichtungen erhoben, die im täglichen Leben benötigt beziehungsweise genutzt werden: So z.B. die Versorgung mit praktischen ÄrztInnen, mit Einkaufsmöglichkeiten, mit Betreuungsmöglichkeiten und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche sowie mit SeniorInnenheimplätzen. Ebenso wurde nachgefragt, wie die Grünflächen und Parks sowie die Sauberkeit auf öffentlichen Flächen gesehen werden. Hier zeigte sich bei den meisten Fragen eine in etwa gleich bleibende Tendenz.

### Entwicklung des Verkehrs

Die Verkehrssituation für FußgängerInnen und AutobenutzerInnen wird in Summe etwa so wie bei den vorangegangenen drei Befragungen eingeschätzt. Die Situation für RadfahrerInnen wurde 2011 etwas schlechter beurteilt als zuvor. Konkret sind 68 Prozent der Befragten mit der Verkehrssituation für FußgängerInnen zufrieden und 11 Prozent unzufrieden. 50 Prozent glauben,

dass RadfahrerInnen gute Bedingungen vorfinden, 17 Prozent sind mit dem Status quo unzufrieden. Bei der Einschätzung für AutobenutzerInnen zeigen sich 53 Prozent zufrieden und 16 Prozent unzufrieden.

Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln wird von 82 Prozent geschätzt und nur 6 Prozent der Befragten sind unzufrieden. Der Vergleich zur letzten Befragung: 2004 waren 85 Prozent mit Bus und Bim zufrieden und 5 Prozent unzufrieden.

### Bildungsangebot und Arbeitsplatzsituation

Beide Bereiche werden von den Befragten relativ gut eingeschätzt. So sind 76 Prozent mit dem Bildungsangebot zufrieden und nur 3 Prozent unzufrieden. Mit der Arbeitsplatzsituation in Linz sind 62 Prozent zufrieden und nur 5 Prozent unzufrieden. Im Vergleich zu 2004 hat sich das Bild in diesem Bereich deutlich verbessert: Damals waren 43 Prozent mit der Arbeitsplatzsituation zufrieden und 11 Prozent unzufrieden. ■

#### INFOS:

Die detaillierten Ergebnisse der BürgerInnen-Befragung 2011 sind ab sofort im Internet unter [www.linz.at/befragung2011.asp](http://www.linz.at/befragung2011.asp) abrufbar.



# Gefragt ist der Mutbürger

Stuttgart 21 hat im vergangenen Jahr in Deutschland gezeigt, wohin ungenügende Information und Beteiligung der BürgerInnen bei Großprojekten führen kann. Bei diesem Vorhaben ist er in der Öffentlichkeit erstmals lautstark in Erscheinung getreten: der/die „Wutbürger/-in“. Die Energiewende beschert den Kommunen nun zahllose Verfahren, denn die Anlagen für erneuerbare Energien entstehen fast ausnahmslos im ländlichen Raum. Diese Wende kann nur gelingen, wenn die Gemeinden zu einer neuen Qualität der BürgerInnenbeteiligung und direkten Demokratie finden.

*Manfred Hummel, Journalist*

Die Gemeinden und ihre BürgerInnen haben sich bei strittigen Projekten auseinander gelebt. Diesen Eindruck vermittelte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Neue Wege der BürgerInnenbeteiligung“ auf der Kommunale in Nürnberg, einer Messe für Städte und Gemeinden. Auf dem Podium saßen der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, der Sozialpädagoge Professor Thomas Olk von der Universität Halle/Wittenberg, Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie der Kabarettist Alfred Mittermeier. Die Diskussion moderierte die Journalistin Barbara Nazarewska.

Irgendetwas stimmt nicht mehr im gemeindlichen Zusammenleben, lautet der allgemeine Befund. Das Grundgefühl des Vertrauens in die Politik ist verloren gegangen, nennt Professor Olk als Ursache. Das offenbart sich an kontroversen Vorhaben wie der dritten Startbahn für den Münchner Flughafen, dem Ausbau der A 94 durch das Isental, Stuttgart 21 und – ganz aktuell – der Energiewende. Über den Atomausstieg besteht nach der Katastrophe von Fukushima zwar weitgehend Konsens. Aber wie die Energiewende vor Ort umzusetzen ist, daran scheiden sich die Geister. Sorge bereitet Brandl, dass die BürgerInnen nicht mehr bereit sind, rechtsstaatlich abgesicherte Verfahren zu akzeptieren. Das sei eine neue Dimension. Der Staat laufe Gefahr, den Egoismus zu fördern und das Gemeinwohl hintanzustellen. Kabarettist Mittermeier bringt es auf den Punkt: Ist er von einem Windrad persönlich betroffen, reklamiert auch der/die grüne Wutbürger/-in eine 10-Kilometer-Schutzzone.

## Protest aus Langeweile

In den Rathäusern beschreibt man die WutbürgerInnen als die „Silbergrauen“ oder „Silverager“. Jenseits der 60, gut situiert, bestens informiert, hochintelligent und eloquent. Für diese „Silberrücken“, wie in der Zoologie erwachsene Gorillas heißen, ist nichts unmöglich. Sie stellen mit Mehrheit getroffene Entscheidungen, die sogar von Gerichten bestätigt wurden, wieder in Frage. Warum sie das tun? Sie haben im Leben alles erreicht, waren erfolgreich im Beruf, besitzen ein Häuschen und eine Familie. Dann breitet sich Langeweile aus, die Silbergrauen werden unzufrieden. Da ist eine BürgerInneninitiative ein willkommenes Betätigungsfeld. Der Protest der WutbürgerInnen bringt meist gar nichts, außer dass sich Entscheidungsprozesse quälend lang hinziehen. Wie Mehltau legt sich das Engagement der Silbergrauen über wichtige kommunale Vorhaben. Das führt bis zur Lähmung eines kompletten Stadtrats. Die gewählten VolksvertreterInnen schielen auf die Protestbewegung, fürchten um ihre Wiederwahl und tun – nichts.

Innenminister Herrmann hält es für richtig, wenn die BürgerInnen bei strittigen Themen mitentscheiden, nach dem Motto: „Demokratie ist kein Zuschauetrieb“. Aber die WutbürgerInnen brächten eine Demokratie nicht weiter. Das Gemeinwesen braucht die „MutbürgerInnen“ oder „EntscheidungsbürgerInnen“, so der Politiker. Die MandatsträgerInnen müssen jedoch auch Mut aufbringen: „Wir sind gewählt, um zu entscheiden, sonst sinken wir herab zu einem Debattierklub, der nichts mehr bewegt“, weiß Gemeindetagspräsident Brandl aus seiner eigenen kommunalen Praxis als Bürgermeister von Abensberg. Verfahrensabläufe sollten straff sein. Das beher-

zigt die bayerische Staatsregierung. Sie hat vor wenigen Wochen den Windenergieerlass abgesegnet. Windräder sollen nun in drei statt wie bisher in zehn Monaten genehmigt werden. Das wird wiederum die WutbürgerInnen auf die Barrikaden treiben. Man dürfe sie nicht verteufeln, forderte ein Zuhörer. Die WutbürgerInnen können also durchaus das „Salz in der Suppe“ sein.

## Keine Angst mehr vor den BürgerInnen

Auch auf der anderen Seite, in den Rathäusern, gibt es Defizite. Sie zu beseitigen, ist ebenso Voraussetzung für neue Formen des Miteinanders wie eine bessere BürgerInnenbeteiligung. „Sind VerwaltungsbeamtenInnen für die neue Kommunikation mit den BürgerInnen überhaupt ausgebildet“, fragt Gerd Landsberg vom Städte- und Gemeindebund. Man brauche in Zukunft Verwaltungspersonal, das mit den WutbürgerInnen umgehen kann; das keine Angst mehr vor den BürgerInnen hat; und sie nicht als lästige Störenfriede abtut. Das persönliche Gespräch kostet Zeit und damit Geld. Damit erspart man sich womöglich spätere Gerichtsverfahren und holt die Investition wieder herein. Schließlich zahlt sich Zeitaufwand, Geduld und Offenheit beim Umgang mit den lokalen Medien aus.

Die BeamtenInnen in den Rathäusern benötigen auch ein neues Instrumentarium, um überhaupt an die WutbürgerInnen heranzukommen. Sie haben eine Informations-Bringschuld. Transparenz der Verfahrensabläufe ist in Zukunft ebenso gefragt wie ein aktueller, informativer Internetauftritt. Warum nicht den Neubau des Kindergartens in einer dreidimensionalen Darstellung veranschaulichen, oder mit



Über die BürgerInnenbeteiligung diskutierten auf der Kommunale in Nürnberg (von links): Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die Moderatorin und Journalistin Barbara Nazarewska, der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (mit Mikrophon), der Sozialpädagoge Professor Thomas Olk von der Universität Halle/Wittenberg sowie der Kabarettist Alfred Mittermeier.

„Wir brauchen feste Spielregeln, keine Scheinbeteiligung. Wir müssen echte Alternativen bieten und Verfahren professionell moderieren.“ Findet trotz aller Bemühungen keine Annäherung zwischen WutbürgerInnen und Rathaus statt, kann laut Minister Herrmann auch ein Volkstentscheid die Lösung sein. Das Beispiel Rauchverbot in Bayern zeige, dass der Entscheid auch von den Unterlegenen akzeptiert wird. Schnell und preiswert ist eine weitere Möglichkeit zur BürgerInnenbeteiligung zu realisieren: Bürozeiten auch mal auf den Abend verlegen, wo Berufstätige Zeit haben. „Wenn der Regierung das Volk nicht passt, hat Bertolt Brecht einmal formuliert, „dann soll sie sich ein neues Volk wählen.“ In der Realität können sich die Gemeinden aber keine neuen BürgerInnen wählen. Ein gedeihliches Zusammenleben wird nur möglich sein, wenn sich beide Seiten aufeinander zubewegen. ■

Plänen und Fotos darstellen, wo die neue Umgehungsstraße verläuft? Die WutbürgerInnen verstehen Plattformen wie Facebook oder Twitter mittlerweile virtuos zu nutzen. Dort wird nicht nur blitzschnell ein Vorhaben verdammt („Gefällt mir nicht“) oder eine Demo organisiert. Diese sozialen Netze locken auch mit dem Spaßfaktor. Die Demonstration wird zum Event, man trifft sich mit Bekannten und unterhält sich. Mit einem Klick lassen sich Tausende sofort erreichen. Dem hat das Rathaus bisher nichts entgegenzusetzen. Andererseits würgt das Häkchen bei „Gefällt mir, gefällt mir nicht“ jegliche Diskussion ab. Professor Olk plädiert stattdessen für interaktive Plattformen. So

werden die „Nimbys“ (Not in my backyard, nicht in meinem Hinterhof) gezwungen, mit anderen BürgerInnen zu diskutieren und sich zu erklären.

**Information ist das A und O**

„Informieren, informieren und noch einmal informieren“, nennt die Podiumsrunde als Voraussetzung für eine neue Qualität der BürgerInnenbeteiligung. Warum nicht die jungen hübschen Damen der Anti-Aids-Werbung auch mal für Windkraft und Photovoltaik einsetzen? Offenheit und Ehrlichkeit der Verfahren sind ebenso ein Gebot der Stunde wie die frühzeitige Beteiligung der BürgerInnen, nicht erst, wenn alles gelaufen ist. Olk:



Unter der Schirmherrschaft



Initiatorengruppe



**21. - 22. März 2012**  
Casineum, Velden am Wörthersee

**Rien ne va plus?**  
Herausforderung demografischer Wandel

Die Städte und Gemeinden kämpfen um Stimmen und mit den finanziellen Ressourcen. Das Kommunalwirtschaftsforum stellt sich mit hochkarätigen Referenten aus der Wissenschaft und Praxis den wichtigsten Fragen der kommenden Jahre: die demografische Entwicklung, knappe budgetäre Mittel wie auch die gewaltigen Investitionen in Infrastruktur und Wohnbau. Das jährliche Forum bietet Raum für interdisziplinären Know-how-Austausch und Networking.

**Information und Registrierung**

[www.kommunalwirtschaftsforum.at](http://www.kommunalwirtschaftsforum.at)

**Kontakt**

SYMPOS Veranstaltungsmanagement GmbH  
T: +43 1 409 79 36-66  
E: [karin.auer@sympos.at](mailto:karin.auer@sympos.at)

WERBUNG



# Frag doch die Jugend!

Die Stadt Velbert (Nordrhein-Westfalen/Deutschland) hat sich bei der Neuaufstellung zum Flächennutzungsplan der Herausforderung einer Jugendbeteiligung in diesem abstrakten Planverfahren erfolgreich gestellt.

*Renate Schieferstein, Umwelt und Stadtplanung, Mitglied AG Spielraum*



Stadt Velbert



Das erfolgreiche Konzept konnte über 100 Jugendliche erreichen. Besonders der große Stadtplan hat eine große Resonanz gefunden.



Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsverfahren und in der Objektplanung hat in der Stadt Velbert Tradition. Im Jahr 2000 wurde eine Ressort übergreifende Arbeitsgruppe „AG Spielraum“ gegründet. Darin vertreten sind die Fach- bzw. Geschäftsbereiche Jugend, Familie und Soziales, Umwelt und Stadtplanung, Geodaten und Vermessung, sowie öffentliches Grün und Friedhöfe. Vier Jahre später verabschiedete der Stadtrat das Leitbild der „Familien- und Kinderfreundlichen Stadt“ und legte es dem „Strategischen Zielprogramm 2014“ zugrunde.

### Flächennutzungsplan und Jugendbeteiligung

Der Rat der Stadt Velbert beschloss im Juli 2004 die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (FNP). Gemäß Baugesetzbuch ist die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig zu beteiligen, um sich zur Planung zu äußern und Anregungen zu geben. Die eingereichten Stellungnahmen werden anschließend mit anderen privaten und öffentlichen Belangen abgewägt und finden bei positiver Bewertung im Planwerk Berücksichtigung. Gerade junge EinwohnerInnen unter 18 Jahren fühlen sich nicht angesprochen, um bei der Stadtplanung mitzuwirken. Die Neuaufstellung war für die Stadt Velbert deshalb eine Gelegenheit, ihrem Anspruch als „Familien- und Kinderfreundliche Stadt“ gerecht zu werden und Jugendliche mit kreativen und partizipativen Methoden an diesem anspruchsvollen Planungsverfahren zu beteiligen.

Die Jugendbeteiligung umfasste im Kern drei Veranstaltungen zwischen Ende April und Mitte Juni 2005. Sie fanden parallel zur Erstellung des Vorentwurfes statt, damit die Anregungen der Jugend, genauso wie die der Stadt Velbert schon vorliegenden Anregungen der Behörden, mit in die Vorentwurfsüberlegungen einbezogen werden konnten. Alle Veranstaltungen fanden in der Aula der städtischen Gesamtschule statt.

Die weiteren frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen – sozusagen das „übliche“ Verfahren, in welchen der Vorentwurf der Verwaltung vorgestellt wurde – fanden im Juni 2006 statt. Schon in diesem Vorentwurf finden sich relevante Anregungen der Jugendlichen wieder.

### Einladung der Jugend

Die Federführung zur Neuaufstellung des FNP 2020 hatte das Fachgebiet Umwelt und Stadtplanung bei der Stadt Velbert. Ein wichtiger Vorbereitungsschritt war die Kommunikation des Planverfahrens auch innerhalb der Verwaltung, da es vorhersehbar war, dass nicht alle Anregungen den Flächennutzungsplan betreffen würden. In Zusammenarbeit mit der Projektleitung und der AG Spielraum wurden mit allen weiterführenden Schulen Vorgespräche geführt.

Dort wurde den Beauftragten der Schulen die Idee vorgestellt und es konnten mehrere Schulkollegien für die Mitarbeit gewonnen werden. Die LehrerInnen präsentierten das Vorhaben in den Klassen und versuchten die SchülerInnen zur Mitarbeit zu gewinnen.

Über die Information und Motivation durch die Lehrkräfte hinaus, wurden die Jugendlichen durch Presseerklärungen der Stadtverwaltung zur Teilnahme an dem Verfahren eingeladen. Nach der zweiten Veranstaltung berichtete die Presse regelmäßig über die Jugendbeteiligung am Flächennutzungsplanverfahren.

### Auftakt mit BürgermeisterInnen und StadtteilpatInnen

Mehr als siebenzig Jugendliche meldeten sich zur Auftakt-Veranstaltung und erfuhren in der Begrüßung durch den Bürgermeister besondere Anerkennung. Luftbilder, Grundkarten und der darauf basierende bisher gültige Flächennutzungsplan (in Ausschnitten) stimmten in einer Powerpoint-Präsentation auf das Thema ein.

Die Bedeutungen und Auswirkungen der dargestellten Farbflächen und Linien, die „geheimen Zeichen“ im Flächennutzungsplan wurden deutlich gemacht. Die im zukünftigen FNP 2020 unterschiedlichen Themenschwerpunkte wie Spiel- und Freizeit, Natur und Umwelt, Mobilität, Wohnen und Bevölkerungsentwicklung wurden dargestellt und die Aufgabenstellung anhand von Beispielen erklärt.

Auf die Einstimmung in das Planungsverfahren folgte eine Vorstellung der StadtteilpatInnen, die sich aus der Projektleitung und Mitgliedern der AG Spielraum (6 Personen) zusammensetzten. Für alle Fragen im Zusammenhang mit Stadtplanung und

Verwaltungsabläufen standen die StadtteilpatInnen zur Verfügung.

Bei zwei weiteren Veranstaltungen wurden Bestandsaufnahmen gemacht sowie gemeinsame Visionen formuliert. Anregungen und Fragen aus den Bestandsaufnahmen, die nicht zum FNP-Verfahren gehörten, wurden an die zuständigen Fachabteilungen der Stadtverwaltung sowie externer Behörden weitergeleitet. Diese waren aufgefordert, Antworten und Lösungen anzubieten. Visionen der Jugendlichen – wie z.B. Sportzentrum, neues Wohngebiet – wurden ins weitere Verfahren zum Flächennutzungsplan übernommen.

In der „Bilanz-Veranstaltung“ gab es ausgewählte einzelne Ergebnispläne und Fotos zu den vorhergehenden Veranstaltungen zu sehen. Des Weiteren erhielten die teilnehmenden Jugendlichen Foto-CDs zur Erinnerung. In einer kleinen Ausstellung wurden bereits vorhandene Jugendeinrichtungen, Spiel- und Bolzplätze und der neu eröffnete, öffentliche Skate-Park vorgestellt und weiter bekannt gemacht. Wichtig war den Jugendlichen das abschließende Gespräch mit dem Bürgermeister, der sich auch Zeit für gemeinsame Fotos nahm.

Mehr als 200 Bestandsbewertungen, über 100 Visionen und voll gezeichnete Planrollen bilden das inhaltliche Ergebnis der Jugendbeteiligung am Flächennutzungsplanverfahren.

### Abschlussveranstaltung

Zur vierten Veranstaltung, die auch der Abschluss des Projektes war, wurden alle Jugendlichen, die kommunalen PolitikerInnen, der Verwaltungsvorstand der Stadt Velbert und die Öffentlichkeit geladen. Termingerecht wurde die Dokumentation zum Beteiligungsverfahren erstellt: Sie konnte allen TeilnehmerInnen ausgehändigt werden und stand dem weiteren Planverfahren zur Verfügung. Aufgelistet waren auch alle Fragen der Jugendlichen mit den Antworten der zuständigen Behördenstellen.

Der bisherige Ablauf des Beteiligungsprozesses wurde seitens der Projektleitung nochmals dargestellt und das weitere Verfahren zum Flächennutzungsplan erklärt. So erfuhren die Anwesenden, dass einige, die von den Jugendlichen in der Bestandsaufnahme festgestellten akuten Mängel



(nicht relevant für das FNP-Verfahren), bereits beseitigt wurden. Die vorher genannten Visionen sind formal ins Verfahren eingeflossen und haben somit ein Fundament erhalten.

### Kosten des Beteiligungsverfahrens

Die Kosten beliefen sich für das Papier auf ca. 100 Euro. Die technische Ausstattung ist im Planungsbereich der Stadt Velbert vorhanden. Existierende Organisationsstrukturen, wie zum Beispiel die AG Spielraum, ermöglichten es, das Verfahren innerhalb der Verwaltung durchführen zu können. Die Gesamtschule Velbert stellte die Aula zur Verfügung und das Hausmeisterteam unterstützte bei der technischen und räumlichen Ausstattung.

### Resümee

Rückblickend stellt sich das Beteiligungsverfahren, speziell für die Jugend, als erfolgreich dar. Das gewählte Konzept hat die Jugend (letztendlich ca. 100 Jugendliche) erreicht. Besonders der große Stadtplan, auf welchem die Beteiligten gearbeitet haben, hat eine große Resonanz gefunden. Beeindruckend fand das Organisationsteam, dass sich alle Jugendlichen mit dem abstrakten Thema „Flächennutzungsplan“ auseinandersetzten und dabei Vorschläge machten, die weit über Jugendbelange im engeren Sinne hinausgingen. Unabhängig von der besuchten Schulform wurden Visionen zu neuen Industriegebieten und für zukünftige Arbeitsplätze entwickelt. Es wurden Vor-

schläge zu Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten gemacht; aber auch zur Lösung von Alltagsproblemen wie „Hundeauslaufwiese“ und „LKW-Parkplätzen“. Ebenso beeindruckend war die entspannte ernsthafte Atmosphäre, welche in allen Veranstaltungen vorhanden war: Da war die 14-Jährige, die ganz entspannt auf dem Boden lag und verträumt ihren Reitweg einzeichnete. Da waren die jungen Muslime, die sich zwischen anderen Jungen und Mädchen aus ihrem Stadtteil wieder fanden und alle zusammen eine Gesprächsebene über das Verfahren hinaus gefunden haben. Da waren die FörderschülerInnen, die ganz intensiv darüber nachgedacht haben, wie im FNP eine weiterführende Schule, auf ihre Bedürfnissen zugeschnitten, eingebracht werden könnte. Da war das junge Pärchen, welches sich über die Zukunft in ihrer Stadt intensiv Gedanken machte. Da war der Jugendliche mit auffälligem Outfit, welcher sich viele Gedanken zu seinem Umfeld gemacht hatte. Da waren die freiwillig zu Hause erstellten Mappen mit Bewertungen und Fotos vom Wohnumfeld der Jugendlichen.

Diese entspannte Atmosphäre und die besondere Bereitschaft der Jugendlichen, an den Zukunftsvorhaben ihrer Stadt mitzuwirken, hat es für die Organisatoren leicht gemacht und ermöglichte die Teilhabe an einem besonders positiven Arbeitserlebnis, welches bis heute nachwirkt. ■

**INFO:** [www.velbert.de](http://www.velbert.de)

# InteressenManagement ist gelebte Demokratie

Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik stehen permanent im Spannungsfeld verschiedener, oftmals auch gegensätzlicher und sehr konkreter Interessen. Verwaltung und Politik müssen trotz ihrer hoheitlichen Funktion mit diesen Interessen auf demokratische Art und Weise umgehen.

Ing. Mag. Walter Hauer, Technisches Büro Hauer Umweltwirtschaft GmbH

„Demokratie ist die kommunikative Abwägung von Strategien, künftiges Leben zu gestalten, weshalb demokratische Entscheidungen rein logisch niemals ‚alternativlos‘ sein können“, schreibt der deutsche Sozialpsychologe Harald Welzer. Diese Alternativen gilt es auszuloten und jene auszuwählen, die am ehesten den Interessen der Betroffenen entspricht. Weder das finden geeigneter Alternativen noch die Auswahl der am besten geeigneten Alternative ist einfach und kann auch nicht in „einsamen“ Beschlüssen getroffen werden.

Diese Offenheit, Alternativen zu suchen und auszuwählen schafft den Raum für Freiheit. Freiheit für alle Betroffenen einer Maßnahme, ihre Interessen bestmöglich berücksichtigt zu finden. Gesamthaft gesehen ist jener Alternative der Vorzug zu geben, in der die Summe der individuellen Freiheiten, der Berücksichtigung der individuellen Wünsche, am größten ist. Mit einem Anliegen an MitbürgerInnen heranzutreten, sollte grundsätzlich mit der Definition einer Aufgabe geschehen, nicht mit einer Lösung.

Das bearbeiten, diskutieren von verschiedenen Interessen ist ein mühsamer Prozess, aber mit Vorteilen. Der wesentliche Vorteil ist die Akzeptanz, die sich aus der Berücksichtigung individueller Wünsche und mit der Beteiligung am Finden einer Lösung auch als Berücksichtigung individueller Freiheiten darstellen lässt. Dieses Herantreten an MitbürgerInnen mit einer Aufgabe bzw. einem Ziel anstatt einer fertigen Lösung, ist eine Aufforderung an jeden/jede Bürger/-in, etwas zu verändern. Bekannte Beispiele, bei denen mit einer Lösung anstatt mit einer Aufgabe begonnen wurde, sind das – gescheiterte – Asyl-Erstaufnahmezentrum im Burgenland so-

wie der Hauptbahnhof in Stuttgart. Bei beiden Projekten ist die Diskussion unterblieben, welche Aufgabe zu lösen ist und welche Alternativen zur Bewältigung der Aufgaben möglich wären.

## Mut ist notwendig

<b>Es gilt, die Kausalitätskette ...</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Interessen</li> <li>2. Mitteilung derselben an unbeteiligte Dritte, z. B. Behörde</li> <li>3. Fremdbestimmung, passives Warten was passiert</li> <li>4. externe Vorgaben / Auflagen / Einschränkungen</li> <li>5. enger Raum</li> <li>6. kaum Bewegung, ja Stillstand</li> </ol>
<b>... zu ersetzen durch ...</b>
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Interessen</li> <li>2. InteressenManagement Unsicherheit / Wagnis</li> <li>3. Mut, aktives Agieren Aufwand / Arbeit</li> <li>4. Freiheiten zur Gestaltung</li> <li>5. weiter Raum</li> <li>6. Bewegung</li> </ol>

InteressenManagement aktiv zu beginnen, braucht Mut. Mut, in unbekanntes Terrain vorzudringen, somit ein Wagnis einzugehen. Ein Wagnis, da zwar die eigenen Interessen bekannt sind, nicht jedoch die der PartnerInnen. Welche Interessen aufeinander prallen, ist nicht vorhersehbar, auch nicht, ob es eine Einigung geben kann oder wie sie aussehen kann oder wird. InteressenManagement angewandt, z.B. im Vorfeld eines Behördenverfahrens, gibt jedoch allen Beteiligten viel mehr Freiheiten, als dies im engen Korsett eines formalen Verfahrens unter fremder Leitung – der Behörde – möglich wäre. Damit ermöglicht InteressenManagement ein Maximum an Freiheiten und Beweglichkeit, womit schluss-

endlich viel bewegt werden kann – viel mehr als dies unter Fremdbestimmung möglich wäre.

## Kommunalpolitik legitimiert sich durch InteressenManagement

Während auf der Ebene des Staates (oder auch der Europäischen Union) komplexe Aufgaben zu bewältigen sind, die nur für wenige BürgerInnen durchschaubar sein können, sind die lokalen und regionalen Aufgaben, Interessen und Auswirkungen für den Einzelnen zu überblicken und einschätzbar – es besteht persönliche Betroffenheit. Daraus ergibt sich eine andere Anforderung an Politik. Während auf der komplexen (über)staatlichen Ebene die repräsentative Demokratie – das Führen durch legitimierte VertreterInnen – erforderlich ist, ist auf der lokalen Ebene eine partizipative Demokratie mit starker Einbindung der Betroffenen – mit einem Management der Interessen – angemessen.

Und genau dieser Unterschied legitimiert kommunale Politik und Verwaltung. Je mehr kommunale Politik eine direkte Beteiligung von BürgerInnen mit professionellem Management der unterschiedlichen Interessen betreibt, desto stärker die Legitimation kommunaler Politik.

Noch prägnanter: Nur durch die offensive Auseinandersetzung mit individuellen Interessen und dem transparenten Umgang damit, legitimiert sich Lokal- bzw. Regionalpolitik als notwendige Ergänzung zur repräsentativen Führung größerer Einheiten.

InteressenManagement ist gelebte Demokratie. Die Unterstützung durch eine/-n externe/-n – neutrale/-n – Prozessleiter/-in mit Äquidistanz zu allen Beteiligten ist dabei oft extrem hilfreich. ■



# Neue Finanzierungsinstrumente für den Personenverkehr

Die öffentliche Infrastruktur in den deutschen Städten und Gemeinden leidet seit vielen Jahren an einer chronischen Unterfinanzierung, insbesondere auch im Verkehrsbereich. Ein Bericht aus Deutschland.

Folkert Kiepe, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr des Deutschen Städtetages

Die Folgen der mangelnden Finanzierung sind überall sichtbar: Schlaglöcher in den Straßen, schadhafte Gleisanlagen, nur notdürftig reparierte Verkehrsbauwerke. Punktuelle Verbesserungsmaßnahmen reichen deshalb nicht mehr aus, vielmehr muss die bestehende Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur grundsätzlich auf ihre Eignung hinsichtlich der Anforderungen der Gegenwart und erst recht für die Herausforderungen der Zukunft überprüft werden.

Mit der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) begleiteten wissenschaftlichen Studie zum „Finanzierungsbedarf des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bis 2025“, die von 13 Bundesländern, dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und dem Deutschem Städtetag (DST) in Auftrag gegeben wurde, liegt eine belastbare Grundlage zur Feststellung des Finanzierungsbedarfs im ÖPNV als dem ökologisch und im Sinne der Daseinsvorsorge für die Städte bedeutsamsten Teilbereich

des Gemeindeverkehrs vor. Demnach belief sich der Nachholbedarf für Reinvestitionen (Grundsanierung) in Verkehrsanlagen des schienengebundenen ÖPNV (= Straßenbahnen, Stadt- und U-Bahnen) bis 2009 bereits auf 2,35 Mrd. Euro; hinzu kommt jährlich ein neuer Reinvestitionsbedarf von 550 Mio. Euro, von dem lediglich 220 Mio. Euro von den Städten bzw. von den Verkehrsunternehmen abgedeckt werden können. Damit vergrößert sich der bereits erhebliche Sanierungsstau im ÖPNV um jährlich weitere 330 Mio. Euro.

## Kommunaler Straßenbau braucht Investitionen

Für den Bereich des kommunalen Straßenbaus gibt es, abgesehen von einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) aus dem Jahre 2008, noch keine vergleichbar flächendeckende Untersuchung zum Finanzierungsbedarf. In der Difu-Studie wird der Anteil des Straßenbaus am gesamten kommunalen Investiti-

onsbedarf für den Zeitraum 2006 bis 2020 mit 23 % von 704 Mrd. Euro, d.h. auf ca. 162 Mrd. Euro geschätzt. In den harten Wintern der letzten beiden Jahre wurden die Schäden insbesondere an Gemeindestraßen besonders deutlich; eine Blitzumfrage des Städtetages NRW, an der rund 15 Mitgliedsstädte teilnahmen, förderte einen Investitionsbedarf zur Behebung der frostbedingten Straßenschäden von über 70 Mio. Euro alleine im Winter 2009/2010 zutage. Die sich als Interessenvertretung des Verkehrsträgers Straße verstehende Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V. „Pro Mobilität“ konstatiert in einer jüngst veröffentlichten Vergleichsstudie bezüglich der Investitionen von elf westeuropäischen Staaten in die Verkehrsinfrastruktur für Deutschland eine seit zehn Jahren bestehende systematische Vernachlässigung des Straßennetzes. So stand die Bundesrepublik 2008 mit 134 Euro Straßeninvestitionen pro Einwohner zusammen mit Belgien nach der Anzahl der Bevölkerung an vorletzter Stelle der untersuchten Länder; nur Großbritannien habe noch weniger ausgegeben, während der Durchschnitt der einwohnerbezogenen Investitionen in das Straßennetz im gleichen Zeitraum bei 203 Euro gelegen habe.

## Neue Schwerpunkte: Bestandserhalt und Bestandspflege

Angesichts eines immer noch steigenden Verkehrswachstums mit einhergehender Zunahme vor allem beim Kfz-Bestand und eines nachgewiesenen wachsenden Nachholbedarfs im ÖPNV liegen die Investitionsschwerpunkte zukünftig deutschlandweit im Bereich Bestandserhalt und -pflege. Neu- bzw. Ausbaubedarf besteht beim ÖPNV insbesondere noch in den wirtschaftlich prosperierenden Verdich-



Frostbedingte Straßenschäden verursachen regelmäßig gewaltige Kosten für die Städte.

tungsräumen Nord-, West- und Süddeutschlands. Im gesamtstaatlichen Interesse einer funktionstüchtigen Verkehrsinfrastruktur, die einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Wert und Standortfaktor darstellt, sind Bund und Länder daher aufgefordert, über 2013 hinaus und auch nach 2019 ausreichende Finanzmittel zur Sicherung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Städten und Gemeinden bereitzustellen. Dabei ist dem wachsenden Erhaltungsbedarf ebenso Rechnung zu tragen wie den künftig notwendig werdenden Anpassungen der Verkehrsinfrastruktur an die prognostizierten Zuwächse im Güter- und Schwerlastverkehr. Ebenfalls zu berücksichtigen sind die zu erwartenden Kosten für die Adaption der Verkehrsinfrastruktur an den Klimawandel, etwa im Straßenbau im Hinblick auf prognostizierte längere Hitzeperioden und/oder Starkregenereignisse bzw. Frostschäden durch besonders kalte Winter. Die Kommunen benötigen daher eine größere Flexibilität beim Einsatz dieser Mittel, solange der Förderzweck sichergestellt ist.

### Deutlich mehr Mittel in den nächsten zehn Jahren erforderlich

Auf (Sonder)Konferenzen der Verkehrs- und Finanzminister und auch der Ministerpräsidenten der Länder Anfang 2011 wurde bereits ein erheblicher zusätzlicher Mittelbedarf für den Gemeindeverkehr konstatiert: Für den Bereich des ÖPNV wurde demnach nachgewiesen, dass der verkehrsplanerisch begründete Investitionsbedarf für den Zeitraum 2014 bis 2019 deutlich höher liegt als der Mittelumfang, der in den unmittelbar zurückliegenden Haushaltsjahren durch die Länder aus Zuflüssen nach dem Entflechtungsgesetz in neue ÖPNV-Infrastruktur investiert werden konnte. Auch für den Bereich des kommunalen Straßenbaus kann nach Auskunft der Länder teilweise sogar projektscharf bis zum Haushaltsjahr 2019 dargestellt werden, dass der Bedarf an Investitionsmitteln aus dem Entflechtungsgesetz fortbesteht; ebenso übersteigt der in den Ländern nachgewiesene Gesamtbedarf den bisher (bis einschließlich des Jahres 2013) zur Verfügung stehenden Mittelumfang. Demnach liegt der Finanzie-

rungsbedarf (Preisstand: 2012, ohne Dynamisierung) nach Auffassung der Länder im Bereich des ÖPNV bei rund 740 Mio. Euro p.a. und im Bereich „Kommunaler Straßenbau“ bei rund 1,220 Mrd. Euro p.a. Insgesamt beläuft sich somit der jährliche Mittelbedarf für den Gemeindeverkehr für die Zeit nach dem Jahr 2013 auf rund 1,960 Mrd. Euro p.a.

### Forderungen des Deutschen Städtetages

Der Bund ist daher aufgefordert, seine bisherigen Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden nach dem Jahr 2013 entsprechend diesem nachgewiesenen Bedarf auszugestalten, sie also auf 1,960 Mrd. Euro jährlich zu erhöhen und sie in dieser Höhe bis 2019 fortzuführen und den Mitteleinsatz gleichzeitig zu flexibilisieren. Dabei ist eine Dynamisierung entsprechend den allgemeinen Baukostensteigerungen notwendig und angemessen. Die Länder müssen die ihnen bis 2019 zugesagten Finanzhilfen des Bundes (sog. Entflechtungsmittel) auch nach Beendigung der verkehrlichen Zweckbindung weiterhin ausschließlich für Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur verwenden.

Für die Zeit nach Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) bzw. Entflechtungsgesetzes, also ab 2019, sind Bund und Länder aufgefordert, eine Anschlusslösung zu finden, die den Städten auch zukünftig den bedarfsgerechten Neu- und Ausbau, vor allem aber die Sanierung und Unterhaltung der bestehenden Verkehrsbauwerke und -infrastrukturanlagen – nach den anerkannten Regeln der Technik und in Übereinstimmung mit gesetzlich vorgeschriebenen Vorgaben u.a. zur Herstellung von Barrierefreiheit – ermöglicht und gleichzeitig eine hinreichende Flexibilität beim Mitteleinsatz zulässt.

• Ein effektives, ökologisch sinnvolles und ohne weiteren Verwaltungsaufwand umsetzbares Instrument der kommunalen Verkehrsfinanzierung wäre ein gesetzlich festgeschriebener Anteil der kommunalen Gebietskörperschaften am Mineralölsteueraufkommen des Bundes für den ÖPNV. Dazu könnte man für den

ÖPNV an die Regelung für das bisherige Regionalisierungsgesetz anknüpfen.

- Für den ÖPNV könnte außerdem überlegt werden, den Mehrwert einer guten ÖPNV-Erschließung von Grundstücken und Immobilien der Stadt zukommen zu lassen. Dies könnte in Form einer Nahverkehrsabgabe geschehen, wie sie in Frankreich praktiziert wird.

- Beispiele aus dem Ausland – aber z.B. auch aus Köln – belegen, dass die Initiative zu Erschließungsbeiträgen und PPP-Finanzierungen oft von Wirtschaftsunternehmen selbst ausgeht, die zunehmend den Wert einer guten Anbindung an die öffentliche Verkehrsinfrastruktur erkennen.

- Die Städte, Kreise und Gemeinden sind ihrerseits gefordert, z.B. durch eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung und andere Formen der Nutzerfinanzierung zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln.

- Die seit 2005 nur auf Bundesfernstraßen – und nicht wie vom DST gefordert auf allen Straßen – erhobene Schwerverkehrsabgabe ist dafür ein anschauliches (Negativ)-Beispiel. Um die von den Städten und Gemeinden finanzierten Kosten für ihre Straßeninfrastruktur refinanzieren zu können, muss die sog. Lkw-Maut als Schwerlastabgabe auf alle Straßenklassen ausgedehnt und das Gebührenaufkommen auf alle betroffenen Straßenbaulastträger (Bund, Länder, Kreise, Gemeinden) anteilmäßig verteilt werden.

- Isolierte Lösungen – wie sie gegenwärtig auf Bundesebene mit der Einführung einer Pkw-Maut auf Autobahnen diskutiert werden – führen dagegen in aller Regel zu negativen Begleiterscheinungen: vor allem zur Verlagerung von Verkehr auf Landes- und Kommunalstraßen; sie belasten so die anderen Gebietskörperschaften. ■

**Diesen Artikel finden Sie in voller Länge unter [www.amtstafel.at](http://www.amtstafel.at)**



## SPITZENBENOTUNG NR. 1 BEI DER LEBENSQUALITÄT: WIEN HAT VIEL ZU BIETEN

Weiterhin beliebteste Kongressstadt, nachhaltigste Stadt der Welt, wirtschaftliche West-Ost-Drehscheibe und Top-Standort für internationale Organisationen: Wien ist gefragt. In Sachen Lebensqualität steht Wien ebenfalls an der Spitze. Die jährlich weltweit durchgeführte Vergleichsstudie von Mercer zur Bewertung der Lebensqualität stellte der Stadt auch im Vorjahr Bestnoten aus.

Im internationalen Vergleich des Personalunternehmens Mercer von 2011 nimmt Wien wie bereits im Jahr davor den weltweit ersten Platz ein. Zürich (Schweiz) und Auckland (Neuseeland) komplettieren die Stockerlplätze, gefolgt von München auf dem vierten Platz. Düsseldorf und Vancouver teilen sich den fünften Platz. Die 25 Städte an der Spitze der Tabelle befinden sich mehrheitlich in Europa. Am Schluss der Rangliste finden sich die Hauptstädte des Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und des Iraks – N'Djamena, Bangui und Bagdad. Bürgermeister Michael Häupl zeigte sich erfreut: „Zum dritten Mal in Folge ist unsere Stadt die Metropole mit der höchsten Lebensqualität weltweit. Ich freue mich über diese Bestätigung des Wiener Weges. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten setzen wir alles daran, Wien gut und sicher durch ‚unruhige See‘ zu steuern. Das ist nicht einfach, aber wir tun alles, um die sprichwörtliche Qualität unserer Stadt für möglichst alle Wienerinnen und Wiener zu erhalten und weiter zu festigen. Ich sehe das als Auftrag, weiterhin den Weg einer gerechten Verteilung der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen zu gehen.“



Der Naschmarkt als Treffpunkt  
für Menschen aus aller Welt.



Fotos: www.picturedesk.com (1), Ian Ehm (1)





Beste Versorgung für Kinder ist ein aktueller Schwerpunkt des Wiener Gesundheitssystems: Kinderärztinnen, Ambulanzen und Therapiezentren arbeiten Hand in Hand.

# GESUND BLEIBEN IN JEDEM ALTER

Wiens Gesundheitssystem hat Qualität und ist für alle zugänglich. Das neue Spitalskonzept stellt eine optimale Versorgung auch in Zukunft sicher.

Qualität und Finanzierbarkeit sind bei der Gesundheitsversorgung wesentliche Aspekte. Wien zählt nicht zuletzt aufgrund des breiten gesundheitlichen und sozialen Angebots zu den Städten mit der weltweit höchsten Lebensqualität. Die Stadt investiert in die Erhaltung, den Ausbau und die Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen. Diese Haltung wird auch international bei Standortentscheidungen gewürdigt. Wien setzt sich daher weiterhin für die Erhaltung des hervorragenden Gesundheits- und Sozialsystems ein.

Unter diesen Gesichtspunkten arbeitet die Stadt Wien daran, das Gesundheitssystem auch in Zukunft optimal zu gestalten. Das „Wiener Spitalskonzept 2030“ geht jetzt in die konkrete Umsetzung. Bisher sind es hauptsächlich Baumaßnahmen – wie zum Beispiel für das neue Krankenhaus Nord oder das Pflegewohnhaus Rudolfsheim-Fünfhaus –, die Pläne gehen aber viel weiter. Sieben zentrale Spitalsorganisationen (AKH, KH Hietzing, Kaiser-Franz-Josef-Spital, Wilhelminen- und Otto-Wagner-Spital, Rudolfstiftung, SMZ Ost und KH Nord) werden die Versorgung übernehmen. Weitere Ziele bis 2030: wirtschaftlicheres Arbeiten, höhere MitarbeiterInnenzufriedenheit und mehr Orientierung an den Bedürfnissen der PatientInnen.

Dass dieser Weg stimmt, bestätigt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Aus der Studie über Gesundheitssysteme in den 34 OECD-Mitgliedsländern geht hervor, dass Österreichs Gesundheitssystem gut funktioniert – es könnte aber noch besser sein. Wien setzt Maßnahmen, um Qualität und Finanzierbarkeit unter einen Hut zu bringen. Das Wiener Spitalskonzept 2030 stellt sicher, dass die Gesundheitsversorgung Wiens auch in Zukunft ein Top-Niveau hat.

# Starke Stadtregion Luzern

Mit dem Ziel, die Stadtregion Luzern zu stärken und sich damit zur viertgrößten Stadt der Schweiz zu entwickeln, wurde vor gut drei Jahren das Reformprojekt „Starke Stadtregion Luzern“ lanciert. Nach Abschluss der ersten Projektphase hat sich die Stimmbevölkerung in drei der fünf Projektgemeinden im vergangenen November entschieden, aus dem Reformprojekt auszusteigen. Der folgende Artikel geht der Frage nach, welche Rolle der direkten Demokratie bei diesem für die Schweiz bisher einmaligen Reformprojekt zukommt.

Petra Beck, Christian Sauter (externer Projektleiter) und Viktor Bucher, Ernst & Young

Seit 1990 ist in der Schweiz eine zunehmende Tendenz in Richtung Gemeindefusionen zu beobachten, seit 2000 hat sich diese Entwicklung noch intensiviert. Zwischen 2000 und 2010 ist die Zahl der Gemeinden in der Schweiz um 312 (-11%) auf 2.584 Gemeinden zurückgegangen. Bisher waren es in erster Linie Kleingemeinden, die sich aus Ressourcengründen zusammenschlossen. Gleichzeitig fanden in Agglomerationen vereinzelt Fusionen statt, wo Stadt und Agglomerationsgemeinde(n) stark zusammengewachsen waren.

## Strategische Stärkung als Treiber des Projektes

Eine strategisch motivierte Gemeindestrukturreform zwischen mehreren (Agglomerations)Gemeinden, wie sie im Rahmen des Projektes „Starke Stadtregion Luzern“ angestrebt wurde, war bzw. ist in der Schweiz bisher einmalig. Auslöser des Projektes war einerseits die Erkenntnis, dass die anstehenden Herausforderungen wie im Verkehrs-, Raumplanungs- und Sozialbereich nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Stadtregion erfolgreich zu meistern sind. Andererseits steht die Stadtregion vor der Herausforderung, sich im Standortwettbewerb

sowohl gegenüber steuergünstigen Nachbarkantonen als auch gegenüber den Metropolitan-Regionen Zürich, Genf-Lausanne, Basel und teilweise Bern zu behaupten. Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Luzern zusammen mit den Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens vor gut drei Jahren das Reformprojekt lanciert, mit dem Ziel, die Stadtregion Luzern zu stärken.

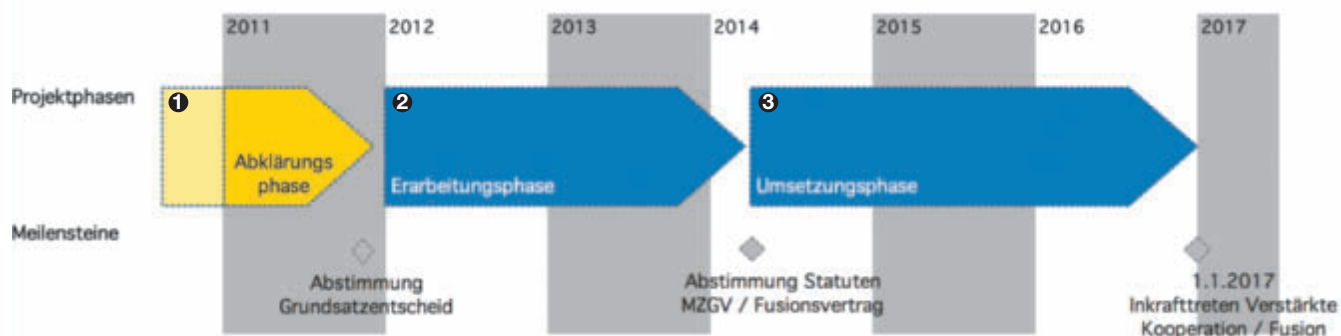
Das Projekt sah zwei Phasen vor: Im Rahmen der ersten Phase (sog. Abklärungsphase) war abzuklären, ob sich für eine Stärkung der Stadtregion das Modell einer Fusion oder einer verstärkten Kooperation unter den Gemeinden besser eignet. Gestützt auf die Erkenntnisse der Abklärungsphase sollten in einer zweiten Phase der konkrete Fusionsvertrag bzw. die konkrete Kooperationsvereinbarung ausgearbeitet werden. Die Gemeinden sollten nach Vorliegen der Ergebnisse der ersten Phase entscheiden können, ob und in welche Richtung sie das Projekt weiterverfolgen wollen.

## Fusion eignet sich besser als verstärkte Kooperation

Zur Abklärung der beiden möglichen Modelle – Fusion und verstärkte Kooperation

– galt es, die Behörden- und Verwaltungsstrukturen sowie das Leistungsangebot in den Grundzügen zu skizzieren sowie die finanziellen Auswirkungen abzuschätzen. Die Abklärungen haben gezeigt, dass eine Fusion die bessere Variante darstellt, um eine Stärkung der Stadtregion zu erreichen: Mit einer Fusion könnten die strategisch wichtigen Herausforderungen, welche die gesamte Stadtregion betreffen, zukünftig aus einer Hand angegangen und entschieden werden. Mit einer verstärkten Kooperation, bei der die Gemeinden politisch eigenständig blieben und in ausgewählten Bereichen verbindlich zusammenarbeiten würden, ließe sich das Potenzial der Stadtregion hingegen nur beschränkt ausschöpfen.

Im vergangenen November haben die Projektgemeinden darüber abgestimmt, ob sie das Fusions- oder Kooperationsmodell weiterverfolgen oder am Status Quo festhalten, d.h. aus dem Projekt aussteigen wollen. Während sich die Stadt Luzern deutlich für eine Fusion aussprach, haben sich drei Projektgemeinden für einen Ausstieg aus dem Projekt entschieden, in der fünften Gemeinde (Emmen) erfolgt der Entscheid erst im März 2012. Während die ursprünglich anvisierte Strukturreform





Die Kapellbrücke mit dem Wasserturm über die Reuss verbindet Altstadt mit Neustadt.

mit sämtlichen fünf Gemeinden somit gescheitert ist, besteht die Möglichkeit, dass die Stadt Luzern und Emmen das Reformprojekt zu zweit weiter verfolgen bzw. in Fusionsverhandlungen eintreten.

### Demokratisch breit abgestützt

Der demokratischen Abstützung des Projektes wurde von Anfang an große Bedeutung beigemessen. Insbesondere legten die Gemeinden fest, dass für jede neue Projektphase die demokratische Legitimation der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eingeholt werden muss. Folglich kann die Stimmbevölkerung nicht erst über den konkreten Fusionsvertrag bzw. die konkrete Kooperationsvereinbarung entscheiden. Vielmehr war bereits für die Teilnahme am Projekt die Zustimmung der Stimmbevölkerung notwendig. Ebenso konnten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am Ende der Abklärungsphase darüber entscheiden, welches Modell weiterverfolgt werden soll bzw. ob ihre Gemeinde am Status Quo festhält und damit aus dem Projekt aussteigt. Für die Abklärungsphase war es daher wichtig, den Prozess möglichst breit abzustützen und dadurch die Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern: Daher wurde bewusst kein ExpertInnenansatz gewählt, sondern die Erarbeitung der Modelle erfolgte unter Einbezug von über 100 Personen der Verwaltung und unter der Leitung

der verantwortlichen Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten. Um weitere Stakeholder in den Erarbeitungsprozess einzubeziehen, fanden während des Projektes auch mehrere sogenannte „Echoräume“ statt, bei denen sich politische EntscheidungsträgerInnen sowie die interessierte Bevölkerung einbringen konnten. Zudem wurde eine Begleitgruppe zum Projekt eingesetzt, die sich speziell den sogenannten „weichen“ bzw. emotionalen Faktoren wie Identität, BürgerInnennähe oder Image einer Gemeinde widmete. Denn ähnliche Reformprojekte hatten gezeigt, dass beim Entscheid über eine Fusion oder Kooperation nicht nur sogenannte „harte“ Faktoren (z.B. finanzielle Auswirkungen) von Bedeutung sind, sondern oft sogenannte „weiche Faktoren“ eine entscheidende Rolle spielen.

### Direkte Demokratie – förderlich oder hinderlich?

Eine Verwaltungsstrukturreform in einer Dimension, wie sie das Projekt „Starke Stadtregion Luzern“ anvisierte, tangiert die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. In einem direkt-demokratischen System wie der Schweiz ist die demokratische Legitimation solcher Projekte daher unabdingbar. Ob die direkte Demokratie im Fall der „Starken Stadtregion Luzern“ förderlich oder hinderlich war, kann nicht abschlie-

ßend beantwortet werden. Förderlich war sie in dem Sinne, dass – mit Blick auf eine spätere Abstimmung – Verwaltung und Bevölkerung bereits in der Abklärungsphase eng in das Projekt einbezogen wurden. Dadurch konnte sichergestellt werden, dass die Abklärungen nahe an der Praxis erfolgten und auch den sogenannten „weichen Faktoren“ Rechnung getragen wurde.

Hingegen erwies sich die Zwischen-Abstimmung vom vergangenen November nach Abschluss der Abklärungsphase sowohl für die Stimmbevölkerung als auch für die Behörden als große Herausforderung: Zum einen wurden im Rahmen der Abklärungsphase verschiedene politische Fragen, wie z.B. die Definition des Leistungsniveaus, bewusst noch offen gelassen: folglich lagen als Entscheidungsgrundlage erst wenige konkrete Fakten vor. Zum anderen war es schwierig zu kommunizieren, dass die Abstimmung erst einen weiteren Projektschritt und noch nicht einen konkreten Fusionsvertrag bzw. eine konkrete Kooperationsvereinbarung betraf. Komplex war zudem, dass der Stimmbevölkerung drei verschiedene Varianten (Fusion, verstärkte Kooperation und Status Quo) zur Auswahl standen. ■

### Facts und Figures zur Stadtregion Luzern

Die Stadtregion Luzern<sup>1</sup> liegt sozusagen im Herzen der Schweiz: Südwestlich von Zürich und je nach Definition Teil der Metropolitan-Region Zürich, angrenzend an die Zentralschweizer Kantone Zug, Schwyz, Ob- und Nidwalden, und rund eine Fahrstunde von der Hauptstadt Bern entfernt. Nebst der Stadt Luzern, auf die rund die Hälfte der knapp 150.000 Einwohner der Stadtregion fallen, gehören mit Kriens und Emmen zwei mittelgroße Gemeinden (rund 26.000 bzw. 28.000 Einwohner) sowie mit Ebikon und Adligenswil zwei kleinere Gemeinden (rund 12.000 bzw. 5.000 Einwohner) zur Stadtregion. Während sich die Stadtregion in den vergangenen Jahren immer stärker zu einem funktionalen Raum entwickelt hat, blieben die politischen Grenzen weitgehend unverändert.

<sup>1</sup> Zur Vereinfachung wird im vorliegenden Artikel der Begriff „Stadtregion“ stellvertretend für die am Projekt beteiligten Gemeinden verwendet. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Stadtregion Luzern als solche noch zusätzliche Gemeinden umfasst.



# Smart Cities in Europa – Herausforderungen und Chancen

Angesichts der aktuellen, von Klimawandel und Energiekrise geprägten Situation wird immer eindeutiger, dass Städte und Stadtregionen eine Schlüsselrolle im Rahmen der Eindämmung des Klimawandels und der entsprechenden Anpassung spielen.

Zoé Buyle-Bodin, Absolventin des College of Europe, dzt. Praktikantin bei der Europäischen Kommission, GD Regionalpolitik, Abteilung für Stadtentwicklung und territoriale Kohäsion

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: über 70 Prozent der Bevölkerung Europas lebt in Städten und Ballungsräumen, und diese gelten im Allgemeinen als die Brennpunkte von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Es gibt keine einheitliche Definition für den Begriff Smart City – die „intelligente Stadt“. Allerdings betonen alle bisherigen Definitionen den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als effiziente Methode, den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Städten zu verringern.

Dabei stellt sich die Frage nach dem Endergebnis jeder, wie auch immer gearteten, „intelligenten“ Maßnahme. Im Fall von Smart Cities sollte das langfristige Ziel darin bestehen, nachhaltige Stadtentwicklung zu fördern – mit all ihren wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, ökologischen und verwaltungspolitischen Aspekten. Somit versteht man unter einer Smart City „eine Stadt, die sich bewusst um den Einsatz innovativer IKT-basierter Lösungen bemüht, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und eine nachhaltigere, integrative Form der Stadtentwicklung zu fördern.“ Auf Grundlage dieses Begriffs und angesichts der potenziel-

len Rolle von Städten bei der Erreichung der EU-Klimaziele bis 2020 (d.h. eine Senkung des EU-Energieverbrauchs um 20 Prozent, wobei ebenfalls 20 Prozent der Gesamtenergie aus erneuerbaren Quellen stammen sollen, gekoppelt mit einer zwanzigprozentigen Reduktion des Gesamt-CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der EU im Vergleich zu 1990) hat die EU mehrere Initiativen entwickelt, um Städte als „lebende Labors“ zu nutzen und so den Einsatz technischer Innovation zur Förderung von Nachhaltigkeit in Städten zu fördern.

## Die Grüne Digitale Charta

Diese Charta (Green Digital Charta) wurde vom EUROCITIES-Netzwerk und der Stadt Manchester initiiert und durch die Europäische Kommission unterstützt. Seit 2009 haben 23 Städte die Charta unterzeichnet. Diese Initiative soll Städte ermutigen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihres IKT-Sektors zu senken und mittels moderner IKT einen höheren Energieeffizienzgrad für Gebäude, Transport- und Verkehrsmittel oder auch in der Energieversorgung selbst zu forcieren. Die unterzeichnenden BürgermeisterInnen bekennen sich dazu, noch vor dem Jahr 2015 fünf wesentliche



Projekte in diesem Bereich zu lancieren, bis 2020 ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 30 Prozent zu senken und Partnerschaften in der IKT und in den energieverbrauchenden Sektoren zu bilden.

## Die Initiative „Smart Cities and Communities“

Diese Initiative wurde im Juni 2011 von der Europäischen Kommission gestartet. In einer ersten Phase werden aus dem Programm zehn innovative Projekte (jeweils unter Beteiligung von je drei oder mehr europäischen Städten) in folgenden drei Schlüsselbereichen gefördert: Energie (Netz, Versorgung, Gebäude); Verkehr (integrierte und multimodale Verkehrslösungen, Fahrzeuge mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, öffentlicher Verkehr und „sanfte“ Fortbewegungsmittel) sowie IKT (Querschnittsapplikationen im Bereich Energie



und Verkehrswesen, Energieflussmodelle). Diese technologiebetonte Initiative zielt vorrangig auf die Förderung lokaler Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Interessensträgern ab, wodurch für innovative technische Lösungen Märkte erschlossen bzw. neue Märkte geschaffen werden sollen. Ein weiterer Schwerpunkt der Initiative „Smart Cities and Communities“ ist der Austausch von Technologien und Praxisbeispielen mittels einer Plattform von Interessensträgern und bestehenden Initiativen, wie etwa dem Konvent der BürgermeisterInnen. Dieses Gremium wurde im Jänner 2008 von der Europäischen Kommission gegründet und dient als Forum für die Entwicklung und den Austausch funktionierender Praxislösungen für mehr Energieeffizienz. Somit konzentriert es sich nicht nur auf technische Verbesserungen, sondern hat einen

eher allgemeinen Blickwinkel, der insbesondere auch generelle Aspekte von Politik und Verwaltungsführung berücksichtigt.

#### **Eine erste Beurteilung der Initiativen**

Da der Begriff Smart City auf europäischer Ebene noch relativ neu ist, gestaltet es sich schwierig, die bisherige Wirkung von Initiativen in diesem Bereich zu beurteilen. Die ersten verfügbaren Indikatoren sind allerdings recht vielversprechend. Die Ressourcen im Bereich IKT selbst werden effizienter genutzt, und die Initiativen fügen sich gut in den aktuellen Trend einer Dematerialisierung von Kommunikation und Konsum ein – wie beispielsweise der Erfolg von e-Commerce und e-Services belegt. Zu beachten ist weiters, dass solche Initiativen recht rasch umsetzbar sind, da die nötigen Technologien bereits verfügbar

sind. Somit sind Projekte im Bereich Smart Cities Hilfsmittel zur Förderung von Dialog und Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften, Universitäten und der Wirtschaft, die komplizierte, schwerfällige Wege der Entscheidungsfindung und Regierungsführung durchbrechen können. Durch die Erschließung neuer Märkte fördern sie gleichzeitig weitere Investitionen und die Weitergabe von Technologien. Zu guter Letzt schaffen solche Initiativen auf europäischer Ebene eine Möglichkeit für Städte, sich über die Methoden ihrer Wahl auszutauschen sowie gemeinsame Herausforderungen und Lösungen zu definieren. So werden die effizientesten und nachhaltigsten Lösungen weiter verbreitet. ■

**Diesen Artikel finden Sie in voller Länge unter [www.amtstafel.at](http://www.amtstafel.at)**

# Reform der finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerung Konsequenzen für Österreichs

Auf die Finanz- und in weiterer Folge die Schuldenkrise, die seit 2008 viele europäische Staaten erfasst hat, reagierte die EU durch eine reformierte wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung.

*Dr. Helfried Bauer, Mag. Peter Biwald, KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung*

Die neue Steuerung umfasst die wirtschaftspolitische Strategie „Europa 2020“, mit ihren fünf Zielen (z.B. Beschäftigtenquote erhöhen, Armutsquote senken) und Maßnahmen zu einer verstärkten wirtschaftspolitischen Überwachung und Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte sowie Maßnahmen zur Wahrung der Finanzstabilität. Dazu dienen u.a. auf der Ebene der EU neue integrierte makroökonomische Leitlinien und ein reformierter EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), neue Verpflichtungen der Mitgliedstaaten für verbesserte nationale Stabilitätsprogramme und für die zusätzliche Vorlage eines Nationalen Reformprogramms.<sup>1</sup> Schließlich sieht auch ein Verfahren für einen umfassenderen inhaltlichen Dialog zwischen Kommission, EU-Parlament und den Mitgliedsländern, das „Europäische Semester“, eine neue Qualität der Transparenz und Kommunikation vor. Die verstärkte wirtschaftspolitische Überwachung durch die EU soll vor allem den bisherigen Schwächen des SWP entgegenwirken: das sind das wirtschaftliche Auseinanderdriften der Euroländer wegen unbeachtet gebliebener unterschiedlicher Entwicklungen der Produktivität und der Leistungsbilanzen, und die bisher geringe Disziplin mehrerer Staaten zur Einhaltung der stabilitätspolitischen Ziele. Der reformierte SWP sieht schärfere Regeln zur Kontrolle der öffentlichen Haushalte sowie eine neue Vorgangsweise gegen wirtschaftliche Fehlentwicklungen vor.

Während die „Europa 2020“-Strategie bereits 2010 vom Europäischen Rat verabschiedet wurde, konnten wegen der Suche nach Kompromissen die neuen legislativen und prozessverbessernden Maßnah-

men („Sixpack“) erst Ende September 2011 vom EU-Parlament verabschiedet werden<sup>2</sup>. Sie lieferten auch Vorgaben für die nationale Stabilitätspolitik, so zum Österreichischen Stabilitätspakt (BGBl. I 117/2011) vom Dezember 2011, der rückwirkend ab 1.1.2011 in Kraft getreten ist, sowie zum Beschluss über die Schuldenbremse knapp vor Jahresende, mit dem das Bundeshaushaltsgesetz 2013 geändert wurde. Von der Schuldenbremse werden auch die Städte und Gemeinden betroffen sein, wenn auch die konkrete Ausgestaltung und Einbeziehung der kommunalen Ebene erst nach einer Artikel 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern feststehen wird.

## Konsolidierungsanstrengungen und neue Bedrohungen

Grundsätzlich sollen die öffentlichen Haushalte und damit auch die Gemeindehaushalte ab 2017 strukturell ausgeglichen sein. Dies wird auch für die Gemeinden neue Konsolidierungserfordernisse bedeuten. Die aktuelle KDZ-Prognose zu den Gemeindefinzen 2015<sup>3</sup> zeigt, dass trotz Verbesserung der Überschuss der laufenden Gebarung im Jahr 2011 um ein Viertel unter den Vorkrisenjahren liegen wird und bis 2015 ein Rückgang auf die Hälfte der Werte vor 2008 zu erwarten ist. Der finanzielle Spielraum der Gemeinden, insbesondere vieler mittlerer und größerer Städte, bleibt daher weiterhin knapp. Nach einem leicht positiven Maastricht-Ergebnis für 2010 (das in einem hohen Ausmaß durch neuerlich geringere Investitionen erreicht wurde) ist in den nächsten Jahren auf der kommunalen Ebene wieder ein Maastricht-Defizit zu erwarten.

Aus der Schuldenbremse ergeben sich für die Gemeinden neue Bedrohungen durch die Praktiken des Finanzausgleichssystems. So ist im Zeitraum 2006 bis 2010 der Saldo der laufenden Transfers der Gemeinden an/von Träger/n öffentlichen Rechts (insbesondere die Länder) von minus 1,5 Mrd. Euro auf 2,0 Mrd. Euro gestiegen. Dieser verstärkte Mittelabfluss von den Gemeinden (- 525 Mio. Euro) übertraf den Anstieg der Ertragsanteile (+ 465 Mio. Euro). Mit der Schuldenbremse wird sich daher auch künftig der schwere Systemmangel der überproportional steigenden Umlagenbelastung und der überzogenen Umverteilungseffekte für die Städte zu Buche schlagen. Es droht ein weiterer nicht beeinflussbarer Anstieg der Transfers, insbesondere für Gesundheit und Soziales; auch mit weiteren Übertragungen von Aufgaben, ohne entsprechende Gegenfinanzierung (z.B. Lasten aus Kinderbetreuung, die seit 2006 u.a. aufgrund des verpflichtenden Kindergartenjahres, des Gratiskindergartens um rund 75 Mio. Euro gestiegen sind) muss gerechnet werden. Neben dem europäischen „Sixpack“ werden auch die österreichische Schuldenbremse und die im Vorfeld bis 2016 zu schaffende Haushaltskonsolidierung zu beachtlichen finanzpolitischen Auswirkungen – nicht nur für die Städte – führen und neue Herausforderungen für Transparenz und sozialpolitische Balance zeitigen.

## Was bedeuten die neuen Regeln für die nationale Stabilitäts- und Finanzpolitik?

Grundsätzlich bilden die neuen Regelungen eine gemeinsame Priorität in der EU, die Maßnahmen auf allen Ebenen – von



# in Europa – Städte

EU-weit tätigen Organisationen, von den Mitgliedstaaten, ebenso auch von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie von Interessengruppen – erfordert.

Da die bisherige österreichische Stabilitäts- und Haushaltsstrategie von internationalen und nationalen ExpertInnen als zu wenig ambitioniert angesehen wird, muss zunächst eine verstärkte Haushaltskonsolidierung erfolgen – darüber wurde beim Verfassen des Artikels auf Ebene des Bundes gerade verhandelt.

Obwohl die maximalen Defizitquoten des neuen Stabilitätspaktes 2011 gegenüber dem früheren Pakt für die Länder nun realistischer als vorher festgelegt worden sind<sup>4</sup>, bestehen – auf Grund von Daten für 2011 und wegen der schlechten konjunkturellen Aussichten für 2012/2013 – beachtliche finanzwirtschaftliche Risiken, sodass die Stabilitätsbeiträge des neuen Paktes von einem Teil der Länder und Gemeinden in den Jahren 2011, 2012 und 2013 nicht erreicht werden. Weiters besteht ein Risiko darin, dass die noch ausstehende bessere Erfassung und Analyse von Teilen der Landes- und Gemeindefinanzschulden neue Restriktionen verlangen könnten.

Im Sinn der europaweiten wirtschaftspolitischen Strategien wird auch erstmals eine gemeinsame nationale Konsolidierungs- und Wachstumsstrategie ausgearbeitet werden müssen, denn Schuldenabbau allein schafft noch zu wenig neue Wachstumsimpulse. Während die nationalen Stabilitätsprogramme immerhin schon seit einigen Jahren praktiziert werden, sind die nationalen Reformprogramme ein neues Element in der wirtschaftspolitischen Zielsetzungs- und Steuerungsarbeit. Hierfür müssen nicht nur die europäischen Vorgaben berücksichtigt werden, sondern auch wegen der bisher weitgehend unterbliebenen wirtschaftspolitischen Koordinierung selbige zwischen

Bund, Ländern und Gemeinden organisiert werden. Hier gilt es etwa, die seit Jahren stagnierende, teils sinkende Investitionstätigkeit der Gemeinden in bestimmten Bereichen zu überwinden, so im Bildungs- und Pflegebereich und beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Ebenso – man denke an die Divergenzen in der Verkehrspolitik, im Schul- und Kindergartenbau, in der lahmenden Debatte um die Reform der Grundsteuer – erscheint eine Stärkung der Wachstumstreiber und ein Kampf gegen die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen notwendig.

Zu den instrumentellen Verbesserungen gehören das Entflechten der finanzwirtschaftlichen Beziehungen im System des bundes- und landesgesetzlichen Finanzausgleichs und die Ausrichtung des Systems an wirtschafts- und finanzpolitischen Zielen.<sup>5</sup> Länder und Gemeinden müssen auch zu erhöhter Transparenz über alle Schulden und schuldenähnlichen Verpflichtungen und Haftungen beitragen; auch eine verbesserte mittelfristige Ausrichtung ihrer Ausgabenpolitik wäre hilfreich, da die bisherigen mittelfristigen Finanzpläne oft nur Fortschreibungen, ohne strategisch begründete finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen enthalten.

## Dialog ist erforderlich

Es bestehen auch institutionelle Defizite, die nicht nur international kritisiert werden.<sup>6</sup> Die im neuen Stabilitätspakt 2011 vorgesehene verbesserte inhaltliche Haushaltskoordinierung, die Definition verbindlicher Haftungsobergrenzen der Länder für ihren Bereich und für die Gemeinden, ebenso die Koordinationsgremien scheinen bisher zu wenig eingelöst worden zu sein. Zumindest wären in Anlehnung an das Europäische Semester zwei Mal jährlich stattfindende Koordinierungsgespräche rechtlich vorzusehen, wobei nicht nur ein Dialog zwischen Be-

amtInnen samt aktivem Beitrag der Wissenschaft, sondern auch zwischen den Abgeordneten der Bundes-, Länder- und Gemeindeparlamente und den BeamtInnen nützlich wären.

Die bisher ausgebliebenen Bemühungen um eine systemische Reform des Finanzausgleichs (welche bereits im FAG 2008 paktiert wurde) zeigen die strategischen Versäumnisse, nicht nur inhaltlich, sondern auch hinsichtlich wichtiger staatspolitischer Vorhaben: Aufgabenreformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Förderungen sowie Föderalismusreform. Es bleibt zu hoffen, dass die Implementierung der Schuldenbremse diese Bereiche nicht neuerlich ausklammert und so neue Aufgaben- und vor allem Finanzierungslasten der Gemeindeebene überlässt. ■

<sup>1</sup> Den Nationalen Reformprogrammen kommt eine Schlüsselrolle zu, da sie die bisherigen nationalen Stabilitätsprogramme ergänzen und hierbei die wirtschaftspolitischen Ziele und Leitlinien der EU aufgreifen und die jeweiligen nationalen Reformprioritäten aufeinander abstimmen sollen.

<sup>2</sup> siehe Eisl, Sebastian: Das „Sixpack“ der EU. In: ÖGZ 10/2011, S. 12-14.

<sup>3</sup> siehe Gemeindefinanzen 2001 – 2010 In: Staddialog, Schriftenreihe des ÖStB, November 2011, Wien 2011, S. 48.

<sup>4</sup> Diese erlauben für die Länder inkl. Wien für das Jahr 2011 eine maximale Defizitquote von - 0,75 % des BIP für 2012 von - 0,6 %; bis 2014 soll diese auf - 0,5 % des BIP ansteigen. Für die Gemeinden bleibt die Verpflichtung bei 0 % für die Jahre 2011 – 2014. Für den Gesamtstaat sieht der Stabilitätspakt einen jährlichen Abbau von rund 0,5 % des BIP vor.

<sup>5</sup> Siehe Bauer, Helfried; Schratzenstaller, Margit: Ausgewählte Reformerfordernisse im österr. Finanzausgleich. In: Biwald et al. (Hrsg.): Koordinierung der Finanzpolitik im Bundesstaat. Wien 2011, S. 114-131.

<sup>6</sup> Der IMF hat in seinem Österreich-Bericht 2011 bemerkt (S. 47): „There is still room to improve ex-ante co-ordination of budgetary plans and to strengthen the medium-term budgetary planning frameworks. A medium- and long-term fiscal sustainability analysis that becomes an integral and prominent part of the budget planning process at all levels of government would create more awareness of debt dynamics and help with cost pressures in the pension and health systems. It would also be instrumental in deriving medium-term expenditure target paths for crucial expenditure categories.“. Auch der Staatsschuldenausschuss verweist in seinen Empfehlungen 2011 auf eine fehlende „gemeinsame akkordierte Strategie zur Modernisierung des Haushaltswesens.“

# Bürgerbeteiligung 2.0

Nach dem Jahrzehnt des E-Governments im Sinne der elektronischen Unterstützung von Verwaltungsverfahren sollte nun auch in Österreich das Jahrzehnt des E-Governments im Sinne der Transparenz, Partizipation und Kollaboration beginnen. Erste Vorarbeiten wurden zwar geleistet, derzeit gibt aber die Zivilgesellschaft das Tempo vor. Einige Initiativen sollen hier vorgestellt werden.

Mag. Bernhard Krabina, KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung

Österreich hat sich in den letzten zehn Jahren an die Spitze der E-Government-Nationen innerhalb der EU gearbeitet. Das erklärte politische Ziel, die EU-Benchmarks anzuführen, wurde nachhaltig erreicht: Österreich ist seit 2006 an der Spitze der EU-Länder und erreicht 100 Prozent beim Indikator „full online availability (Verfügbarkeit)“ sowie „service sophistication (Online-Reifegrad)“<sup>1</sup>. In Österreich wurde die Fokussierung der Aufmerksamkeit auf das Thema der Online-Services besonders stark betrieben, leider mit dem Effekt, dass andere „E“-Themen wie „E-Participation“ im europäischen Vergleich besonders deutlich zurückliegen. In dieser ersten E-Government-Phase hat man erhebliche Investitionen in IT durchführen müssen, um das Ziel zu erreichen. Die insgesamt eingetretenen Verwaltungsänderungen sind aber eher ausgeblieben, zumeist werden Papierverfahren elektronisch abgebildet.

## Soziale Medien verändern (E-)Government

Ausgelöst durch soziale Medien findet derzeit ein gesellschaftlicher Umbruch statt,



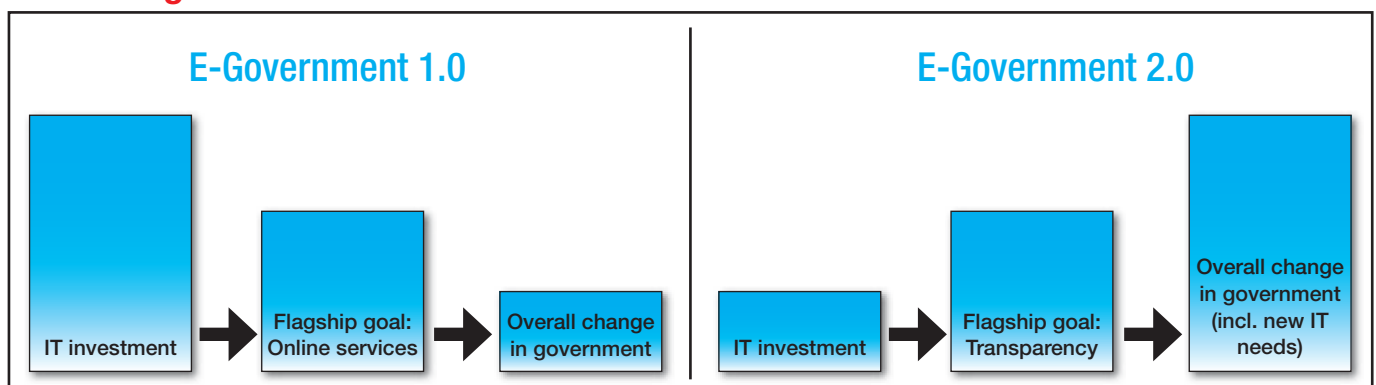
der nicht nur wie im „Arabischen Frühling“<sup>2</sup> Diktaturen betrifft, sondern der auch in Demokratien weitreichende Veränderungen bewirken wird. Die dafür benötigten IT-Investitionen sind sehr gering. Viele Plattformen existieren bereits und können genutzt werden. Das Ziel „Transparenz“ ist also Osimo<sup>3</sup> zufolge wesentlich kostengünstiger zu erreichen und wird wesentlich größere Veränderungen bewirken (siehe Abbildung).

In Österreich fehlen noch deutliche politische Bekenntnisse zu Open Government (der Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft), wie sie etwa in den USA oder Großbritannien erfolgt sind. Bereits seit Längerem existieren Einmahnung von mehr Demokratie und BürgerInnenbeteiligung online wie offline durch ExpertInnen, ebenso wie umfassende vorbereitende Unterlagen<sup>4</sup>. Es fehlt allerdings sehr häufig am politischen Willen, Projekte umzusetzen. Allerdings kommt nun von mehreren unterschiedlichen Seiten deutlicher Schwung in das Thema: die EU setzt Open Government ganz eindeutig auf die politische Agenda<sup>5</sup>, erste Verwaltungen wie die Städte Wien und Linz haben „Offene Daten“ als Grundlage für Transparenz und Partizipation freigegeben und die Zivilgesellschaft organisiert sich mit zahlreichen Initiativen, unterstützt durch soziale Medien. Im Folgenden wird dieser dritte Aspekt intensiver betrachtet.

## Initiativen in Österreich

Die folgende Tabelle listet beispielhaft Initiativen der Zivilgesellschaft in Öster-

## Abbildung: Effekte von IT-Investitionen im E-Government



## Tabelle 1: Beispiele für Initiativen in Österreich

reich auf. Die Beschreibungen entstammen der Eigendarstellung der jeweiligen Plattformen.

Die Tabelle verdeutlicht, dass sich zivilgesellschaftlichen AkteurInnen durch die Nutzung sozialer Medien vernetzen, Initiativen gründen, Finanzierungsmöglichkeiten erschließen und mitunter sogar Verwaltungsdienstleistungen ergänzen oder substituieren.

Gerade auf der Ebene von Städten und Gemeinden werden daher Themen wie Transparenz, Partizipation und Kollaboration – und damit die Eckpfeiler von Open Government – immer mehr an Bedeutung gewinnen. Städte und Gemeinden sollten daher die Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Gesellschaft proaktiv vorantreiben. Das bedeutet, zunächst die Transparenz von Politik und Verwaltung zu erhöhen und in weiterer Folge auch aktiv Beteiligungsprojekte zu starten, die Formen der Online-Beteiligung mit herkömmlichen Partizipationsmodellen verknüpfen. Ein aktuelles Beispiel für Transparenz in Verwaltungsprozessen ist das Projekt „Tirol 2.0“, das alle kommunalen Verfahren der Tiroler Gemeinden in Form ihrer Ablaufprozesse, Online-Formulare und Erledigungsdokumente als Standards öffentlich bereit und mit der Creative-Commons-Lizenz zur freien Nutzung zur Verfügung stellt.

Das Projekt ist für den von A1 initiierten „Open Society Award“ nominiert.<sup>6</sup> Für Beteiligungsprojekte gibt es im In- und Ausland bereits einige Beispiele und Erfahrungen (z.B. BürgerInnenhaushalte), auf die österreichische Städte und Gemeinden zurückgreifen können. ■

<a href="http://www.aktion21.at">www.aktion21.at</a>	Verein zur Wahrung der Interessen der BürgerInnen bei einschneidenden Änderungen in ihrem Umfeld.
<a href="http://www.amtsgeheimnis.at">www.amtsgeheimnis.at</a>	Ziel von Amtsgeheimnis.at ist es, die Informationsfreiheit(srechte) der BürgerInnen gegenüber den Behörden zu stärken, digital wie analog. Amtsgeheimnis.at soll abbilden, welche konkrete Fragen an Behörden unbeantwortet bleiben und aufzeigen, welche Informationen die öffentliche Verwaltung den BürgerInnen immer noch verweigert.
<a href="http://www.buergerplattform.at">www.buergerplattform.at</a>	Die Bürgerplattform stellt eine Schnittstelle zwischen BürgerInnen und den Behörden dar, um eine Beteiligung von BürgerInnen am kommunalen Alltag und sogar am politischen Entscheidungsprozess zu ermöglichen. Mit „Mach mit!“ können BürgerInnen Mängel im öffentlichen Bereich melden.
<a href="http://www.demokratiebegehren.at">www.demokratiebegehren.at</a>	Volksbegehren für mehr Demokratie.
<a href="http://www.diemutbuerger.at">www.diemutbuerger.at</a>	Plattform, um der Bevölkerung Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Meinung zu geben.
<a href="http://gov.opendata.at">gov.opendata.at</a>	Öffentliche Daten (GIS-Daten, Mikrozensus, Volkszählung, Umweltdaten, Verkehrsdaten, Daten versch. NPOs, NGOs, etc.) in menschen- und maschinenlesbarer Form der Bevölkerung und der Wirtschaft frei verfügbar zu machen.
<a href="http://www.idepart.at">www.idepart.at</a>	Das erste kostenfreie, überparteiliche Portal für alle BürgerInnen mit einem politischen Anliegen. Hier kannst du Anliegen online stellen, bekannt machen, Mitinitiatoren suchen und Aktivitäten organisieren.
<a href="http://www.mehr-demokratie.at">www.mehr-demokratie.at</a>	Stärkung der Direkten Demokratie vor allem durch Volksabstimmungen, die die Bevölkerung selber initiieren kann.
<a href="http://www.mehrheitswahl.at">www.mehrheitswahl.at</a>	Neugestaltung des Wahlrechtes in Richtung von mehr Persönlichkeitsorientierung und besserer Mehrheitsbildung.
<a href="http://www.meineabgeordneten.at">www.meineabgeordneten.at</a>	Transparenzplattform, die öffentliche Daten zu allen österreichischen Nationalratsabgeordneten, Mitgliedern des Bundesrats, EU-Abgeordneten und Regierungsmitgliedern beinhaltet.
<a href="http://www.meinparlament.at">www.meinparlament.at</a>	Meinparlament.at bietet interessierten BürgerInnen die Möglichkeit, Fragen an politische Funktionsträgerinnen zu stellen. Die Fragen und Antworten werden mit Stichworten versehen und auf meinparlament.at veröffentlicht.
<a href="http://www.open3.at">www.open3.at</a>	Netzwerk zur Förderung von OpenSociety, OpenGov und OpenData.
<a href="http://www.plattform25.at">www.plattform25.at</a>	Looser Zusammenschluss zahlreicher steirischer Organisationen aus dem Kultur-, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich und tausender Einzelpersonen. Gegründet wurde die Plattform 25 im Februar 2011 als Reaktion auf die angekündigten Kürzungen im steirischen Landesbudget.
<a href="http://www.reformenohnetabu.at">www.reformenohnetabu.at</a>	23 AutorInnen skizzieren in 95 Thesen, in welche Richtung Reformen und Veränderungen für die Zukunftsfähigkeit Österreichs gehen könnten.
<a href="http://www.respekt.net">www.respekt.net</a>	Plattform für gesellschaftspolitisches Engagement; Förderung und Finanzierung von Projekten.
<a href="http://www.ubahnauzug.at">www.ubahnauzug.at</a>	Plattform von Fahrgästen der Wiener Linien zum Melden von Störungen bei Aufzügen und Rolltreppen.
<a href="http://www.verwaltungsreform-jetzt.at">www.verwaltungsreform-jetzt.at</a> <a href="http://www.willwaehlen.at">www.willwaehlen.at</a>	Überparteiliche Initiativen zur Sicherung der Zukunft unseres Landes.

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.bka.gv.at/site/5247/default.aspx> (2012-01-11).

<sup>2</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Arabischer\\_Frühling](http://de.wikipedia.org/wiki/Arabischer_Frühling) (2012-01-11).

<sup>3</sup> Osismo, David: „Benchmarking eGovernment in the Web 2.0 era: what to measure, and how“. In: *European Journal of ePractice* n°4, August 2008. Online in: <http://www.epractice.eu/en/document/287915> (2012-01-11).

<sup>4</sup> Vgl. z. B. <http://www.bka.gv.at/site/6909/default.aspx> bzw. Positionspapier E-Democracy bzw. E-Participation in Österreich: <http://reference.e-government.gv.at/PG-EDEM-E-Democracy-E-Partic.1827.0.html> (2012-01-11).

<sup>5</sup> Vgl. <http://www.opengov2010.be/> (2012-01-11).

<sup>6</sup> Vgl. <http://www.a1award.at/tirol2-0-wiki-%E2%80%93-transparenz-bei-offentlichen-verfahren/> (download 2012-01-11).



# AUS ABFALL WIRD ENERGIE

Sammeln, trennen und vor allem vermeiden: Die Bürgerinnen und Bürger können dazu beitragen, dass die Müllberge reduziert werden. Wien sorgt dafür, dass der unvermeidbare Rest richtig und umweltschonend entsorgt wird. Und wenn es möglich ist, kann aus dem Müll sogar neue Energie gewonnen werden.



Fotos: MA48/Felicitas Matern (1), www.foto-julius.at (1), Wiener Linien (1)



Die Spittelau wird dieses Jahr modernisiert und noch umweltfreundlicher.



875 Millionen Fahrgäste fuhren 2011 mit den Wiener Linien.



Die öffentlichen Dienstleistungen Wiens sind ausgezeichnet und ein Teil der hohen Lebensqualität.

Schnell weggeworfen und schon ist es aus den Augen und aus dem Sinn. Aber was passiert eigentlich mit den Dingen, die wir wegwerfen? Wer holt sie ab, wo kommen sie hin? Wie wird dafür gesorgt, dass wir nicht auf einem Müllberg sitzen oder beim Spaziergehen den Müllsäcken ausweichen müssen? Saubere Straßen tragen wesentlich zum Sicherheitsgefühl und damit zu einem positiven Lebensgefühl bei. Die Aktion „Saubere Stadt“ soll sicherstellen, dass Gehsteige und Straßen weiterhin sauber sind.

Seit Februar 2008 gibt es die WasteWatcher, die mit ihren Kontrolltätigkeiten das Wiener Reinhaltengesetz überwachen. Bei Verschmutzungen können auch Strafen verhängt werden. Eine weitere erfolgreiche Initiative ist das „Sackerl fürs Gackerl“: Über 47.000 Hundekotsackerl mit entsprechendem Inhalt kommen täglich in die Mistkübel Wiens?

#### ORGANISATION IST ALLES

Dass das alles reibungslos funktioniert und der Mist auch regelmäßig abgeholt wird, dafür sorgt das Wiener Entsorgungssystem.

Pro Jahr fällt in Wien rund eine Million Tonnen Abfall an. Das hervorragende Wiener Entsorgungssystem mit hohen Umwelt- und Qualitätsstandards arbeitet nachhaltig und kostengünstig. Zur gut funktionierenden Abfallwirtschaft gehören neben der Abfallentsorgung die Umweltbildung bei Kindern und Erwachsenen, die Formulierung von erfolgreichen Strategien zur Abfallvermeidung, die konsequente Mülltrennung und weitere Services wie etwa die Abfallberatung.

#### ALLE KÖNNEN MITMACHEN

Ganz klar: Jede/Jeder kann etwas tun, um Müll zu vermeiden. Daran erinnert die Stadt auch immer wieder, etwa mit Kampagnen wie „Oida, Trenn“ oder Infobroschüren wie „Bau keinen Mist“. Damit der getrennte Müll aber nicht im Hinterhof landet, gibt es in Wien Mistplätze oder Problemsammelstoffstellen. Hier kann von Altstoffen über Pkw-Reifen bis zu Holz oder Sperrmüll alles entsorgt werden.

#### TECHNOLOGIE FÜR DIE MENSCHEN

Soweit wie möglich werden die Abfälle auch weiterbehandelt. Es gibt verschiedene Anlagen, in denen verwertbare Stoffe zu Energie umgewandelt werden. Ein Beispiel dafür ist „Biogas Wien“: 17.000 Tonnen Bioabfälle werden hier zu sauberer Energie umgewandelt. Das versorgt rund 600 Wiener Haushalte mit Fernwärme. Aus dem Gärrest entsteht im Kompostwerk Lobau wiederum wertvoller Kompost. Noch viel mehr passiert in der Müllverbrennungsanlage Pfaffenau. Aus 250.000 Tonnen Wiener Müll entstehen hier rund 65 Gigawatt-Stunden Strom und 410 Gigawatt-Stunden Fernwärme.

Für die Energieversorgung sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wien Energie verantwortlich. Ob mit Wind, Wald-Biomasse oder Solarenergie – Umweltschutz wird auch hier großgeschrieben. Die Expertinnen und Experten von Wien Energie geben wertvolle Tipps, wie zu Hause Energie gespart werden kann. Dasselbe gilt übrigens auch für alle, die mit den Wiener Linien statt mit dem Auto fahren: Sie sind günstiger und staufrei unterwegs.



## Die EU-Gemeinderäte: Eine erfolgreiche Initiative

In Brüssel können sich die EU-Gemeinderät/e/-innen vor Ort über die Europäische Union informieren (im Bild: Grand-Place de Bruxelles).



**Das Erfolgskonzept der EU-Gemeinderäte bringt die Europäische Union in die Städte und Gemeinden. Berührungspunkte sollen abgebaut und Abläufe transparent gemacht werden.**

Unsere Städte und Gemeinden sind das natürliche Fundament Europas. Viele Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, reichen weit in die Gemeinden hinein. Mit der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ wollen das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die Vertretung der europäischen Kommission in Österreich BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen als Europa-Beauftragte gewinnen und ihnen Wissen, Erfahrung und Kontakte vermitteln, damit die EU auch in der Gemeinde (be-)greifbarer wird.

### Vertrauen muss geschaffen werden

„Gemeinderäte und Bürgermeister setzen sich täglich für die Anliegen der österreichischen Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten und Gemeinden ein. Häufig sind sie auch die erste Ansprechperson, wenn es um Fragen rund um Europa geht. Dabei wollen wir sie mit den Serviceleistungen der Europagemeinderäte-Initiative

bestmöglich unterstützen“, so Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger. Berührungspunkte zwischen „denen in Brüssel“ und den österreichischen Gemeinden sollen abgebaut werden und die Entstehung von EU-Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen erklärt werden. Ein wichtiger Punkt ist außerdem, über Networking AnsprechpartnerInnen für Gemeindefragen auf nationaler und europäischer Ebene zu finden.

Das Angebot besteht aus einem Newsletter, der knapp gefasste Informationen und Fakten zu aktuellen Fragen und vieldiskutierten Themen objektiv aufarbeitet, sowie aus einer Helpline im Außenministerium, die bei Fragen zur Europäischen Union kontaktiert werden kann. Neben Brüsselreisen, die im Jahr 2012 wieder zweimal stattfinden werden, können auch bundeslandspezifische Weiterbildungsangebote in Anspruch genommen werden, die Fragen wie „Wo bekomme ich Hilfe bei Förderanträgen?“ oder „Wie geht es mit dem Euro weiter?“ beantworten. Die Seminare konnten bereits in St. Pölten, Linz und Schladming durchgeführt werden; die nächsten Veranstaltungen werden 2012 in Westösterreich und Wien stattfinden. Sowohl die Brüsselreisen als auch die EU-Gemeinderät/e/-innen-Seminare

werden durch Mittel der Europäischen Union im Rahmen der Europapartnerschaft finanziert.

### Ein zukunftsweisendes Programm

Der Erfolg der Initiative spricht für sich, denn bereits über 200 BürgermeisterInnen und Gemeinderät/e/-innen aus allen politischen Lagern und Bundesländern profitieren von den Services innerhalb der Initiative. Dass die EU-Gemeinderät/e/-innen aber auch auf der europäischen Ebene bereits als Vorbild für die EU-Öffentlichkeitsarbeit gehandelt werden, bewies die Vorstellung der Initiative als Best-Practice im Oktober 2011 in Brüssel.

#### INFOS:

Interessierte Gemeinderät/e/-innen und BürgermeisterInnen können sich im Außenministerium über die Initiative informieren:  
Mag. Arnold Obermayr M.A.  
Leiter des Referates für EU-Kommunikation  
Abteilung I.3 - Presse und Information  
Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten  
Minoritenplatz 8, 1014 Wien  
Tel: +43 (0) 501150-3997  
Fax: +43 (0) 501159-3997  
[www.bmeia.gv.at](http://www.bmeia.gv.at)



## URBAN PLUS: Grenz-geniales EU-Projekt nützt Stadt und Umland

EU-Strukturfonds fördern in der Stadtregion Graz interkommunale Partnerschaften. Gemeinsam werden so unter Koordination der Stadtbau-  
direktion Graz regional wirkende Projekte für bislang 7,66 Mio. Euro, davon 2,35 Mio. Euro aus EU-Mitteln, umgesetzt.

Was haben auf den ersten Blick so unterschiedlich wirkende Einrichtungen wie ein Generationenpark in Hausmannstätten (siehe Foto), ein Skatepark in Graz-Liebenau und der Haltestellenausbau für regionale Buslinien gemeinsam? Sie alle wurden wie zahlreiche andere innovative Projekte mit Unterstützung des EU-Projektes URBAN PLUS verwirklicht und bringen so der Stadt Graz und ihrem südlichen Umland gemeinsamen Nutzen.

Hinter der Bezeichnung URBAN PLUS steht einer von zehn Förderungsbereichen des EU-Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007-2013“, das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert und vom Land Steiermark verwaltet wird.

### Unterstützung für die Stadtregion

Das stadtgrenzenübergreifende Förderungsgebiet umfasst die vier südlichen Grazer Stadtbezirke St. Peter, Liebenau, Puntigam und Straßgang sowie die daran angrenzenden

Gemeindekooperationen GU-SÜD und GU 8, bestehend aus insgesamt 16 Umlandgemeinden mit einer Größe von jeweils 1.000 bis 7.000 EinwohnerInnen. Insgesamt leben im URBAN-PLUS-Gebiet aktuell über 100.000 Menschen.

URBAN PLUS fördert innovative Projekte in folgenden vier Themenbereichen:

- Integrierte, stadtgrenzenübergreifende Standortentwicklung zur Vorbereitung einer vorausschauenden, koordinierten Entwicklung des Gesamttraumes
- Verkehrs- und Mobilitätsmaßnahmen im Schnittstellenbereich Stadt-Umland
- Grünraumentwicklung, Naherholung und ökologische Ausgleichsmaßnahmen
- Lokale Partnerschaften zur Verbesserung der Qualität als Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum

Die Projekte können von den genannten Gemeindekooperationen oder Einzelgemeinden sowie Abteilungen der Stadt Graz beantragt werden. Eine wertvolle Unterstützung bei der Projekteinreichung und -umsetzung erhalten die Gemeinden durch das „Regionalmanagement Graz & Graz-Umgebung“.

Pflichtkriterien für eine Projektförderung sind eine Projektkooperation zwischen der Stadt Graz und einer Gemeindekooperation bzw. einzelnen Umlandgemeinden, positive Projektauswirkungen sowohl für

Stadt als auch Umland sowie die Übereinstimmung mit etwaigen übergeordneten Planungen auf regionaler Ebene.

Insgesamt stehen 2007 bis 2013 dafür rund 2,79 Mio. Euro an Fördermitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Bei einer Maximalförderquote von 50% werden diese durch die beteiligten Kommunen sowie durch Landes- oder Bundesmittel in mindestens derselben Höhe vor- und kofinanziert.

### Erfolgreiche Abwicklung von Projekten

Bereits erfolgreich abgeschlossen sind Vorhaben wie der Bushaltestellenausbau für Regionalbuslinien, die Errichtung eines Generationenparks in der Marktgemeinde Hausmannstätten oder eines Skateparks im Grazer Bezirk Liebenau. Auch innovative kleinräumige Verkehrskonzepte oder Studien zum PendlerInnenverhalten in der Stadtregion konnten realisiert werden. Aktuell in Durchführung befindet sich unter anderem das Shared-Space-Projekt der Marktgemeinde Feldkirchen. Ein gemeinsames Hochwasserschutzprojekt der Stadt Graz mit den Nachbargemeinden Raaba und Grambach steht kurz vor dem Start.

In Zukunft gibt es in der Stadtregion verstärkt einen interkommunalen Dialog in Regionalentwicklungsfragen.



### INFOS:

[www.urbanplus.at](http://www.urbanplus.at), [www.innovation.steiermark.at](http://www.innovation.steiermark.at)  
Verwaltungsbehörde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 14 - Wirtschaft und Innovation, Dr. Gerd Gratzer ([innovation@stmk.gv.at](mailto:innovation@stmk.gv.at))  
Verantwortliche Förderungsstelle:  
Stadt Graz, Stadtbauverwaltung, Referat für EU-Programme und internationale Kooperation  
DI Gerhard Ablasser ([gerhard.ablasser@stadt.graz.at](mailto:gerhard.ablasser@stadt.graz.at))  
Mag. Christian Nußmüller ([christian.nussmueller@stadt.graz.at](mailto:christian.nussmueller@stadt.graz.at))

### Achtung Terminänderung!

Artikel Governance-Plattform aus der Ausgabe 2/2012: Das Modul 1 des Lehrgangs Lebensqualität findet von 7. bis 10. November 2012 in Bratislava statt!

### Gesundheitspreis der Stadt Wien

Im Wappensaal des Wiener Rathauses wurde am 14. Dezember 2011 der Gesundheitspreis der Stadt Wien 2011 von Landtagspräsidentin Marianne Klicka überreicht.

Dieser Ideen- und Projektwettbewerb feierte sein 16-jähriges Bestehen. Seit 1996 wurden über 1.170 Projekte eingereicht, 232 wurden ausgezeichnet und mit insgesamt 245.000 Euro dotiert. 2011 wurden 69 Projekte eingereicht; die Einreicher waren Privatpersonen, Vereine, Gesundheitsinitiativen, wissenschaftliche Institutionen, Krankenhäuser, Betriebe und Schulen.

#### Hauptziel des Wettbewerbs ist:

- Leistungen im Gesundheitswesen zu würdigen;
- Die Motivation der Beschäftigten zu fördern;
- Neue Anregungen auf die Fragen und Probleme im Gesundheitswesen zu finden.

Nach dem Modell des Gesundheitspreises der Stadt Wien werden mittlerweile in Linz, Klagenfurt, Tulln und Bruck an der Mur ähnliche Wettbewerbe ausgeschrieben. Die Siegerprojekte in den einzelnen Kategorien sind:

#### „Ambulant“

Muttersprachliche Diabetes-Schulung türkischer PatientInnen mit Gestationsdiabe-

tes und Diabetes mellitus Typ II, eingereicht von Prim. Univ.-Prof. Dr. Peter Fashing und Dr. Kadriye Aydinkoc-Tuzcu, Wilhelminenspital, 5. Med. Abteilung. Kurzbeschreibung: Zahlreiche türkischsprachige PatientInnen mit Diabetes mellitus weisen Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache auf. Da gerade in der Therapie des Diabetes mellitus, besonders in der vulnerablen Phase der Schwangerschaft, Wissensvermittlung bezüglich der Erkrankung und Schulung im gesunden Lebensstil von zentraler Bedeutung sind, ist die Gewährleistung einer optimalen Kommunikation zwischen Betreuungsteams und PatientInnen unabdingbar.

#### „Stationär“

SIM-Baby Donauspital, eingereicht von Univ.-Prof. Dr. Walter Klimscha und Team, SMZ-Ost. Kurzbeschreibung: Übernommen von der Luftfahrt stellt das Training des Managements von Akut-Situationen am Simulator eine neuartige und sehr effiziente Form der Aus- und Weiterbildung des medizinischen Personals dar. Der Simulator hat die Größe und das Aussehen eines etwa einjährigen Kindes, kann sich bewegen, und schreit wie ein Baby. Die Anästhesie- und Intensivabteilung des Donauspitals hatte mit der Markteinführung des SIM-Babys den Wunsch, das kinderanästhesiologische und kinderintensivmedizinische Wissen der Abteilung in Kursform zu vermitteln.

#### „Gesundheitsförderung und Prävention“

„Gesund kochen und appetitanregend präsentieren“, eingereicht von Ingo Tauber, Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser. Kurzbeschreibung: In Zusammenarbeit mit dem Pflegepersonal und diätetisch geschulten KöchInnen entstand ein neuer Zugang zur Präsentation von gemixter Kost. Durch verschiedene spezielle

kochtechnische Verfahren wird das gewählte Menü zubereitet, werden die Komponenten separat gemixt und wieder in die ursprüngliche Form gebracht. Dem/Der Patient/en/-in wird folglich ein Gericht serviert, welches augenscheinlich wie das gewählte Menü aussieht, sich aber durch die breiige Konsistenz leicht schlucken lässt. Somit ist es dem Pflegepersonal möglich, dem Patienten die gesamte Auswahl der Menüs anzubieten.

#### „Schule/Jugend“

„Stop (Cyber-) Mobbing@ibc-“, eingereicht von Mag.<sup>a</sup> Susanne David, International Business College. Kurzbeschreibung: Am International Business College, einer Schule mit ca. 1.700 SchülerInnen und 140 Lehrkräften, gibt es seit dem Sommersemester 2011 einen Schwerpunkt, um Mobbing im Internet zu verhindern. LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen wirken an diesem Programm mit. In der Kategorie „Medien/Öffentlichkeitsarbeit“ wurden drei Anerkennungspreise vergeben.

#### Das Netzwerk Gesunde Städte tagt im März 2012 in Wien

Wien ist der Schauplatz der nächsten Netzwerk-Veranstaltungen. Am 29. März 2012 steht die 57. Ausschusssitzung auf dem Programm.

Neben dem Erfahrungsaustausch zwischen den Städten und der Präsentation des Gesundheitspreises der Stadt Wien 2011 gibt es einen Überblick über die bisherige Tätigkeit des Netzwerks, das heuer sein 20-jähriges Bestehen feiert. Aus diesem Anlass wirkt auch das deutsche Gesunde Städte-Netzwerk mit und wird seine Struktur, Organisation und Arbeitsschwerpunkte präsentieren.

Nächster Programmpunkt ist ein Symposium am Freitag, den 30. März 2012. Es ist dem Schwerpunktthema „Aktiv im Alter und solidarisches Verhalten zwischen den Generationen“ gewidmet. Neben Impulsreferaten werden Modellprojekte aus Hamburg, Köln, München und Wien präsentiert.



Landtagspräsidentin Marianne Klicka überreicht Univ.-Prof. Dr. Walter Klimscha und seinem Team die Urkunde für den Gesundheitspreis der Stadt Wien 2011.

Peter Lüftenegger

## AUS DEM STÄDTEBUND

## Fachausschuss für Verkehrsangelegenheiten: Die Nutzung des öffentlichen Straßenraums verbessern

Als Auftakt des am 17. und 18. November in Wien tagenden Ausschusses wurde das von der stellvertretenden Vorsitzenden Frau Vizebürgermeisterin Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou in ihrer Funktion als Stadträtin für Verkehr propagierte Konzept der „Fahrradfreundlichen Straße“ von Herrn Ing. Berger (MA 18) präsentiert.

Die Idee und die zugrunde liegenden Studien entstanden als – sich im Rahmen der Straßenverkehrsordnung (StVO) bewegende – Antwort auf die im Laufe des Begutachtungsverfahrens aus dem Entwurf der 23. StVO-Novelle wieder ausgeschiedene „Fahrradstraße“. Der StVO-konforme Wiener Ansatz wurde von den Mitgliedern des Ausschusses in Anwesenheit eines Vertreters des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), Dr. Wilhelm Kast, sowie Dr. Kaltenecker vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) rege diskutiert.

### Mehr „Shared Space“ im öffentlichen Raum

Weiters wurde gegenüber dem Vertreter des BMVIT die Bedeutung der Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung von Begegnungszonen (BZ) erläutert, deren grundlegender Ansatz aus den Medien durch „Shared Space“-Pilotprojekte bekannt ist, und die eine effizientere und gleichzeitig gemeinschaftlichere Nutzung des öffentlichen Straßenraums für alle VerkehrsteilnehmerInnen zum Ziel haben. Eine weitere Behandlung der Themen „Fahrradstraßen“ und „Begegnungszone“ erfolgte schließlich bereits im Dezember 2011, nachdem das BMVIT unter anderem VertreterInnen des Städtebundes zu einer Besprechung ins Verkehrsministerium eingeladen hatte, die durchaus erfolgreich verlief.

Die sensible Frage der Befristung von Behindertenausweisen wurde ebenfalls thematisiert. Die Rücklaufquoten nicht mehr benötigter Ausweise sind äußerst gering und somit bestehen laufend Unsicherheiten

im Hinblick auf die Bereitstellung von öffentlichem Raum in Form von für Behinderte reservierten Stellplätzen, wo diese oft gar nicht mehr benötigt werden. Eine Änderung der Befristungsbestimmungen ist für die Städte die Voraussetzung dafür, effizientes Stellplatzmanagement im knappen, öffentlichen Raum betreiben zu können.

### Im Kampf gegen den Schilderwald erfolgreich

Der Bericht von Herrn Ing. Redl, Stadtrat aus Langenlois, über die „Durchforstung des Schilderwaldes“ führte allen Anwesenden die Auswüchse der Regulierung des öffentlichen Raumes durch notwendige und nicht notwendige Verkehrsschilder sehr bildlich vor Augen. Die Aktion vom Sommer 2011 mündete für Langenlois in der Demontage von erfreulichen 22 % nicht benötigter Verkehrszeichen. Die Bevölkerung zeigte durch rege Beteiligung ihr Interesse an derartigen Aktionen. Im Rahmen der Untersuchung wurde auch



Platz für alle: „Shared Space“-Pilotprojekte.

die in der 23. StVO-Novelle neu geschaffene Möglichkeit, Halte- und Parkmöglichkeiten nur durch Bodenmarkierungen ohne zusätzliche Beschilderung zu kennzeichnen erstmals überlegt. Diese Regelung war ebenfalls Thema des Ausschusses, weil die praktische Umsetzung noch einige Unsicherheiten (fehlende Aktualisierung der Bodenmarkierungsverordnung) und Probleme (Sichtbarkeit bei Schneebelag) mit sich bringt. Frau Dipl.-Ing.<sup>in</sup> Stephanie Schwer lieferte ein Update zum

Verhandlungsstand bezüglich der Geschwindigkeitsmessung durch die Kommunen. Nachdem der lange vorverhandelte Entwurf zur 25. StVO-Novelle wieder auf Widerstand stieß, kam es zu einer neuerlichen Verhandlungsrunde zwischen Kommunen, Ländern und dem Ministerium. Endgültige Ergebnisse stehen noch aus.

Herr Dipl.-Ing. Dorner, MA 18, präsentierte die Ergebnisse der aktuellen Kordonenerhebung der PGO. Eine interessante Grundlage für die zukünftige Abbildung dieser Ergebnisse stellt die derzeit in Aufbau befindliche Graphenintegrationsplattform „Gip.at“ dar, die zukünftig einer integrierten Verkehrsverwaltung für die Bereiche Verkehrsplanung, Verkehrsbehörde, Straßenerhalter, Verkehrszeichen, Betrieb, Verkehrsüberwachung dienen soll; berichtet wurde auch von Herrn Dipl.-Ing. Rainer Haselberger, MA 14 (IKT).

### Mehr Geld für den öffentlichen Verkehr

Vom Leiter des Dezernats Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr des Deutschen Städtetags, Herrn Beigeordneten Folkert Kiepe, wurden in anschaulicher Weise neue Finanzierungsinstrumente für den Öffentlichen Personennahverkehr dargestellt, über die er in diesem Heft eingehend berichtet (siehe S.35). Zuletzt berichtete Herr Dipl.-Ing. Andreas Rauter, VOR, über die geänderten und teils neuen Regelungen bezüglich Verkehrsdienstleistungen, gemeinwirtschaftlichen Leistungsverträgen und der Besteuerung bestellter Leistungen.

Die VertreterInnen der Verkehrs(planungs)abteilungen wurden schließlich mit den Tücken des Verkehrs konfrontiert, nachdem ein Unfall die Fahrt mit einer Oldtimer-Tramway vereitelte. Erst das Umsteigen in die bewährte Wiener U-Bahn ermöglichte schließlich die rechtzeitige Besichtigung der Wiener U-Bahn-Leitstelle, des Straßenbahnmuseums und der Baustelle des neuen Wiener Hauptbahnhofs.

Melanie Lutz



## WasserApp: Villach hat für ihre Bürgerinnen und Bürger die Nase vorn – weltweit

**Neue WasserApp: Die Stadt Villach nützt für ihre Bürgerinnen und Bürger als erste Stadt weltweit ein ganz neues Serviceangebot.**

Übers Smartphone und die Gratis-Wasser-App können jetzt die Villacherinnen und Villacher ihren Wasserzählerstand direkt ins städtische Wasserwerk fließen lassen. Das System wird weltweit erstmals angewandt. Die Stadt Villach hat damit auch

hier wieder die Nase vorn – zum großen Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger!

### Sensationelles neues Serviceangebot

„Dieses Serviceangebot für unsere Bevölkerung ist sensationell! Wer ein Smartphone hat, kann sich die WasserApp kostenfrei aufs Smartphone laden, mit einem Klick den Wasserstand ablesen und dann die Daten komfortabel direkt ans Wasser-

werk übermitteln. Auch dieser elektronische Amtsweg ist jetzt für die Bürgerinnen und Bürger überaus einfach und unkompliziert zu erledigen“, freut sich Wasserwerk-Referentin Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Hilde Schaumberger.

### Smarte Städte denken mit und schaffen Nutzen

Villach ist über eine Reihe von bereits eingeleiteten Maßnahmen bekanntlich





## AUS DEM STÄDTEBUND

auf direktem Weg zur Smart City. Schaumberger: „Smarte Städte denken mit, übernehmen die sich bietenden neuen Hightech-Möglichkeiten und schaffen damit Nutzen für die Wasserbezieher und Wasserbezieherinnen. Villach positioniert sich mit dieser Einführung wiederum als innovative und überaus bürgernahe Stadt.“

Die Villacher WasserApp wurde von der Symvaro GmbH ([www.symvaro.com](http://www.symvaro.com)), Klagenfurt, entwickelt und wird jetzt erstmals gemeinsam mit der Stadt Villach umgesetzt. „Diese WasserApp gibt es weltweit noch nirgends. Villach ist damit

die erste Stadt, die dieses System für die bequeme Ablesung des Wasserzählerstandes nutzt und dazu kostenfrei zur Verfügung stellt“, betont Geschäftsführer Dipl.-Ing. Rudolf Ball.

### Wasserzähler auf dem Smartphone

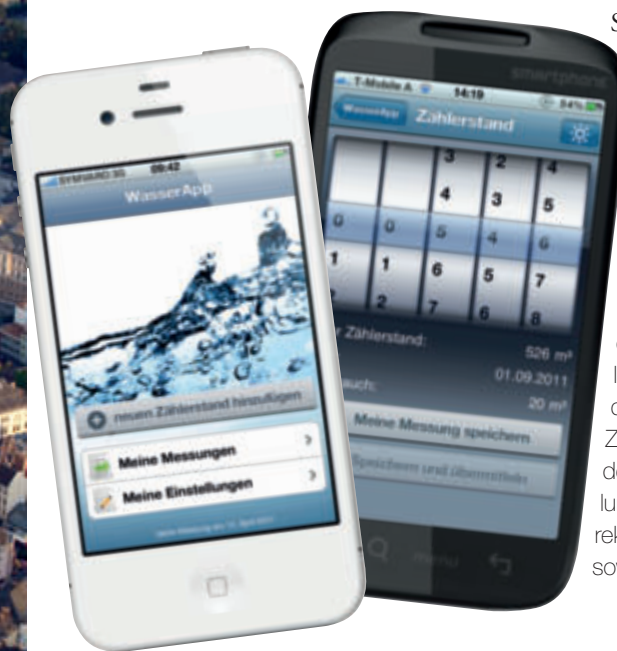
Der Wasserzähler auf dem Smartphone: Der Startbildschirm der Applikation ist sehr übersichtlich angeordnet. Die BürgerInnen haben die Möglichkeit, einen neuen Zählerstand hinzuzufügen, die eigenen Messungen zu beobachten oder auch die eigenen Einstellungen zu definieren beziehungsweise zu ändern. Die Hauptfunktion der WasserApp ist jedoch das Erfassen der Wasserstände. Nach Übermittlung – erstmals seit Beginn der Ableseperiode/Jänner 2012 möglich – erhält der/die Absender/-in direkt in der App eine Rückmeldung sowie eine E-Mail-Bestätigung.

### Wasserverbrauch auf einen Blick

Darüber hinaus werden auf einfache und überschaubare Weise die gemessenen Wasserstände als Liste und Graphik dargestellt, und es ist für die Wasserbezieherinnen auf einen Blick erkennbar, wie sich der Wasserstand entwickelt. Nachdem bereits 35 Prozent der ÖsterreicherInnen ein Smartphone nutzen, sind ExpertInnen der Meinung, dass der künftige kommunale Hauptkanal zu den Bürgerinnen und Bürgern auf absehbare Zeit dieses Kommunikationsgerät mit seinen interaktiven und dialogfördernden Möglichkeiten sein wird.

### Bis jetzt ein großer zeitlicher Aufwand

Das Ablesen des Wasserzählerstandes, das Übermitteln per Fax, Telefon oder Formular sowie die Auswertung der Daten stellen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Stadt einen zeitlichen Aufwand dar, der in Villach für Smartphone-Anwender seit Anfang 2012 Geschichte ist.



Der Wasserzähler auf dem Smartphone: Der Startbildschirm der Applikation ist sehr übersichtlich angeordnet. Die Hauptfunktion der WasserApp – neben einigen Zusatzfunktionen – ist das Erfassen der Wasserstände. Nach Übermittlung erhält der/die Absender/-in direkt in der App eine Rückmeldung sowie eine E-Mail-Bestätigung.

#### INFOS: [www.wasserapp.com](http://www.wasserapp.com)

Wie kommen die BürgerInnen zur WasserApp?

Im AppStore nach „wasser“ suchen oder direkter Link auf [www.wasserapp.com](http://www.wasserapp.com): In der Applikation wird unter „Einstellungen“ auf die Stadt Villach geklickt und die Hausdaten sowie E-Mail-Adresse (für Bestätigung) eingegeben. Sobald dann die Ableseperiode beginnt, erhält der/die Bürger/-in direkt aufs Smartphone die betreffende Nachricht. Über die Applikation wird der Wasserzählerstand erfasst und an unsere Stadt übertragen. Die Daten werden unkompliziert, einfach und schnell ins Abrechnungssystem übernommen. Die HauseigentümerInnen sparen sich dabei viel Zeit.

Nähere Informationen: Wasserwerk, Telefon 04242/205-6100.

## Wer seine Bäume schützt, schützt sich selbst

**Bäume stellen beträchtliche Werte dar. Um diese Werte zu erhalten und die Verkehrssicherheit der Bäume zu garantieren, bedarf es fachgerechter Schutz- und Kontrollmaßnahmen. Die neue ÖNORM gibt die Richtlinien vor.**

Wie Bäume kontrolliert werden müssen, welche Maßnahmen zum Baumschutz zielführend sind und wie diese Maßnahmen fachgerecht durchzuführen sind, regelt die ÖNORM L1122:2011. Detaillierte Informationen über die Neufassung der Regelung und Inhalte der ÖNORM lieferte Ing. Martin Steinbauer, Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Baum, im Rahmen der Fachausschuss-Sitzung für Stadtgärten am 23. September 2011 in Graz. Insbesondere unterstrich Steinbauer den Sinn und Nutzen der ÖNORM für Planer, ausführende Unternehmen und Bauherren: So müssen projektgemäße Lösungen ausführungsgerecht gestaltet und umgesetzt und Pflegemaßnahmen dem Stand der Technik entsprechend durchgeführt werden. Leistungen zur Vermeidung von Verkehrsunsicherheit durch Bäume sollen damit standardisiert und die Vergleichbarkeit von

Angeboten verbessert werden. Die eben erschienene, technisch überarbeitete, ÖNORM L1122:2011 ersetzt die ÖNORM aus dem Jahr 2003. Die wesentlichen Änderungen betreffen die Erfordernisse der Befundung, Arbeiten im Wurzelbereich, Installationen in Bäumen, Kronensicherungen und Kronensicherungssysteme.

### Verkehrsunsicherheit mit entsprechenden Vorkehrungen vermeiden

Außer zur Erhaltung der monetären und ideellen Werte von Bäumen ist die ÖNORM besonders für das Thema „Verkehrssicherheit“ wichtig. Schließlich ist jeder Grundeigentümer für Schäden verantwortlich, die durch seine Bäume verursacht werden. War die Verkehrssicherheit der schadenverursachenden Bäume nicht gegeben, können umfassende Strafen und Schadenersatzforderungen folgen. Es muss also im Interesse jedes/jeder Grundeigentümer/s/-in bzw. des ihn vertretenden Immobilienverwalters liegen, darauf zu achten, ÖNORM-gerecht handelnde Fachbetriebe zum Baumschutz und zur Baumkontrolle einzusetzen. In diesem Zusammenhang stellte Martin

Steinbauer auch die entsprechende, neue Baumkataster-ÖNORM 1125:2011 zur Festlegung der Anforderung und Inhalte von Baumkatastern vor.

### Neue ÖNORM für Baumkataster

„Baumkataster sind elektronische Managementinstrumente für Baumbestände. Durch eine systematische Dokumentation des physiologischen Zustandes von Bäumen, aber auch der gesetzten Maßnahmen am Baum oder im Baumumfeld ermöglichen sie die nachweisliche Überwachung der Verkehrssicherheit und der Baumgesundheit und im Schadenfall eine entsprechende Beweisführung“, erläutert Steinbauer. Insbesondere für Eigentümer und Verwalter größerer Baumbestände (oder Baumbeständen an mehreren verschiedenen Standorten) eignen sich ÖNORM-gerechte Baumkataster zur Überwachung und Maßnahmenplanung des gesamten Baumbestandes.

Der Gesundheitszustand jedes im Baumkataster erfassten Baumes ist jederzeit auf Knopfdruck abrufbar, ebenso wie Größe, Alter, Zustandsentwicklung, nächster Kontrolltermin und vieles mehr.

### Eine Risikominimierung ist trotz unabsehbarer Umwelteinflüsse möglich

Auch fachgerechter Baumschutz und Baumkontrolle und der Einsatz eines Baumkatasters können bei außerordentlichen Ereignissen wie Starkwind, hoher Schneelast oder Hochwasser keine absolute Zuverlässigkeit hinsichtlich Standort- und/oder Bruchsicherheit bieten. Aber das Risiko, dass etwas passiert, kann minimiert und ein höchstmögliches Maß an Selbstschutz erzielt werden.

#### INFOS:

Ing. Martin Steinbauer, Arbeitsgruppe Baum,  
1040 Wien, T: +43-1-505 56 12,  
E-Mail: office@agb.at, www.agb.at





## AUS DEM STÄDTEBUND



## Fachausschuss für Gewerberecht in Klagenfurt

Unter dem Vorsitz von Magistratsdirektor Dr. Horvath hielt der Fachausschuss für Gewerberecht und Gewerbeteknik am 5. und 6. Oktober 2011 in Klagenfurt seine 50. Sitzung ab.

Bürgermeister Christian Scheider begrüßte die Mitglieder des Fachausschusses sehr herzlich in der Kärntner Landeshauptstadt.

Themen des Fachausschusses waren u.a. individuelle Befähigungen, die Standortüberprüfung bei der Gewerbeanmeldung, Musikanlagen ohne Genehmigung, Photovoltaik-Anlagen bei gewerblichen Betriebsanlagen, die Beurteilung von Lichtmissionen, die Genehmigung von Heizanlagen, anonyme Anzeigen, Amtsmissbrauch, die Anfragehäufigkeit im Binnenmarkt-Informationssystem und die Nichtraucherchutz-Problematik.

Nach einem umfassenden Erfahrungsaustausch im Zuge der offiziellen Sitzung konnten sich die TeilnehmerInnen bei einem Abendessen im Gasthaus „Landhaushof“ schließlich den informellen Gesprächen widmen.

Die nächste Sitzung des Fachausschusses für Gewerberecht und Gewerbeteknik findet am 11. und 12. April 2012 in Graz statt.

Sabine Marchart



## Neue Effizienz auf vier Rädern.

Copyright © 2011 Husqvarna AB (publ). Alle Rechte vorbehalten.



### HUSQVARNA P 525D

Kubota Dieselmotor – Allradantrieb – Optional mit 132 oder 155 Combi-Mähdeck

### DER NEUE RIDER FÜR KOMPLEXE GROSSFLÄCHEN.

Der dieseltreibene Husqvarna P 525 D Frontmäher mit Combi-Mähdeck für Mulchen und Heckauswurf bringt Produktivität in die Grünflächenpflege. Sein kompaktes Design und die praktische Hinterachslenkung sorgen für hohe Wendigkeit und einen außergewöhnlich kleinen Wendekreis, der vor allem auf schwierigen Gelände mit vielen Hindernissen von Vorteil ist. Das umfangreiche Zubehör macht den P 525 D zu einer ganzjährig einsetzbaren Maschine.


  
**Husqvarna®**

WERBUNG

## Fachausschuss für Umwelt: Zukünftige Förderung der Siedlungswasserwirtschaft nicht gesichert!

Seit 1993 ist auf Basis des Umweltförderungsgesetzes das BMLFUW ermächtigt, jährlich Förderungen mit einem genau angegebenen Barwert (Zusagerahmen) zu gewähren.

Dieser Zusagerahmen wird in den FAG-Verhandlungen fixiert und die Auszahlung an die FördernehmerInnen erfolgt dann über einen Zeitraum von 28 Jahren. Die für die Auszahlungen erforderlichen liquiden Mittel werden zum Fälligkeitstermin von den FAG-Partnern etwa im Verhältnis 70 (Bund) : 16 (Länder) : 14 (Städte und Gemeinden) zur Verfügung gestellt. Das heißt, dass selbst bei einem sofortigen Förderungsstopp die FAG-Partner noch 28 Jahre Mittel zur Verfügung stellen müssten.

Wie bei der letzten Sitzung des Umweltausschusses in Wien von Frau DDr.<sup>in</sup> Dorith Breindl dargestellt, wurde der Zusagerahmen seit 2005 nicht voll ausgeschöpft. So blieben z.B. im Jahr 2009 16,5 Millionen Euro über. Dies war wohl auch der Grund, warum der Zusagerahmen von der Bundesregierung um 275 Millionen Euro reduziert wurde. Somit stehen im Zeitraum 2010-2013 maximal 355 Millionen Euro zur Verfügung. 2010 und 2011 gab es einen Zusagerahmen von maximal 130 Millionen Euro, 2012 werden nur noch maximal 95 Millionen Euro zur Verfügung stehen und für 2013 steht ein allfälliger Restbetrag von rund 10 Millionen Euro aus der Wiederausnutzung bereit. In Summe rechnet Frau Breindl für 2013 mit einem Zusagerahmen von maximal 20 bis 25 Millionen Euro.

Dies macht eine Prioritätensetzung notwendig, wobei Kostenerhöhungen und die Förderung von Einzelanlagen von BürgerInnen (Brunnen im ländlichen Bereich; diese werden mit ca. 3.000 Euro pro BürgerIn gefördert) berücksichtigt werden müssen.

Für das Jahr 2014 gibt es bis dato keinen Zusagerahmen, da bei der Fortschreibung

des FAG um ein Jahr das Umweltförderungsgesetz nicht novelliert wurde. Eine solche Fortschreibung ist aber notwendig, da auch Vorlaufzeiten zu berücksichtigen sind. Für die Jahre ab 2015 wird der jährliche Zusagerahmen in den nächsten FAG-Verhandlungen festgelegt werden müssen. Als Vorbereitung dafür wird von Seiten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft heuer eine Investitionskostenerhebung durchgeführt. Es ist geplant, diese im April 2012 mit einer Rückmeldefrist vor dem Sommer auszusenden.

### Sanierungsraten auf extrem niedrigem Stand

Frau Breindl machte zudem darauf aufmerksam, dass Kläranlagen, Kanäle und Trinkwasserversorgungsanlagen teilweise mehr als 50 Jahre alt sind und der Wartung sowie den Sanierungsarbeiten vielfach nicht die erforderliche Bedeutung zugemessen wird. Die Folge sind vermehrte Leckagen und damit verbundene Probleme, wie z.B. Rohrbrüche, Grundwasserbelastungen oder Fremdwasser in Kläranlagen. Bei einem Anlagenbestand von 88.000 km öffentlicher Kanal und der Annahme einer 50-jährigen Lebensdauer müssten 1.760 km pro Jahr saniert werden. Im Jahr 2010 betrug die tatsächlich sanierte Kanallänge allerdings nur 58 km! Sollte es nicht gelingen, die Sanierungsrate drastisch zu erhöhen, müsste die Lebensdauer der Kanäle mit 1.517 Jahren angesetzt werden. Dies ist aber vollkommen unrealistisch! Im Bereich der Trinkwasserversorgung ist die Sanierungsrate deutlich besser, da Gebrechen leichter auffallen.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge ist aber auch künftig die Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser und die ordnungsgemäße Entsorgung der anfallenden Abwässer zu sozial verträglichen Preisen sicherzustellen.



### Herausforderungen der Zukunft

Die Herausforderungen für die Siedlungswasserwirtschaft liegen im Detail in der Ver- und Entsorgung des ländlichen und städtischen Raumes sowie in der Werterhaltung durch Wartung, Instandhaltung und Sanierung des bestehenden Anlagenbestandes. Weiters sind die Auswirkungen der demografischen Entwicklung und des Klimawandels zu berücksichtigen. Auch ein verstärktes Bewusstmachen des Wertes der erbrachten Leis-



## AUS DEM STÄDTEBUND

Moderne Kläranlagen (im Bild Anlage Simmering) reinigen in mehrstufigen Verfahren das Abwasser.



www.picturedesk.com

tung und deren Kosten, sind in Zukunft verstärkt zu kommunizieren. Die Sicherstellung der Finanzierbarkeit dieses Bereiches der Daseinsvorsorge hat durch die Bereitstellung der erforderlichen Förderungsmittel und die Einhebung entsprechender Gebühren zu erfolgen. Aktueller Handlungsbedarf liegt in einer raschen gesetzlichen Verankerung eines Zusagerahmens im Umweltförderungsgesetz für das Jahr 2014 unter Durchführung von Vorarbeiten zu den FAG-Ver-

handlungen für die Jahre ab 2015 sowie die Sicherstellung der Finanzierbarkeit dieses Bereiches der Daseinsvorsorge in den nächsten FAG-Verhandlungen. Investitionen in diesem Bereich haben auch deutlich positive Einflüsse auf die regionale Wirtschaft. So werden im langjährigen Durchschnitt pro Jahr durch die Investitionen in der Siedlungswasserwirtschaft etwa 10.000 Arbeitsplätze geschaffen und ca. 13.000 Personen sind permanent im Anlagenbetrieb beschäftigt.

Weiters wurden in der Sitzung am 30. November 2011 noch der Stand der Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie in Österreich, das Klimaschutz- und Emissionszertifikatesgesetz sowie eine mögliche Energieautarkie in Österreich bis zum Jahr 2050 und der Investitionsbedarf für das österreichische Energiesystem behandelt. Der Klima- und Energiefonds gab abschließend einen Ausblick auf zukünftige Förderprogramme.

*Guido Dernbauer*



## Fachausschuss für Öffentlichkeitsarbeit: Auf dem Weg zur Marke

Der **Fachausschuss für Öffentlichkeitsarbeit** tagte von 20. bis 21. Oktober 2011 in Innsbruck. Innsbrucks neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit standen auch im Mittelpunkt des Programms am ersten Tag: seit rund drei Jahren findet in Tirols Landeshauptstadt nämlich ein Prozess zu Markenfindung statt. Dieser sehr breit angelegte Prozess, der auch professionell von MarkenspezialistInnen betreut wird, heißt treffenderweise „Auf dem Weg zur Marke“.

Inzwischen gibt es ein prägnantes neues Logo (eigentlich eine Wort-Bild-Marke), sowie eine neue Farbgebung und aufwändige Anwendungs-Guides, doch besonders die Form der Anwendung und der AnwenderInnenkreis ist noch immer in Entwicklung begriffen. Dennoch war der Prozess

allein offenbar identitätsstiftend, und Innsbruck tritt nun im Bereich „Stadtverwaltung, Tourismus und Stadtmarketing“ einheitlich auf. Der Enthusiasmus der Pionierphase war jedenfalls deutlich spürbar.

### Innsbruck mit neuem Webauftritt

Im Rahmen dieses Prozesses bekam auch das Amtsblatt „Innsbruck informiert“ ein radikales Facelifting. Cover, Layout und Bildsprache wurden rundumerneuert. Gleichzeitig wurde ein eigener Webauftritt ([www.innsbruckinformiert.at](http://www.innsbruckinformiert.at)) kreiert, der u.a. auch einen eigenen Veranstaltungskalender beinhaltet. In einem dritten Prozess erneuert der Magistrat Innsbruck seinen Webauftritt [www.innsbruck.gv.at](http://www.innsbruck.gv.at). Unter dem Anspruch, mit drei Klicks zur gewünschten Information zu gelangen, soll die Homepage maximal anwenderInnenfreundlich werden. Da die meisten Mit-

gliedsstädte mit vergleichbaren Fragestellungen befasst sind, waren die Innsbrucker Lösungen interessant und wurden intensiv debattiert. Besondere Aufmerksamkeit galt dem neuen Online-Befragungstool „Was sagst du?“

Der zweite Tag stand zunächst im Zeichen der Jugend-Olympiade, die im Jänner 2012 in Innsbruck über die Bühne ging. Anschließend fuhren alle TeilnehmerInnen auf den Bergisel zum neuen Museum Tirol Panorama. Nach einer beeindruckenden Führung ging's hinauf auf die Bergiselschanze, wo man aus der Perspektive der Schispringer einen atemberaubenden Blick über die Stadt und das Inntal hat. Auch der Wettergott meinte es gut beim Ausklang der Tagung im Panorama-restaurant am Bergisel.

*Saskia Sautner*



Der Fachausschuss in Innsbruck, u.a. mit Bürgermeisterin Oppitz-Plörer, Bürgermeister Koits, Generalsekretär Weninger (Mitte, von links).

AUS DEM STÄDTEBUND

## Fachausschuss für Statistik: Open Government wird in der Praxis umgesetzt

Der **Fachausschuss für Statistik und Registeranwendungen** tagte am 12. und 13. Oktober 2011 in Kapfenberg. Nach der Begrüßung durch Vizebürgermeister Franz Ramisch spannte Frau Ing.<sup>in</sup> Brigitte Lutz (Wien) in ihrem Beitrag einen weiten Bogen von den E-Government-Prozessen der Stadt über die Handysignatur bis zu den aktuellen „Open Data“-Initiativen.

Im Bereich des E-Government ist es das Ziel, beginnend von dem einheitlich aufgebauten Webportal über die ELAK-Anwendungen im Backoffice hin zur dualen Zustellung einen durchgängigen Prozess zu gestalten. So soll es nicht nur für die BürgerInnen, sondern auch für die Verwaltung einfacher (und günstiger) werden.

Dies gelingt dann, wenn sich über „fire & forget“ ein Prozess ohne Medienbrüche abbilden lässt.

### Transparenz ist eine wesentliche Eigenschaft

Open Government schließlich kann als logischer nächster Schritt gesehen werden, der mit seinen hohen Transparenzansprüchen auch eine Chance für mehr Demokratie sein kann. Seit Mai 2011 sind die ersten Anwendungen online. Das besondere ist, dass nun die Daten auch maschinenlesbar sind und so von jedem/jeder für neue Anwendungen (Apps) verwendet werden können. Dies soll Impulse für die Wirtschaft geben. Mag. Dietmar Bartl (Linz) berichtete über die „Open Commons“-Region Linz, die österreichweit

als Vorreiter in Sachen Open Data gilt. Ausgangspunkt war die Bündelung der bestehenden Initiativen der Stadt Linz. Wie in Wien ist die Nutzung der Daten kostenfrei und die Anwendungen sind mit verpflichtender Quellenangabe zu versehen.

### Zentrales Personenstandsregister (ZPR) – der aktuelle Stand

Christian Schradenecker (Graz) berichtete über den aktuellen Stand der Arbeiten zu einem ZPR. Die politische Vorgabe des Starts schon im April 2013 wird als sehr optimistisch eingeschätzt, zumal die Ideen zum Teil sehr weitgehend sind. Unterlagen und Diskussionen dazu werden insbesondere auch über „amtstafel.at“ veröffentlicht.

*Oliver Puchner*



SUCHEN SIE IHRE  
WOHNUNG NICHT HIER.

PREISWERTE, KOMPLETT MÖBLIERTE APARTMENTS  
GIBT'S BEI UNS SOFORT UND UNKOMPLIZIERT.



Finden Sie doch endlich Ihr Apartment im bevorzugten Wiener Bezirk und vergessen Sie den täglichen Stau! Monatliche Kosten ab Euro 350,- (inkl. BK, Strom, Heizung, Warmwasser, MwSt. und Möblierung), Kautions Euro 2.700,-. Für Ihre Freizeit und Gemütlichkeit unsere Apartments - ohne Provision, ohne Vermittlungsgebühr - und das seit 35 Jahren!

**Haben Sie noch Fragen? Dann rufen Sie uns an! +43 1 795 04 122**

Zuwanderer-Fonds · Würtzlerstraße 15 · 1030 Wien  
www.zuwandererfonds.at

ZUWANDERER-FONDS

WOHNEN UND  
ARBEITEN IN WIEN

WERBUNG

## Warum werden Bürgermeister abgewählt?

Autor: Timm Kern, 2. Auflage,  
Verlag: W. Kohlhammer  
Umfang: 397 Seiten, Preis: € 35  
ISBN: 978-3-17-020499-7

Eine Studie aus Baden-Württemberg über den Zeitraum von 1973 bis 2003 – „Warum werden Bürgermeister abgewählt?“ Um diese Frage umfassend beantworten zu können, recherchierte und analysierte der Autor sämtliche 163 Abwahlfälle, die sich in Baden-Württemberg zwischen 1973 und 2003 ereigneten. Die deutschlandweit einzigartige Studie liefert Antworten auf zentrale Fragen: Wie sieht der Wunschbürgermeister der Bevölkerung aus? Wie wichtig ist seine fachliche Qualifikation, und wie schwer wiegen menschliche Charakterzüge? Welche Fehler des Amtsinhabers ist der Wähler bereit zu verzeihen, welche nicht? Haben Konfession, Parteibuch, Familienstand und Alter der Bewerber heute noch einen Einfluss auf das Wahlverhalten? In welchen Bereichen unterscheidet sich der Siegerwahlkampf vom Verliererwahlkampf? Welche Rolle spielen die Unterstützergruppen im Wahlkampf? Dieses Buch ist eine unverzichtbare Hilfe für gegenwärtige und zukünftige Bürgermeister.

Das Buch von Timm Kern ist eine der wenigen aktuellen und gut verfügbaren Arbeiten zum Thema Bürgermeisterwahl. Die Frage nach der Abwahl von Bürgermeistern schließt natürlich die Frage nach der Wahl von Bürgermeistern und damit den Erwartungen und dem Verhalten der Bürger ein.

Dabei legt Timm Kern eine wissenschaftliche Arbeit vor, die sich anders als manch andere Bücher zum Thema Bürgermeister weniger auf seine Meinung und persönliche Erfahrung stützen, sondern eben auf methodisch abgesicherte Untersuchungen. Beachtlich ist das umfangreiche Datenmaterial und die aufwändige Auswertung.

Das eigentlich Besondere an dem Buch ist allerdings, dass es dabei gut lesbar und auch für Laien verständlich bleibt, wenn man Zahlen nicht zu langweilig findet. Kern erläutert dabei immer wieder sein methodisches Vorgehen sowie eventuelle Fallstricke, sodass die Aussagen des Buches durch die LeserInnen bewertbar werden. Kurz: ein wertvolles Buch für alle, die sich für Bürgermeister interessieren.

Auch wenn das Buch auf die kommunale Praxis in Deutschland Bezug nimmt, so sind die darin beschriebenen Verhaltensweisen in Polit- und Verwaltungspraxis auch für Österreich anwendbar und können auch für österreichische Bürgermeister interessante Anwendungsbeispiele bilden.

Johannes Schmid



## Handbuch zur Partizipation

Dr. Jochen Hucke (Hg.); AutorInnen: Susanne Walz, Alexandra Kast, Gesine Schulze, Lukas Born, Katja Krüger, Katja Niggemeier;  
Mitarbeit: Maria Jahn, Benjamin Leven und Dr. Petra Schilling  
Internetfassung, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin

„Viele Köpfe müssen ihre Ideen und Vorschläge einbringen, wenn es um wichtige Zukunftsthemen für die Stadt geht. Tragfähige Lösungen entstehen, wenn es gelingt, Alltagserfahrung, Kreativität und Fachkompetenzen zusammenzuführen. In einer lebendigen Beteiligung steckt sehr viel Potenzial für unsere Stadt mit ihren vielfältigen Planungs- und Entscheidungsprozessen.“ So steht es im Handbuch für Partizipation, das im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in einem zweijährigen Arbeitsprozess, zusammen mit Akteuren aus den verschiedenen Arbeitsfeldern und Ebenen der Verwaltung und aus der Zivilgesellschaft erstellt worden ist.

Das 340 Seiten umfassende Handbuch richtet sich in erster Linie - aber nicht ausschließlich - an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung sowie an im Auftrag der Verwaltung Tätige. Ziel ist es, Partizipation noch besser verstehen zu helfen, damit die Möglichkeiten von Partizipation in den jeweiligen Aufgabenbereichen aktiver genutzt werden können.

Partizipation bedeutet Zusatzaufwand für Vorbereitung und Durchführung und auch Zusatzertrag an Ideen, Erkenntnissen und Bewertungen. Das Handbuch möchte motivieren, über Hintergründe informieren und praktische Vorgehensweisen, Methoden und Tipps zum gesamten Verlauf eines Partizipationsprozesses geben. Die Vielfältigkeit von Partizipationsprozessen wird anhand von Fallbeispielen aus den unterschiedlichsten Bereichen aufgezeigt. Konkrete Methoden, nützliche Handlungsempfehlungen für die Vorbereitung und Durchführung von Beteiligungsprozessen inklusive diverser Checklisten sollen die praktische Anwendung sicherstellen. Das Nachschlagewerk wird durch ein integriertes Anwendungs- und Fortbildungskonzept ergänzt. Zahlreiche Verknüpfungen zu weiterführenden Informationen und Angeboten, wie die Darstellung der Praxisbeispiele mit Kontakt- und Informationshinweisen, weiters ein Methodenüberblick und Literaturverweise zeugen von den Bemühungen um eine hohe Informationsdichte in diesem Leitfaden.

Das „Handbuch für Partizipation“ steht kostenlos zur Verfügung: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/partizipation/download/Handbuch\\_Partizipation.pdf](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf).

In Planung sind außerdem Seminarangebote sowie eine Onlineplattform mit Dokumentenservice.

Melanie Lutz





## LITERATUR

## Öffentliche Wirtschaftslehre IKW-Band Nr. 120

Autor: Dr. Friedrich Klug, IKW-Schriftenreihe

Preis: € 10, Bestellung über [ikw@ikw.linz.at](mailto:ikw@ikw.linz.at), <http://www.ikw.co.at>

ISBN: 978-3-7007-3605-9

In der IKW-Schriftenreihe „Kommunale Forschung in Österreich“ ist das Buch „Öffentliche Wirtschaftslehre“ erschienen. Es wurde von einem Praktiker mit langjährigem Erfahrungsschatz gut lesbar für Gemeindebedienstete und Mandatäre geschrieben und ist insofern originell, als es volks-, betriebs-, finanz- und haushaltsrechtliche Aspekte auf einer philosophisch-ethischen Grundlage in übersichtlicher Form behandelt.

Die Wirtschaftswissenschaften befassen sich in erster Linie mit der Privatwirtschaft, den Phänomenen der Globalisierung, der Privatisierung, neuerdings auch mit den negativen Auswirkungen der Finanz- und Budgetkrise. Sie sind jedoch nach wie vor von der Hauptströmung des neoliberalen Gedankenguts beeinflusst.

Im Mittelpunkt der ökonomischen Betrachtungen steht aus diesem Grund nicht so sehr die öffentliche Wirtschaft und die Staatsverwaltung. Diese wird eher zurückgedrängt, wegen Ineffizienzen kritisiert, und mit Empfehlungen „versorgt“, die privaten, mehr oder weniger bewährten Managementmethoden entnommen sind und unreflektiert unter den Schlagwörtern „New Public Management“, neuerdings „Wirkungsorientierung“, propagiert werden. Vielfach wird dabei übersehen, dass die öffentliche Wirtschaft und Verwaltung ganz andere, arteigene Zielsetzungen zu verfolgen hat, in vielen Bereichen nicht markt- und wettbewerbsorientiert handeln kann und daher kein erwerbswirtschaftliches Unternehmen ist, das dem Gewinnziel verpflichtet ist, sondern eben der Allgemeinheit, den BürgerInnen und „KundInnen“ dienen soll, Gemeinwohlverpflichtungen hat und kraft politischen Auftrags subsidiär tätig sein muss.

Dieser Band liefert brauchbare, aus der Praxis kommende Grundlagen und Denkanstöße zur

permanenten Verbesserung der Effektivität und Effizienz der öffentlichen Wirtschaft und Verwaltung und ist für die Gemeinden und auch für Studierende der Verwaltungswissenschaften als unentbehrliche Grundlage lesens- und empfehlenswert.

Friedrich Klug

## Körperschaftsteuergesetz – Kommentar

Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Markus Achatz/

Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Sabine Kirchmayr

Verlag: Facultas WUV, Umfang: 1.816 Seiten,

Preis: € 272, ISBN: 978-3-7089-0515-0

Der von Achatz/Kirchmayr herausgegebene Körperschaftsteuergesetz-Kommentar ist das derzeit umfassendste und aktuellste Werk zum Körperschaftsteuergesetz. Die österreichische Körperschaftsteuer ist ein zentrales Fundament für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich. Seit 1988 wurde Schritt für Schritt die alte Körperschaftsteuer zu einer attraktiven modernen Unternehmenssteuer entwickelt, die gute Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Wirtschaftsstandorts bietet. Der Kommentar bietet eine umfassende Analyse des geltenden Körperschaftsteuerrechts unter Berücksichtigung

- des Gemeinschaftsrechts
- der verfassungsrechtlichen Grundlagen
- der Rechtsprechung
- der Verwaltungspraxis

Die Körperschaftsteuer bildet die Grundlage der Erwerbsbesteuerung von Kapitalgesellschaften und ist damit neben der Einkommensteuer ein zentraler Eckpfeiler des Steuersystems. Wenngleich das Körperschaftsteuergesetz vergleichsweise kurz ist, haben es seine Bestimmungen in sich. Die Körperschaftsteuer gehört zu den dogmatisch anspruchsvollsten Bereichen des Steuerrechts. Vor allem die Gruppenbesteuerung und die Schachtelprivilegien stellen komplexe Rechtsgebilde dar, die in der Praxis zahlreiche Fragen aufwerfen. Diese löst der Kommentar zum Körperschaftsteuergesetz in einer beeindruckenden Bandbreite. Die Art und Weise der Kommentierung entspricht dem gängigen Layout von Großkommentaren, das Körperschaftsteuergesetz wird Paragraph für Paragraph unter die Lupe genommen. Ein kleines Inhaltsverzeichnis weist den Weg zu jeder einzelnen Bestimmung. Die Textstellen sind mit Randziffern versehen, auf die auch das Stichwortverzeichnis Bezug nimmt. Die Kommentierung verweist auf die Literatur ebenso, wie auf die Judikatur. Das Werk profitiert durchwegs von den zwei Herzen, die in den Körpern der beiden HerausgeberInnen schlagen: beide sind in der Praxis und der Theorie gleichermaßen zuhause und sowohl in der akademischen Lehre als auch in der praxisnahen Steuerberatung bzw. Wirtschaftsprüfung tätig. Diese Zweigleisigkeit kommt dem Kommentar klarerweise zugute und die Kommentierung zeigt zum Großteil lebensnahe Probleme auf. Die einzige Alternative zum Kommentar zum Körperschaftsteuergesetz von Achatz/Kirchmayr stellt der von Lang/Schuch/Staringer herausgegebene Körperschaftsteuergesetz-Kommentar dar, der jedoch bereits aus 2009 datiert und auch im Umfang deutlich hinter dem vorliegenden Band zurückbleibt. Apropos Umfang: das Buch liefert einen willkommenen Beweis dafür, dass auch 1.816 Seiten so handlich aufbereitet sein können, dass die Arbeit mit dem Buch leicht fällt.

Johannes Schmid



## Ertragsanteilsvorschüsse für Jänner 2012

(Beträge in 1.000 Euro)

### a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 01/2012 <sup>1)</sup> in 1.000 Euro	Veränderung ggü. 01/2011 in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	7.395.063	9,2%
davon:		
Veranlagte Einkommensteuer	934.822	-1,4%
Lohnsteuer	1.918.929	12,6%
Körperschaftsteuer	1.316.778	8,2%
Umsatzsteuer	1.943.910	-1,1%
Mineralölsteuer	369.645	11,4%
GBA mit speziellen Schlüsseln	154.960	7,6%
davon:		
Bodenwertabgabe	1.294	1,2%
Werbeabgabe	10.524	-2,4%
Grunderwerbsteuer	71.760	12,6%
<b>GBA gesamt</b>	<b>7.550.023</b>	<b>9,2%</b>

<sup>1)</sup> i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweitvorangegangenen Monats

### b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 01/2012 in 1.000 Euro	Veränderung ggü. 01/2011 <sup>2)</sup> in %
Burgenland	23.136	7,8%
Kärnten	55.833	7,7%
Niederösterreich	146.329	7,1%
Oberösterreich	141.350	8,2%
Salzburg	61.191	7,5%
Steiermark	113.033	7,1%
Tirol	76.575	7,9%
Vorarlberg	40.968	7,1%
Wien	234.991	11,0%
<b>Summe</b>	<b>893.406</b>	<b>8,4%</b>

<sup>2)</sup> der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist nur bedingt gegeben, da ab 2012 von den Gemeindeertragsanteilen ein Vorwegabzug für den Gemeindeanteil am Pflegegeld einbehalten wird

## FINANZEN

## Ertragsanteilszuschüsse für Februar 2012

(Beträge in 1.000 Euro)

### a) Berechnungsbasis für die Zuschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 02/2012 <sup>1)</sup>	Veränderung ggü. 02/2011	Ertrag für 01-02/2012	Veränderung ggü. 01-02/2011
	in 1.000 Euro	in %	in 1.000 Euro	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	5.752.958	3,7%	13.148.021	6,7%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	62.170	-41,1%	996.992	-5,4%
Lohnsteuer	2.199.387	3,4%	4.118.316	7,5%
Körperschaftsteuer	1.549	-98,2%	1.318.328	1,3%
Umsatzsteuer	2.064.886	9,1%	4.008.796	3,9%
Mineralölsteuer	574.619	-0,8%	944.264	3,6%
GBA mit speziellen Schlüsseln	151.157	7,0%	306.117	7,3%
davon:				
Bodenwertabgabe	34	-40,9%	1.327	-0,6%
Werbeabgabe	11.982	-7,4%	22.505	-5,1%
Grunderwerbsteuer	67.391	13,1%	139.151	12,9%
<b>GBA gesamt</b>	<b>5.904.115</b>	<b>3,8%</b>	<b>13.454.137</b>	<b>6,7%</b>

<sup>1)</sup> nach Vorwegabzügen, i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweitvorangegangenen Monats

### b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 02/2012	Veränderung ggü. 02/2011 <sup>2)</sup>	Vorschuss für 01-02/2012	Veränderung ggü. 01-02/2011 <sup>2)</sup>
	in 1.000 Euro	in %	in 1.000 Euro	in %
Burgenland	18.398	1,3%	41.533	4,8%
Kärnten	45.270	4,2%	101.103	6,1%
Niederösterreich	116.127	1,9%	262.456	4,8%
Oberösterreich	112.069	2,6%	253.419	5,7%
Salzburg	48.135	0,7%	109.326	4,4%
Steiermark	89.802	1,2%	202.835	4,4%
Tirol	62.775	6,2%	139.350	7,2%
Vorarlberg	33.153	4,0%	74.121	5,7%
Wien	185.398	4,0%	420.389	7,8%
<b>Summe</b>	<b>11.127</b>	<b>3,0%</b>	<b>1.604.533</b>	<b>5,9%</b>

<sup>2)</sup> der Vergleich mit den Vorjahreswerten ist nur bedingt gegeben, da ab 2012 von den Gemeindeertragsanteilen ein Vorwegabzug für den Gemeindeanteil am Pflegegeld einbehalten wird



## Ausschüsse, Sitzungen und Tagungen

8. bis 9. März 2012: **Fachausschuss für**

**Öffentlichkeitsarbeit**, Dornbirn

(Information: Saskia Sautner, Tel.: +43(0)1 4000-89990,

E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at)

15. bis 16. März 2012: **Landes-**

**GeschäftsführerInnensitzung**, Salzburg

(Information: Johannes Schmid, Tel.: +43(0)1 4000-

89982, E-Mail: johannes.schmid@staedtebund.gv.at)

16. März 2012: **Clearingstelle zum Adressregister**,

Wien-Rathaus 10.30-15.00 Uhr (Information: Johannes Eschenbacher, Tel.: +43(0)1 4000-89984,

E-Mail: johannes.eschenbacher@stadtebund.gv.at)

11. bis 12. April 2012: **Fachausschuss für**

**Gewerberecht und Gewerbetchnik**, Graz

(Information: Sabine Marchart, Tel.: +43(0)1 4000-89977,

E-Mail: sabine.marchart@staedtebund.gv.at)

12. bis 13. April 2012: **Fachausschuss für Statistik und**

**Registeranwendungen**, Telfs

(Information: Oliver Puchner, Tel.: +43(0)1 4000-89994,

E-Mail: oliver.puchner@staedtebund.gv.at)

18. bis 19. April 2012: **Fachausschuss für**

**Personalmanagement**, Salzburg

(Information: Sabine Marchart, Tel.: +43(0)1 4000-89977,

E-Mail: sabine.marchart@staedtebund.gv.at)

23. bis 25. April 2012: **Fachausschuss für**

**Marktamsangelegenheiten**, Steyr

(Information: Ulla Weinke, Tel.: +43(0)1 4000-89996,

E-Mail: ulla.weinke@staedtebund.gv.a)

25. April 2012: **GIS-KoordinatorInnen**, Linz

(Information: Johannes Eschenbacher,

Tel.: +43(0)1 4000-89984,

E-Mail: johannes.eschenbacher@stadtebund.gv.at)

25. bis 26. April 2012: **Fachausschuss für**

**Kontrollamsangelegenheiten**, Schwechat

(Information: Oliver Puchner, Tel.: +43(0)1 4000-89994,

E-Mail: oliver.puchner@staedtebund.gv.at)

7. bis 8. Mai 2012: **Kulturausschuss**, Salzburg

(Information: Saskia Sautner, Tel.: +43(0)1 4000-89990,

E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at)

30. Mai bis 1. Juni 2012:

**62. Österreichischer Städtetag in Dornbirn**

19. Juni 2012: **Umweltausschuss**, Klagenfurt

(Information: Guido Dernbauer, Tel.: +43(0)1 4000-89992,

E-Mail: guido.dernbauer@staedtebund.gv.at)

20. bis 21. Juni 2012: **Fachausschuss für Stadtgärten**,

Innsbruck (Information: Alexander Lesigang,

Tel.: +43(0)1 4000-89978,

E-Mail: alexander.lesigang@staedtebund.gv.at)

21. bis 22. Juni 2012: **Fachausschuss für**

**Rechtsangelegenheiten**, Wels

(Information: Johannes Schmid,

Tel.: +43(0)1 4000-89982,

E-Mail: johannes.schmid@staedtebund.gv.at)

26. bis 28. September 2012: **CEMR,**

**25. General Assembly**, Cádiz, Spanien



Österreichischer  
Städtebund

[www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)

## Wir verbinden Städte



Der Österreichische Städtebund verbindet 246 Städte und Gemeinden in ganz Österreich. In unseren Mitgliedsgemeinden leben mehr als vier Millionen Menschen. Städtische Verkehrsmittel, Kindergärten, Betreuungsdienste für Senioren, Horte, Pflichtschulen, Kultureinrichtungen, eine serviceorientierte Abfallentsorgung und viele weitere Angebote machen unsere Städte lebenswert. Österreichs Städte sind regionale Zentren und Impulsgeber für ein starkes Umland.

### Wir schaffen Lebensqualität

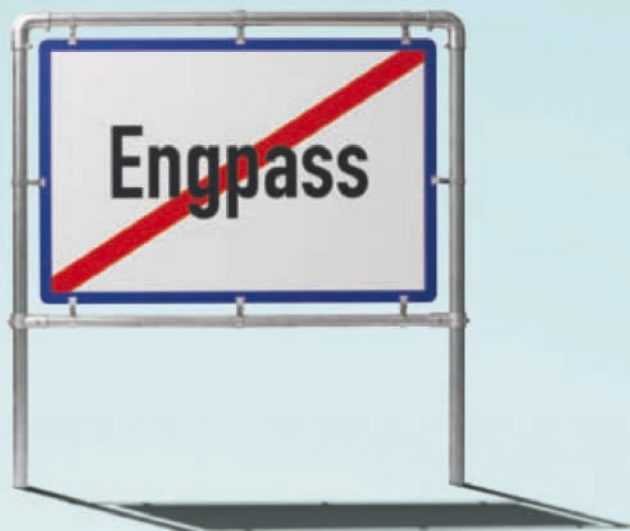
Österreichs Städte und Gemeinden bekommen im Rahmen internationaler Untersuchungen immer wieder Bestnoten in Sachen Bürgernähe und Lebensqualität. Daher ist der Österreichische Städtebund seit Jahren bemüht, das kommunale Wissen intern und international zu verbreiten. Mit Erfolg. Besucher und Experten aus ganz Europa finden in Österreichs Städten Vorbilder und zahlreiche Anregungen.

### Wir vertreten Städteinteressen

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist immer Dienst am Bürger und braucht Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, im Interesse der Bürger zu handeln. Daher ist die Interessenvertretung gegenüber Bund, Ländern und EU-Institutionen ein zentraler Punkt in unserer Arbeit. Sei es nun im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs oder im Zuge der Erarbeitung von Gesetzen auf EU-Ebene.

[www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)

Viele Gemeinden  
haben ähnliche Probleme.



Wir helfen, sie  
zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.

[publicsector.bankaustria.at](http://publicsector.bankaustria.at)

Willkommen bei der  
**Bank Austria**

Member of  **UniCredit**